

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pro Nummer 1
Wochenblatt 8,50 RM, monatlich 1,10 RM,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die freigebliebene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 50 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 15. Januar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Rechtlose! Fordert Euer Recht!

Am Sonntag wird Berlin in 62 Versammlungen seinen Wahlrechts-
willen bekunden!
Beweist durch Massenbesuch Eure Kampfbereitschaft!

Der Etat
des Dreiklassenparlaments.

Ein recht unerfreuliches Bild über die Finanzlage
Preußens rollt der dem Landtage zugegangene 4 Milliarden-
Etat vor uns auf. Zwar haben sich die Verhältnisse insofern
gebessert, als das Defizit, das 1908 202 Millionen betrug

Ein recht unerfreuliches Bild über die Finanzlage
Preußens rollt der dem Landtage zugegangene 4 Milliarden-
Etat vor uns auf. Zwar haben sich die Verhältnisse insofern
gebessert, als das Defizit, das 1908 202 Millionen betrug

Aber auch die Einnahmen, insbesondere die Einnahmen
aus den direkten Steuern, sind so gering veranschlagt, daß
man den Eindruck gewinnen muß, als habe die Regierung

Eine weitere Maßnahme zur Konsolidierung der Staats-
finanzen wäre in der völligen Trennung der Eisenbahn-
verwaltung von der allgemeinen Staatsverwaltung zu er-
blicken.

übrigen Verwaltungen zu entziehen sucht und in den im
Jahre 1903 geschaffenen Ausgleichsfonds überführt. Will man
zu wirklich gesunden Finanzverhältnissen kommen, dann bleibt
neben der Loslösung der Eisenbahnverwaltung von der all-
gemeinen Staatsverwaltung nichts anderes übrig, als die

Wenden wir uns zu verschiedenen einzelnen Etats, so sei
zunächst an den Kultusetat erinnert, der, wie der
Finanzminister in seiner Etatsrede hervorhob, in 10 Jahren
von 152 auf 276 Millionen gestiegen ist. Die Tatsache an
sich läßt sich nicht leugnen, aber man darf hierbei nicht über-
sehen, daß in dem Kultusetat auch die oben erwähnten Aus-
gaben für kirchliche Zwecke enthalten sind, und zweitens, daß
gerade die Kulturaufgaben Jahrzehnte hindurch so vernach-
lässigt wurden, daß es endlich an der Zeit ist, die Sünden
der Vergangenheit gutzumachen.

Ebenso stiefmütterlich wird die Gewerbeinspek-
tion behandelt. Zwar sieht der Etat 5 neue Gewerbe-
inspektionen (in Charlottenburg, Sorau, Stolp, Osterode und
Düsseldorf-Land) und außerdem unter Einziehung je einer
etatmäßigen Hilfsarbeiterstelle noch in Dortmund II,
Witten und Saarbrücken neue Inspektionen vor; zwar werden
für Berlin zwei weitere weibliche Assistenten gefordert, aber
das entspricht auch noch nicht entfernt den Bedürfnissen.

Einer größeren Fürsorge erfreut sich die Polizei.
Allein für die Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung
wurden 2 1/2 Millionen mehr gefordert, nicht weniger als
90 Beamtenstellen sollen neu geschaffen werden. Dazu
kommen ferner 117 neue Beamte für die Polizeiverwaltung
in den Provinzen, zwei neue Distriktskommissare für Posen
und ein Vermehrung der Landgendarmarie um 22 Köpfe.

Trotz der traurigen Finanzlage denkt die Regierung gar
nicht daran, an der richtigen Stelle zu sparen. Kostspielige
Regierungsgebäude, wie z. B. das in Düsseldorf für mehr
als 3 1/2 Millionen werden errichtet, in Dresden, Hamburg,
Karlsruhe, München, Oldenburg, Rom, Stuttgart, Darm-
stadt und Weimar werden nach wie vor auf Kosten der
Steuerzahler höchst überflüssiger Weise Gefände bezw.
Ministerresidenzen zu Repräsentationszwecken unterhalten,

schuldenden Stellen sollen Beihilfen zu den von ihnen für
das Entschuldungsverfahren zu bildenden besonderen Sicher-
heitsfonds gewährt werden, und zwar werden die Beihilfen
als zinslose, nach Ablauf von 30 Jahren rückzahlbare Dar-
lehen gegeben. Es handelt sich zunächst zwar nur um einen
auf 10 Jahre bemessenen Versuch, aber wer die Verhältnisse
kennt, der wird wissen, daß die Einrichtung später zu einer
dauernden wird, die ungeheure Summen verschlingt.

So wird in geradezu unverantwortlicher Weise mit dem
Gelde der Steuerzahler gewirtschaftet. Aber dem größten
Teile des Volkes, vor allem den Arbeitern, die verhältnis-
mäßig das meiste zu den Staatseinnahmen beitragen, hält
die Regierung und hält der Landtag die Rechte vor, auf die
jedes zu politischem Leben erwachte, jedes reife Volk, einen
nur allzu begründeten Anspruch hat. Das Volk ist gut genug,
Steuern zu zahlen, alle Lasten zu tragen, aber wehe ihm,
wenn es den ihm gebührenden Anteil an der Gesetzgebung
und Verwaltung fordert! Auf die Dauer läßt sich kein Volk
eine solche Zurücksetzung gefallen. Mögen die Herrschenden
einlenken, ehe es zu spät ist!

„Das kaudinische Loch.“

Der Streit zwischen den reichsländischen Bischöfen und
der Regierung Elsaß-Lothringens scheint in ein leeres Wort-
geplänkel auszuarten, dessen schließliches Ergebnis höchst
wahrscheinlich dasselbe sein wird, wie das des berüchtigten
Hornberger Schießens.

Die amtliche Straßburger Korrespondenz veröffentlicht
soeben den Schriftwechsel zwischen dem Kaiserlichen Stati-
thalter Grafen Wedel und dem Straßburger Bischof Dr. Fritzen,
und zwar die Schreiben des Statthalters vom 9. Januar und
vom 12. Januar und die Schreiben des Bischofs vom 10. und
13. Januar. In dem Schreiben des Statthalters an den
Bischof Dr. Fritzen vom 9. Januar heißt es:

Nach den Ausführungen des in Elsaß-Lothringen geltenden
Staatskirchenrechts erstreckt sich die amtliche Befugnis der geist-
lichen Behörde ausschließlich auf die Angelegen-
heiten, die dem religiösen und kirchlichen Ge-
biete angehören. Mit diesem Grundsatz aber vermag ich die
von Euer Gnaden an jeden einzelnen katholischen Lehrer gerichtete
Mittelteilung, die sich als eine in Ausübung des bischöflichen Amtes
erfolgte Kundgebung kennzeichnet, nicht in Einklang zu bringen.

Der Anschluß der elsass-lothringischen Lehrer an den Deutschen
Lehrerverein ist weder eine religiöse noch eine kirchliche Angelegen-
heit. Es handelt sich dabei um Fragen, die die Berufstätigkeit
und die Standesinteressen der Lehrerschaft als solcher betreffen.

Im übrigen wird das Wesen der Schule nicht durch die Be-
schlüsse eines irgendwie gearteten Lehrervereins bestimmt, sondern
es ist der staatlichen Gewalt vorbehalten, die Angelegenheiten des
Unterrichts im Verein mit den verfassungsgemäß berufenen
Faktoren zu regeln. Die grundsätzliche Auffassung, auf der die
Ausführungen des dortigen Sachverhalts beruhen, müßten meines
Erachtens zu unholbaren Zuständen führen.

Es würden die kirchlichen Behörden das Recht herleiten können,
Lehrern und Beamten nicht nur in außerordentlichen, sondern auch
in dienstlichen Angelegenheiten, sofern nur ein mittelbares oder
vermeintliches kirchliches Interesse geltend gemacht werden könnte,
Verhaltensmaßregeln zu erteilen, was ein direkter Eingriff
in die dem Staate zustehende Disziplin über
seine Beamten sein würde.

Wie Euer Gnaden sich versichert halten dürfen, daß die Re-
gierung es stets als ihre Pflicht erachtet wird, die durch das
geltende Staatskirchenrecht gewährleisteten Rechte und Befugnisse
der kirchlichen Behörden nicht nur uneingeschränkt anzuerkennen,

sondern auch voll zu unterstützen, ebenso darf ich erwarten, daß die letzteren es sorgfältig vermeiden werden, die Grenzen zu überschreiten, die jenes Staatskirchenrecht zwischen der Kompetenz der staatlichen und kirchlichen Behörden gezogen hat.

Dem erwünschten ungetrübten Frieden zwischen staatlicher und kirchlicher Obrigkeit wird dadurch sicher am besten gedient sein.

Daß der Straßburger Bischof auf diesen Brief geantwortet hat, das hat der offiziöse Draht bisher festamerweise noch nicht übermittelt, doch ergibt sich aus dem Schreiben des Statthalters vom 12. Januar, daß der Straßburger Bischof sich nicht zur Zurücknahme irgend eines seiner schriftlichen Äußerungen bewegen gefühlt hat; denn in diesem späteren Schreiben schreibt der Graf v. Webel:

„Mit Euer Gnaden bin ich durchaus der Ansicht, daß etwaige gegenwärtige Auffassungen auf staatlicher und kirchlicher Seite durch beiderseitigen guten Willen und freundliches Entgegenkommen in den einzelnen Fällen auf eine beide Teile zufriedenstellende Weise gelöst werden können, und wird die Regierung dazu stets gern die Hand bieten. An ihrem in meinem letzten Schreiben entwickelten, auf die Befehle und das Staatskirchenrecht gestützten Standpunkt aber muß die Regierung nicht nur unbedingt festhalten, sondern sie wird denselben gegebenenfalls auch mit aller Entschiedenheit vertreten. Ich vermag daher auch nach wie vor nicht anzuerkennen, daß Euer Gnaden Kundgebung an die katholischen Lehrer in einer Angelegenheit, welche deren Berufstätigkeit und Standesinteressen betraf, die zwischen staatlicher und kirchlicher Gewalt gezogenen Grenzen gewahrt.“

Der Statthalter erklärt dann noch, daß er bei Lage der Verhältnisse die Veröffentlichung des Briefwechsels für geboten erachte.

Die Antwort des Bischofs vom 13. Januar schließt mit folgender Versicherung:

„Ich begrüße mit lebhafter Genugtuung die mit meiner Ansicht übereinstimmende Äußerung Eurer Exzellenz, daß etwaige grundsätzliche Auffassungen auf staatlicher und kirchlicher Seite durch beiderseitigen guten Willen und freundliches Entgegenkommen in den einzelnen Fällen auf eine beide Teile zufriedenstellende Weise gelöst werden können und die Regierung dazu stets gern die Hand biete. Wenn es dann weiter heißt: „An ihrem in dem oben erwähnten Schreiben entwickelten, auf die Befehle und das Staatskirchenrecht gestützten Standpunkt aber muß die Regierung nicht nur unbedingt festhalten, sondern sie wird denselben gegebenenfalls auch mit aller Entschiedenheit vertreten“, kann ich an dem bereits in meinen Aufträgen vom 4. und 10. Januar zur Genüge dargelegten Standpunkt festhalten. Ich kann nicht anerkennen, daß ich durch die Warnung an die katholischen Lehrer, bei der ich nur die religiöse Seite der Frage im Auge hatte, die Grenzen der bischöflichen Gewalt überschritten habe. Obwohl dieser beiderseitige wiederholte Meinungsaustausch bei der Verschiedenheit unserer Gesichtspunkte schwerlich zu einem anderen Ergebnis in der Theorie führen wird, hege ich trotzdem die Hoffnung, daß in der Praxis, wie es für die Vergangenheit der Fall war, so auch in Zukunft in unserem Lande der Segen eines ungetrübten religiösen Friedens voll und ganz erhalten bleiben wird.“

An dieser letzten Antwort des Straßburger Bischofs ist nicht nur interessant, daß er wohlgenut auf seinem Standpunkt beharrt, sondern auch mit überlegenem Humor zum Schluß dem Grafen v. Webel den guten Rat gibt, da die Angelegenheit sich doch auf theoretischem Gebiet nicht austragen lasse, sich einfach zu fügen und weitere Schreibereien zu unterlassen, damit dem Lande der religiöse Frieden erhalten bleibe.

Sollte aber die Regierung nicht vorziehen, sich zu fügen, dann sind, wie die Zentrumspresse anknüpft, Kirche und Zentrum bereit, den Kampf mit aller Rücksichtslosigkeit aufzunehmen. So schreibt in ihrer letzten Nummer kampflustern die „Germania“:

„Daß die Regierung von Elsaß-Lothringen, wie der Statthalter schreibt, gegebenenfalls ihren Standpunkt „mit aller Entschiedenheit vertreten“ will, gewährt keine rosigen Aussichten. Eine solche Sprache kann man nur führen, wenn man der Deckung sicher ist. Zum Glück zieht die Kompetenzfrage direkt keine weiteren Folgen nach sich. Aber, wie die Elsaß-Lothringische Regierung sich in Zukunft zu dem Erziehungsrecht der Kirche stellen wird, dürfte für keinen Menschen zweifelhaft sein. Die Strömungen in den Reichsländern und in Preußen sind miteinander verwandt. Soll uns der Kampf beschließen sein, soll der neue Kulturkampf um die Schule, den schon Windthorst vorausgesehen hat, noch schärfere und deutlichere Formen annehmen als bisher, wir sind bereit. Und für manchen Katholiken wird es eine Lehre sein, aus welchem Anlaß der Kampf in Elsaß-Lothringen — sei es für die Reichsländer allein, sei es für das ganze Deutsche Reich — hervorgegangen ist.“

Es wird der Regierung in Anbetracht ihrer Schwäche kaum etwas anderes übrig bleiben, als sich unter das „laundische Joch“ zu beugen.

Dernburgs Sieg über die Südwestafrikaner.

Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich am Freitag während der ganzen Sitzung nochmals mit der Diamantengewinnung in Südwestafrika. Bekanntlich hat Staatssekretär Dernburg die Diamantfelder in unserer südwestafrikanischen Kolonie zu einem Teil der Ausbeutung durch das private Kapital insofern entzogen, als er das wichtigste Gebiet gesperrt und den Betrieb der Deutschen Kolonialgesellschaft und der Deutschen Diamantgesellschaft (einer Tochtergesellschaft der ersteren) übertragen und dem Reich durch Einführung des Verwaltungsmonopols einen erheblichen Anteil am Reingewinn gesichert hat. (Vorandgedacht immer, daß der Betrieb rentabel bleibt!) Durch diese Maßnahme sahen sich die nicht zu der genannten Gesellschaft gehörenden Kapitalisten und solche, die es durch Ausbeutung der Diamantfelder so schnell wie möglich werden wollten, in „Südwest“ geschädigt. Auf deren Betreiben berief der Bürgermeister Kreplin von der Stadt Lüderichs eine Versammlung ein, in der man heftige Angriffe gegen Dernburg erhob und seine Entfernung vom Reichskolonialamt verlangte! Die Versammlung, die — nach einem Bericht der „Lüderichsblätter Zeitung“ vom 4. Dezember 1909 — von 400 bis 500 Personen besucht war (eine für die dortigen Verhältnisse außerordentlich hohe Zahl), nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Der Reichstag bei Zusammentritt zu bitten, eine Untersuchungskommission einzusetzen zur Prüfung der Bedingungen der Dernburgschen Diamantgesellschaften und der Verhandlungen, welche zu Vertragsabschlüssen geführt haben, und namentlich zu bitten, daß der Vertrag mit der Diamantgesellschaft über den März 1911 hinaus nur unter angemessenen Bedingungen gegen wirkliche Gegenleistungen für den

Landbesitzer verlängert werden darf, nachdem die zuständigen Dienststellen im Schutzgebiete und Landesrat befragt und die Bedingungen für annehmbar gefunden worden sind.“

In längerer, zum größten Teil vertraulich zu behandelnden Ausführungen wies Staatssekretär Dernburg die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück und behauptete, daß er im Interesse der Gesamtkolonie nicht anders handeln durfte. Die Leute, die sich hier beschwerten, hätten schnell sehr reich werden wollen und fühlten sich durch seine Maßnahmen verletzt. Es sollten übrigens der Kolonie keine Werte entzogen werden, sondern die aus der Beteiligung des Fiskus an dem Diamantengeschäft erzielten Mehreinnahmen für die Kolonie, namentlich für den Bahnbau, verwendet werden.

Die Kommission beschloß nach längerer Debatte auf Antrag des Referenten Dr. Semler einstimmig, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Ein Antrag des Zentrums, wonach im Nachtragetat eine Anmerkung gemacht werden solle, daß „Vergewaltigungen und Landkonzessionen vor der Erteilung dem Bundesrat und dem Reichstag vorzulegen seien“, wurde zurückgezogen, nachdem Staatssekretär Dernburg ihn, weil in vielen Fällen unausführbar bekämpft hatte.

Die britischen Wahlen.

London, 13. Januar. (Fig. Ber.)

Englische Parlamentswahlen werden nicht an einem einzigen Tage zum Abschluß gebracht, sondern sie dauern ungefähr zwei Wochen. In dieser Wahlzeit finden täglich vierzig bis neunzig Wahlen statt, so daß die Ergebnisse langsam einlaufen. Allein die ersten drei Wahltage zeigen deutlich die vorherrschende politische Strömung und lassen das Gesamtergebnis voraussehen.

Der erste Wahltag ist Sonnabend, der 15. Januar, der letzte Wahltag wahrscheinlich der 20. Januar.

Selten wurden einer Wählerschaft ernstere und umfassendere Fragen zur Entscheidung vorgelegt als die, die in den nächsten Wochen im Vereinigten Königreich durch den Stimmentel entschieden werden sollen. Demokratie oder Oligarchie, Fortentwicklung oder Rückentwicklung, Freihandel oder Schutzzoll — das sind die Alternativen, vor die die britischen Bürger gestellt wurden. Das englische Volk steht am Scheidewege. Soll es im englischen Sinne vorwärts marschieren oder im preussischen Sinne rückwärts schreiten?

Die Liberalen vertreten das englische, die Konservativen das preussische Ideal.

Der Wahlkampf war recht lebhaft. Die Liberalen traten in ihn ein mit dem Rufe: Für die Verfassung! Für die Oberherrschaft des Unterhauses! Für Freihandel! Die Konservativen ließen das ganze konstitutionelle Problem aus dem Spiele und wandten sich wirtschaftlichen und außerpolitischen Fragen zu: Tarifreform (Schutzzoll) und Flottenrüstungen gegen die deutsche Gefahr.

Es ist außerordentlich schwierig zu sagen, welche dieser Parteirollen am meisten eingeschlagen hat. Positive Nachrichten liegen dem Beobachter dieses Wahlkampfes nicht vor. Bemerkenswert ist jedoch die Tatsache, daß die liberalen Wahlredner sich immer mehr mit der Verteidigung des Freihandels, mit der Kritik gegen Tarifreform und mit der Zurückweisung der Angaben über die deutsche Gefahr beschäftigten mühten. Daraus darf geschlossen werden, daß die liberalen Führer die Agitation der Konservativen für wirksam hielten. Man bekämpft doch nur das, was an Kraft gewinnt.

Der hervorstechendste Unterschied zwischen den beiden Parteien läßt sich vielleicht am besten durch folgenden Gedanken bezeichnen. Für die leitenden Geister der Konservativen besteht die größte Tatsache des zeitgenössischen Lebens im Aufstieg des Deutschen Reiches. Für die leitenden Köpfe der Radikalen besteht die größte Tatsache des zeitgenössischen Lebens in der Lösung der organisierten Arbeiter vom Liberalismus und in der Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei.

Für den sozialistischen Arbeiterpolitiker ist selbstredend letztere Tatsache ebenfalls die größte, während ihm der Aufstieg des Deutschen Reiches als ein Ereignis zweiter Ordnung erscheint. Dennoch besteht ein großer Unterschied zwischen ihm und den Liberalen. Der sozialistische Arbeiterpolitiker wünscht eine weitere Stärkung der Arbeiterpartei, während die Liberalen mit Verorgnis auf die Arbeiterpartei blicken.

Welche der beiden alten Parteien hat bessere Aussichten auf Erfolg?

Voraussetzungen sind schwierig, da es unbekannt ist, wie weit die Agitation der Tarifreform die Massen gewonnen hat. Es ist wahrscheinlich, daß viele Wähler, die früher für die Liberalen gestimmt haben oder die — ohne die Frage der Tarifreform — jetzt für die Arbeiterkandidaten gestimmt haben würden, in den kommenden Wochen den Schutzzöllnern ihre Stimmen geben werden. Ebenso ist es wahrscheinlich, daß viele konservativere Wähler jetzt — aus Liebe zur Konstitution — für die Liberalen stimmen werden. Allein über das numerische Verhältnis dieser Verschiebungen ist nichts genaues bekannt. Jedoch dürfte in bezug auf unsere Frage folgende Erwägungen beachtenswert sein:

Das Parlament, das aus den Januarwahlen des Jahres 1906 hervorgegangen war, hatte folgende Zusammensetzung:

Liberal (Radikale)	389
Selbständige Arbeitervertreter	30
Nationalisten (Iren)	83
Konservative (Unionisten)	153
Insgesamt	670

Gegenüber den Konservativen hatten die Liberalen eine Mehrheit von 241 Stimmen.

In den meisten Fällen stimmten die Arbeiter und die Nationalisten mit der Regierung, die demgemäß auf eine Mehrheit von 353 Stimmen rechnen durfte. Im Laufe der letzten Legislaturperiode fanden eine Anzahl Nachwahlen statt, bei denen die Konservativen 12 Mandate, die Arbeiter und Sozialisten 3 Mandate den Liberalen abnahmen. Bei Auflösung des Parlamentes zeigte das Unterhaus folgende Zusammensetzung:

Liberal (Radikale)	384
Selbständige Arbeitervertreter	33
Unabhängiger Sozialist	1
Nationalisten (Iren)	83
Konservative (Unionisten)	169
Unverlegte Nachwahlen	2
Insgesamt	670

Die liberale Mehrheit gegenüber den Konservativen befragt immer noch 214. Da die Konservativen weder auf den Beistand der Arbeiterpartei noch auf den der Iren rechnen können, so müssen sie — wenn sie siegen sollen — vorerst

ihre 168 Mandate behaupten und 167 neue Mandate gewinnen, um in einem Hause von 670 Mitgliedern den anderen Parteien das Gleichgewicht halten zu können. Dann aber müssen sie mindestens noch 25 Mandate gewinnen, um eine kleine Mehrheit zu haben und die Regierung zu übernehmen. Diese Mehrheit wäre präfer genug, immerhin aber wäre sie eine Mehrheit. Alles in allem mühten die Konservativen nicht nur ihre alten 168 Mandate behaupten, sondern noch über 200 neue den Liberalen und Arbeitern abnehmen, um wieder zur Regierung zu gelangen. Sie mühten an jedem Wahltage in ihren eigenen Wahlkreisen durchweg siegen und durchschnittlich 15 bis 20 neue Mandate gewinnen.

Man wird zugeben, daß die Aufgabe der Konservativen außerordentlich schwierig ist.

Die Enttäuschung über die Leistungen der letzten liberalen Regierung und über die Haltung der Arbeiterpartei mühte schon sehr bitter sein, andererseits mühte die Begeisterung für Tarifreform viel sichtbar hervortreten, um die Wähler in Massen ins konservativ Lager treiben zu können. Und von einer derartigen Enttäuschung einerseits und einer allgemeinen Begeisterung andererseits ist nichts zu verspüren.

Die Arbeiterpartei stellte 77 Kandidaten auf, wovon 25 den Vergleuten gehören. Unter den 77 Kandidaten sind nur 4, die nicht strikte zum Proletariat gehören und unter diesen 4 gibt es nur einen, der den Postortill trägt. Die übrigen sind insgesamt gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die ihren Gewerkschaften als Sekretäre, Organisatoren usw. dienen. Es wurden in folgenden Wahlkreisen Arbeiterkandidaten aufgestellt:

Wahlkreis	Arbeiterkandidat	Gegenkandidaten
Attercliff (Sheffield)	J. Poiner	Konservativ
Barnoldswick (Lancashire)	C. Duncan	
Belfast (Nord)	R. Gageby	Konservativ u. Liberal
Birmingham (Ost)	J. J. Stephenson	Konservativ
Birmingham (West)	C. Hughes	
Bristol (Ost)	C. Sheppard	Konservativ u. Liberal
Bromley (Lond.-Ost)	G. Lansbury	
Clackmannan (Schottland)	G. A. Barnes	Konservativ
Dorset	A. S. Gill	
Edinburgh (West)	A. Henderson	
Exeter (West)	E. S. Jowett	
Gloucester	Philip Snowden	
Gloucestershire (West)	O'Connor Bessie	Konservativ u. Liberal
Greenwich	E. S. Hoole	
Huddersfield	J. H. Whitehead	Konservativ
Ilkeston	J. H. Jenkinson	
Ilkeston (West)	D. J. Shadleton	
Leeds (West)	J. W. Taylor	
Leeds (Ost)	Alfred Willis	
Leeds (Süd)	J. D. Thomas	
Leeds (Süd-Ost)	C. W. Gowerman	
Leeds (Süd-West)	G. S. Stuart	Konservativ u. Liberal
Leeds (Süd-West)	J. Dodds	Konservativ
Leeds (Süd-West)	J. L. Brownlie	Konservativ u. Liberal
Leeds (Süd-West)	W. C. Anderson	
Leeds (Süd-West)	W. Piddles	
Leeds (Süd-West)	J. Snel	
Leeds (Süd-West)	J. Barker	Konservativ
Leeds (Süd-West)	P. Curran	Konservativ u. Liberal
Leeds (Süd-West)	A. G. Cameron	Konservativ u. Liberal
Leeds (Süd-West)	J. Serton	Konservativ
Leeds (Süd-West)	J. O'Grady	
Leeds (Süd-West)	W. Walker	Konservativ u. Liberal
Leeds (Süd-West)	Neil Gardie	
Leeds (Süd-West)	J. R. Clynes	Konservativ
Leeds (Süd-West)	J. R. MacLellan	
Leeds (Süd-West)	B. Walls	Konservativ u. Liberal
Leeds (Süd-West)	W. Hudson	Konservativ
Leeds (Süd-West)	G. S. Roberts	
Leeds (Süd-West)	J. A. Seddon	
Leeds (Süd-West)	W. S. Sanders	Konservativ u. Liberal
Leeds (Süd-West)	J. L. Macpherson	
Leeds (Süd-West)	G. J. Wardle	Konservativ
Leeds (Süd-West)	J. Sumnerbell	
Leeds (Süd-West)	J. A. Williams	Konservativ u. Liberal
Leeds (Süd-West)	G. S. Fox	
Leeds (Süd-West)	Dr. S. Galt	Konservativ
Leeds (Süd-West)	W. Crooks	
Leeds (Süd-West)	L. J. Richards	
Leeds (Süd-West)	W. Thorne	
Leeds (Süd-West)	W. L. Wilson	
Leeds (Süd-West)	Vergleiche.	

Leeds (Süd-West)	J. Brown	Konservativ u. Liberal
Leeds (Süd-West)	J. Haslam	Konservativ
Leeds (Süd-West)	M. S. Harvey	
Leeds (Süd-West)	J. G. Hancock	
Leeds (Süd-West)	W. Houfe	Konservativ u. Liberal
Leeds (Süd-West)	W. Adamson	
Leeds (Süd-West)	J. Johnson	
Leeds (Süd-West)	W. Brace	Konservativ
Leeds (Süd-West)	J. Williams	Konservativ u. Liberal
Leeds (Süd-West)	E. Edwards	Konservativ
Leeds (Süd-West)	J. Wadsworth	
Leeds (Süd-West)	Stephen Walsh	
Leeds (Süd-West)	L. Grennell	Konservativ u. Liberal
Leeds (Süd-West)	A. Smilie	
Leeds (Süd-West)	A. Small	
Leeds (Süd-West)	J. C. Sutton	Konservativ
Leeds (Süd-West)	J. Smith	Konservativ u. Liberal
Leeds (Süd-West)	J. Hall	Konservativ
Leeds (Süd-West)	W. Johnson	
Leeds (Süd-West)	L. Richards	
Leeds (Süd-West)	W. Abraham	
Leeds (Süd-West)	A. Stanley	
Leeds (Süd-West)	T. Lower	
Leeds (Süd-West)	G. Twist	
Leeds (Süd-West)	A. Sharp	Konservativ u. Liberal

In Colne Valley kandidiert Victor Grayson gegen einen Konservativen und einen Liberalen.

Die Sozialdemokratische Partei hat folgende Kandidaten: Gynman in Burnley, wo ihm ein Konservativer und ein Liberaler entgegenstehen; Duell und Gribble kandidieren in Northampton; Herbert Furrows in Gaggerston (West-England); Kennedy in Aberdeen; Purrell in West-Salford; Hartley in Bradford; Thorne in West-Green. Letzterer ist auch Kandidat der Arbeiterpartei. In Gynmans Wahlkreis wird am Sonnabend gestimmt, das Resultat wird aber erst spät in der Nacht bekannt sein.

Man darf annehmen, daß von den 77 Kandidaten der Arbeiterpartei etwa 50 erfolgreich sein werden. Von den sozialdemokratischen Kandidaten hat nur Gynman einige Aussichten auf Erfolg. Thorne wird selbstredend gewählt, da die Arbeiterpartei hinter ihm steht und da er nur einen Gegenkandidaten — einen Konservativen — zu bekämpfen hat. — Die Wahlkosten der Arbeiter- und sozialistischen Kandidaten werden sich auf mindestens eine Million Mark belaufen.

Am 15. Januar (Sonnabend) werden 74 Wahlen vorgenommen: 12 in Londoner Gemeinden, 62 in den Provinz-

Städten. Von diesen 74 Wahlkreisen gehörten 57 den Liberalen und den Arbeitern und 17 den Konservativen. Sollten letztere einige Aussichten auf einen endgültigen Sieg haben, so müßten sie an diesem Tage ihre 17 Mandate behaupten und etwa 25 Mandate den Liberalen und den Arbeitern abnehmen. Unter den Städten, in denen am Sonnabend gewählt wird, befindet sich Birmingham, Manchester, Salford, Wolverhampton, Southampton, Oxford, Cambridge, Burnley und Derby.

Nächsten Montag finden 92 Wahlen statt. An den beiden ersten Wahltagen wird der vierte Teil des Unterhauses gewählt sein.

Die ersten Abgeordneten.

London, 14. Januar. Die Parlamentswahlen begannen heute mit der Wiederwahl von Joseph Chamberlain in West-Birmingham. Ein Gegenkandidat war dort nicht aufgestellt. Ebenso wurde in Durham und Bury St. Edmonds je ein Unionist — gleichfalls ohne Gegenkandidaten — gewählt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Januar 1910.

Juristische Klilarbeit.

Aus dem Reichstag, 14. Januar. Die beiden Justizgesetze, die als Erbschaft aus der vorigen Session dem Hause neu vorgelegt sind, das Gerichtsverfassungsgesetz und die Strafprozessordnung, kamen heute in erster Lesung zur Verhandlung. Bewundernde Anerkennung fanden die Entwürfe bei den jüngsten Juristen konservativer Oberbank. Der konservative Landgerichtsrat Wagner aus Sachsen und der freikonservative Amtsgerichtsrat Varenhorst aus der Lüneburger Heide gaben vor loyalen Entzügen ob des großen Werks. Herr Wagner hatte allerdings noch einige Erweiterungsansprüche. Selbst dieser Verursacher redete der Einführung der Schöffen auch in zweiter Instanz das Wort. Weniger enthusiastisch war der nationalliberale Abg. Heinze, gleich Herrn Wagner ein sächsischer Richter, doch hatte auch er keine prinzipiellen Einwendungen gegen den Entwurf zu machen. Auch Herr Gröber vom Zentrum war im großen und ganzen zufrieden, ging aber in Einzelheiten dem Entwurf schärfer zu Leibe als sein Vorredner. Auf Grund seiner Erfahrungen trat er entschieden für die Ausdehnung des Laienelements in der Rechtspflege ein, forderte auch, daß in der Voruntersuchung größere Rechtsgarantien gegeben werden sollten.

In der Rede des freisinnigen Abg. Müller-Meinungen trat dann die schärfere Opposition zu Tage. Offenbar hat der Herankunft aus dem Block das kritische Vermögen dieses freisinnigen Stimmungspolitikers günstig beeinflusst. Er kennzeichnete den Entwurf als ein Werk ohne jeden schöpferischen Gedanken, mit dekorativem Fassadenputz, und meinte, sobald wir an die unvermeidliche Reform des Strafrechts kämen, müsse doch wieder von neuem die Strafprozessordnung umgearbeitet werden. Namens seiner Partei erklärte er dann auch, daß der Entwurf, wenn an ihm in der Kommission nicht erhebliche Verbesserungen zustande kämen, für die Freisinnigen unannehmbar sein würde. Auch der Pole v. Dziembowski-Pomian nahm eine merklich ablehnende Haltung ein.

Zwischendurch hatte der preussische Justizminister Herr Bessler das Wort zur Verteidigung des Entwurfs ergriffen. Dabei vertiegt er sich zu der Behauptung, daß die größere Beteiligung des Laienelements an der Rechtsprechung große Bedenken habe wegen des Mangels an Verantwortungsbewußtsein. Herr Müller erwiderte darauf, dieser Mangel rühre her von der polizeilichen Bevormundung der Deutschen. Er rief dem Minister zu: Geben Sie dem Volk mehr Rechte! Es ist dem Abg. Müller also doch noch nicht klar geworden, daß ein Volk sich Rechte nicht schenken lassen kann durch die Bureaucratie, sondern daß es sich diese Rechte erobern muß im harten Kampf, wie unsere Partei es eritreibt.

Morgen kommt die Sozialdemokratie zum Wort.

Bünder-Verfälschung!

Das Intelligenzblatt der Landbündler, die „Deutsche Tageszeitung“ leistet sich in ihrer letzten Nummer wieder eine seiner bekannten Verfälschungen gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Sie zieht aus dem gestern von uns veröffentlichten Aufsatz: „An die Sozialdemokratie in Preußen“ die Folgerung, daß die Sozialdemokratie Anwälte zu veranlassen gedenke, und fordert mit verächtlichem Lächeln die Polizei zum Dreinschlagen auf.

„Man wird also“, meint das ehrsame Blatt, „darauf vorbereitet sein müssen, daß die Genossen in den nächsten Wochen Krawalle zu veranstalten versuchen werden. Die Polizei wird sicher auf dem Posten sein und ihre Pflicht tun. Das mögen sich die roten Herren gesagt sein lassen.“

Wiewohl wir das alberne Bündlerblatt durch diese Notiz betweisen, wie sehr nicht nur die bekannte Intelligenz, sondern auch die sittliche Bildung seiner Anhängerschaft diese zur Verherrlichung im Kultursaat Preußen befähigt.

Der Erfolg der Agrarzölle.

In welchem Maße durch die letzten Erhöhungen der Landwirtschaftlichen Schutzzölle die Preise der Landgüter und der Bodenpachten gestiegen sind, dafür liefert die dem preussischen Abgeordnetenhause von dem Landwirtschaftsministerium zugefertigte Uebersicht über die Domänenpachtungen interessante Belege. Nach dieser Uebersicht sind im Jahre 1909 in Preußen im ganzen 26 Domänen mit einer Fläche von 9721 Hektar neu verpachtet worden. Sie waren bis dahin in der Anfang der 60er Jahre beginnenden Pachtperiode zu einem Pachtpreis von 447580 M. verpachtet gewesen; ergeben aber jetzt bei ihrer Neuverpachtung einen Pachtzins von 491794 M., also 44104 M. mehr als in der abgelaufenen Pachtperiode. Nur 6 von diesen 26 Domänen brachten bei der Neuverpachtung einen geringeren Pachtzins. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß der Flächeninhalt der neu verpachteten Domänen jetzt um 481 Hektar kleiner ist als in der vorigen Pachtperiode. In Johannis 1910 läuft für weitere 27 Domänen die bisherige Pachtperiode ab, die 1892 begann. Auch diese Domänen sind bereits wieder neu verpachtet worden. Sie ergeben gegenwärtig eine Pacht von zusammen 631603 M. und sind von Johannis 1910 ab zum Pachtzins von 698463 M. verpachtet worden. Sie liefern also einen um 64700 M. oder 12 Prozent höheren Pachtzins.

Folgen des Kieler Wertprozesses.

Die Niederlage der Anklagebehörde im Kieler Wertprozess hat jetzt zur Vernehmung aller drei darin beteiligten Staatsanwälte geführt.

Nachdem Staatsanwalt Reils nach Mag und Staatsanwaltschaftsrat Warkner nach Frankfurt a. M. versetzt worden ist, wird heute bekannt, daß der Erste Staatsanwalt Greffrath nach Neuwied versetzt wurde.

Die preussische Regierung hat Zeit!

Die Korrespondenz W o t h meldet:

„Die preussische Wahlreformvorlage wird, wie wir hören, vor Mitte Februar auf keinen Fall an das Abgeordnetenhause gelangen, wahrscheinlich ist sogar ein späterer Termin. Unter diesen Umständen ist an eine erste Lesung der Vorlage vor Ostern im Plenum schon mit Rücksicht auf die übrige Geschäftslage des Hauses nicht zu denken. Die Stimmung innerhalb der Parteien geht schon heute dahin, die Vorlage erst der öffentlichen Kritik zu unterbreiten und sie nach Erledigung des Etats zu beraten. Die Entloberung wird aber, obgleich sie wieder wie in den Vorjahren kontingentiert werden soll, vor Ostern nicht zu Ende geführt werden können. So daß die Wahlvorlage erst Ende April zur Beratung kommt. Für den Fall, daß diese Wahlvorlage eine Verfassungsänderung vorsehe, müssen sowohl im Abgeordnetenhause wie im Herrenhause zwei Abstimmungen stattfinden, die 21 Tage voneinander zeitlich getrennt sein müssen. Wenn die Wahlreform also noch im Sommer 1910 verabschiedet werden soll, so dürfte sich die Session sehr in die Länge ziehen.“

Mit anderen Worten: die preussische Regierung will das Volk wieder einmal in den April schicken!

Das Verkenntnis eines Zentrumsabgeordneten.

München, 12. Januar. (Eig. Ver.) Bei der Beratung des Entwurfs des Malzausschlaggesetzes stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, daß die Brauereiarbeiter im Falle ihrer Arbeitslosigkeit infolge Konsumrückganges eine Entschädigung erhalten sollten.

Der Reichs- und Landtagsabgeordnete Speck sprach sich namens seiner Freunde gegen den Antrag aus und bemerkte:

Seine Fraktion im Reichstag habe sich bei Beratung der Reichsfinanzreform grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, daß Entschädigungen an Arbeiter, die infolge der Steuergesetze arbeitslos werden, nicht gewährt werden sollen.

Bei den Tabakarbeitern habe man eine Ausnahme gemacht, weil es sich zumeist um kränkliche, schwächliche und halbvalde Menschen handele. Das Zentrum werde für weitere Ausnahmen nicht eintreten.

Das Interessante dabei ist noch weiter, daß schon seit Wochen ein Antrag auf Entschädigung der Brauereiarbeiter vorliegt von — Dr. Heim, dem Fraktionskollegen des Abgeordneten Speck.

Es ist eine feine Steuermoral, durch Steuergesetze Arbeiter arbeitslos zu machen und sie dann im Glende liegen zu lassen! Es ist eine saubere christliche Sozialpolitik, die das Zentrum bei dieser Gelegenheit wieder treibt.

Uebersichten über die Arbeiterverhältnisse in den Betrieben der Heeres- und Marineverwaltung.

Die Uebersichten geben Aufschluß über Arbeitszeit, Arbeitslohn, Versicherungen und über die Stärke des Arbeitspersonals.

Bei der Marineverwaltung betrug die Arbeitszeit 9 Stunden, Ueberstunden wurden, wie es heißt, möglichst vermieden. Der Tageslohn bewegte sich zwischen 5,60 M. und 6,40 M. für den Handwerker. Der Hilfsarbeiter bezog 4,00 M. Die Monatslöhne betragen 102 bis 113 M. Arbeiterinnen erhielten 2,50 M. pro Tag. Insgesamt wurden 33 080 219 M. an Arbeiterlöhnen ausgegeben bei etwa 22 000 Arbeitern.

Bei der preussischen Heeresverwaltung betrug die Arbeitszeit 7 bis 10 Stunden, der Arbeitsverdienst 2,60 bis 3,00 M. nach der Arbeiterkategorie.

Freisinn-Sitten.

Der „fortschrittliche“ Verein „Waldd“ ließ gestern (Freitag) abend den freisinnigen Abgeordneten Dr. Altschlag über: „Die Einigung der Linken Liberalen“ reden. Dieses Thema interessierte die Waldd-Mitglieder dermaßen, daß sich ganze 25 Männer und zwei oder drei Weiblein eingefunden hatten, um dem Vortrage zu lauschen.

Vor der Referent das Wort erhielt, wurde vom Leiter der Versammlung erst eine „freisinnige“ Exekution vollzogen. Es hatten sich nämlich drei Herren eingefunden, die nicht dem neu und linksliberal vereinigen Parteigemisch angehörten. Das war rühbar geworden, und die „Gegner“ wurden erjucht, die Tür von draußen zugemacht! Als Handhabe für diese Maßregel benutzten die „Freisinnigen“ den Umstand, daß sie laut Säulenplakat nur „Parteigenossen“ eingeladen hatten!

Die Hinauskomplimentierten empfahlen sich, und mit ihnen gingen noch ein paar Personen, denen die Geselligkeit zu „freisinnig“ war. Darauf konnte Dr. Altschlag, dem die Abtheilung seiner Freunde gar nicht recht zu gefallen schien, vor knapp 20 Personen seinen Vortrag halten.

Die liberale Einigung in Thüringen.

hat zu einem Wahlartell geführt, das in der Aufstellung der Kandidaten zur nächsten Reichstagswahl zur Ausführung kommen soll. Die beiden liberalen Gruppen respektieren zunächst den Bestehenden ihrer Reichstagsmandate im Herzogtum Meiningen sowie in den Fürstentümern Schwarzburg und Reuß. Den Wahlkreis Weimar-Arnolds, den zurzeit der Antisemit Graef vertritt, haben die Nationalliberalen den Freisinnigen überlassen, wofür diese auf eine eigene Kandidatur in Eisenach-Deimbach zugunsten der Nationalliberalen verzichten müssen. Ueber den Wahlkreis Jena-Neustadt ist eine definitive Entscheidung noch nicht getroffen. Die Freisinnigen beanspruchen die Kandidatur für sich. Dafür soll Koburg den Nationalliberalen überlassen werden.

Armenunterstützung und Wahlrecht.

Im Meiningen Landtag wurde gestern ein neues Gesetz angenommen, das Bestimmungen darüber trifft, wie weit durch Armenunterstützungen öffentliche Rechte beinträchtigt werden.

Das einstimmig angenommene Gesetz, das gegenüber dem bisherigen Zustand einen wesentlichen Fortschritt bedeutet, lautet:

Es gilt künftig nicht als Armenunterstützung: 1. Die Krankenunterstützung, 2. die einem Angehörigen wegen Körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege, 3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge (einschließlich der Kosten für Juwelierergählung), der Erziehung oder Ausbildung für einen Beruf, 4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Deckung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind, 5. Unterstützungen, die erstattet sind.

Die lokale Handhabung des Vereinsgesetzes in Hamburg.

Einige Monate nach Inkrafttreten des Reichvereinsgesetzes fand in Hamburg eine öffentliche Versammlung der Handlungsbildenden statt mit der Tagesordnung: „Der Reichstag und die Forderungen der Handlungsbildenden“. Diese Versammlung hielt die Polizeibehörde für eine politische, die angemeldet oder in der ordentlichen Weise bekanntgemacht werden müsse. Wegen das polizeiliche Strafmandat über 6 M. erhob der Einberufer Einspruch, der aber vom Schöffen- und Landgericht zurückgewiesen wurde.

Auch der Straffand des hantelischen Oberlandesgerichts erblidete in der Entscheidung der Vorinstanz keine Verletzung von

Rechtsnormen und wies die Revision zurück. In der langen Urteilsbegründung wird angenommen, daß alle nach Politik riechenden Versammlungen, ob gewerkschaftlicher oder sonstiger Natur, der Anmeldepflicht unterliegen.

Bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes erklärte bekanntlich der große Philosoph Bethmann Hollweg:

„Die verbündeten Regierungen bezwecken mit der Vorlage gerade die Beseitigung aller beherrschenden und nicht gebotenen Beschränkungen, und es bestche ihre fester Wille, allen Verboten einer Kleinlichen Auslegung oder Ausführung der Vorschriften entgegenzutreten.“

Doch auf solche Erklärungen pfeifen die Gerichte.

Das Defizit der Zentrumsparade.

Wie die „Sach. Volkszeitg.“ mitteilt, hat der vorjährige Breslauer Katholikentag mit einem vagen Defizit abgeschlossen. Die Zeichner des Garantiefonds werden jetzt mit 15 Prozent der gezeichneten Summen zum Bleichen herangezogen.

Eine gerettete „Fraktion“.

Die aus dem Rechtsanwalt D. G. Schmidt bestehende „Fraktion“ des Bundes der Landwirte in der zweiten badischen Kammer, ist am Donnerstag in der Wahlprüfungskommission gegen die beiden sozialdemokratischen Stimmen gerettet worden. Der mit nur 18 Stimmen Mehrheit in der Stichwahl gewählte badische Verlet war der letzte der beanstandeten Landtagsmitglieder; somit sind jetzt alle Wahlen für gültig erklärt.

Soldaten als Landarbeiter.

Die der „Breslauer Volksmacht“ gemeldet wird, wurden in der vorigen Woche auf einem Bauernhofe in Grünungen, Kreis Brieg, drei Soldaten aus der Brieger Garnison beim Dreschen mit einer Dampfmaschine beschäftigt. Anstandslos hatte die Militärbehörde dem Besitzer auf sein Ersuchen drei Mann geliefert. Dabei sind die Arbeiter auf dem Lande im Winter durchaus nicht knapp.

Vermehrung der Seligen.

Die Schaar der Seligen mehrt sich. Nach der Jungfrau von Orleans gedenkt Papst Pius X. noch eine zweite Französin selig zu sprechen. Es ist Bernadette Soubirous, das Mädchen, dem die Jungfrau in Lourdes erschienen ist. Der Bischof von Rebers fordert in einem Hirtenbrief auf, es möchten alle Besitzer von Briefen und schriftlichen Aufzeichnungen der Bernadette diese der Untersuchungskommission zur Verfügung stellen. Zwar wird gleich dazu bemerkt, daß sich wohl nicht viel vorfinden wird, da Bernadette in Lourdes und später im Kloster zu Rebers nicht viel geschrieben habe, aber vielleicht ist dies für die Vereinfachung dieser Seligsprechung besonders förderlich.

Belgien.

Wo bleibt der moderne König?

Brüssel, 12. Januar. (Eig. Ver.) Das offiziöse „Journal de Bruxelles“ demutierte gestern die kürzlich vom „Peuple“ gebrachte Nachricht, daß die Regierung ihren bisherigen „prinzipiellen Widerstand“ in der Frage der Ernennung sozialistischer Bürgermeister aufgegeben habe. Die Nachricht knüpfte an die Thronbesteigung Alberts I. an, dessen „moderne“ Bestimmung man, wie es scheint, überschätzte. Tatsächlich erweist nämlich der König die Bürgermeister und es ist bekannt, daß die Maßregelung sozialistischer Bürgermeister auf den persönlichen Einfluß Leopolds zurückzuführen war. Das offiziöse Blatt meint, für die Regierung bestche kein Grund, eine andere Haltung als bisher einzunehmen. Das würde also heißen, daß Albert gleich Leopold II. keine sozialistischen Bürgermeister will. Das wäre jedenfalls eine nette Ankündigung von Alberts Sozialismus.

Spanien.

Die militärischen Demonstrationen in Madrid.

Paris, 14. Januar. Die französische Presse stellt fest, daß die gestrigen militärischen Demonstrationen in Madrid, welche unter dem Vorwande der Anzeigungen der Truppen in Melilla erfolgten, in Wirklichkeit ein Komplott gegen das Kabinett darstellten. Es handelt sich um das Werk politischer Agitatoren, welche Lacerba zum Führer haben. Ministerpräsident Moret drückte die Hoffnung aus, daß die Gefahren der augenblicklichen Lage beseitigt sind. Die Strafmaßnahmen seitens der Regierung gegen die Korpskommandeure und die Armeeführer in Madrid dauern fort. Zwei Obersten der Garnison Madrid sind ihres Postens entbunden worden. Verschiedene Kommandanten und Hauptleute sind mit Festungshaft bestraft worden. Die Regierung hat bisher noch keinen Beschluß wegen einer Strafe gefaßt, welche gegen den Prinzen Vignatelli verhängt werden soll. Der Prinz ist Rittmeister in einem Kavallerieregiment und hat sich in offener Weise bei den Kundgebungen beteiligt, ist aber in seiner Eigenhaft als konservativer Abgeordneter immun; eine Entschädigung gegen ihn wird jedoch unverzüglich getroffen werden. In ganz Spanien herrscht absolute Ruhe. In Madrid hat die militärische Bewegung lebhafteste Befürchtungen verursacht. Die allgemeine Ansicht ist, daß die Lage eine sehr ernste sei, da zahlreiche Offiziere sehr unzufrieden sind.

Soziales.

(Siehe auch S. Beilage.)

Handel mit weißen Sklaven.

Der Regensburger Stadtmagistrat hat kürzlich einem Herrn S. Vichtenstein die Konzession zur Errichtung einer Arbeitsnachweishalle für Land-, Forst- und Industriearbeiter erteilt. Daß es sich dabei um ein wirkliches Sklavensystem handelt, geht aus dem Prospekt dieses Initiators hervor, der an die „berechtigten Herren Gutsbesitzer“ verendet worden ist. Herr S. Vichtenstein liefert den Herren Gutsbesitzern billiges ausländisches Arbeitermaterial. In dem Prospekt sind ganz präzisuramäßig die angebotenen Arbeitsklassen nach Nationalitäten geordnet: Galizier, Russen, Ruthenen, ruthenische Stalkmägde und Anrechte usw. Bei jeder Kategorie ist auch zugleich festgesetzt, welchen Lohn die betreffenden Arbeiter zu bekommen haben, wie sie zu verpflegen und zu beherbergen sind usw. Da heißt es z. B., daß Männer und starke Frauen, die zu jeder Arbeit tauglich sind, täglich, je nach der Jahreszeit, einen Lohn von 1,10 bis 1,40 M. (Achtieren nur vier Wochen lang während der Ernte), Frauen, Mädchen und Jungen 75 Pf. bis 1,20 M. zu erhalten haben! An Naturalien sind pro Woche und Person zu liefern: Der Mann 10, das Weib oder der Bürsche 8 Pfund Brot, außerdem je 1 Pfund Reis, 1 Pfund Gerste, 1/2 Pfund Erbsen, 1 Pfund Schweinefleisch, 25 Pfund Kartoffeln, 5/8 Liter Magermilch, 1/2 Pfund Salz, 1/2 Pfund Wehl, 60 Pf. Fleischgeld, dann freie Wohnung und Feuerung und für jede Person eine Strohmattlage und eine wollene Schlafbede. Die Arbeitszeit währt von morgens 7 Uhr bis abends 7 Uhr. Von dem Lohn darf der Arbeitgeber entgegen dem Gesetz höchstens 3 M. zurückbehalten, die erst beim ordnungsmäßigen Abgang auszugeben sind. Das ist nahezu die Hälfte des färglichen Wochenlohnes!

Preussische Kultur.

In der oberfränkischen bürgerlichen Presse ist folgende Notiz zu lesen: „Verlassen. Gestern abends kamen von Norddeutschland vier allein reisende Kinder im Alter von 2 bis 11 Jahren hier durch, die von Preußen ausgewiesen waren, nachdem sie von Vater und Mutter verlassen worden. Ihnen eine Begleitung mitzugeben fand man nicht für nötig. Hier haben sich mittelbige Leute gefunden, die den Kindern zu essen und zu trinken gaben und für Weiterbeförderung sorgten. Ihr Verbleib ist ein Ort in bayerischen Allgäu.“ Das nennt man preussische Kinderfürsorge!

Gewerkschaftliches.

Die Butterick Publishing Company

führt bekanntlich einen hartnäckigen Kampf mit der Union der New Yorker Buchdrucker; sie steht an der Spitze eines Teiles der nordamerikanischen Druckereientnehmer, die die Anerkennung der Gewerkschaften ablehnen und dieselben mit allen Mitteln bekämpfen. Die Firma vertreibt ihre Erzeugnisse in der ganzen Welt. Das Hauptgeschäft wird durch Verkauf von Kleider-Schnittmuster gemacht. Um für ihre Schnittmuster Reklame zu machen, gibt die Firma in Deutschland mehrere Zeitschriften heraus. Es sind dies: „Moden-Revue“, „Buttericks Moden-Album“, und „Buttericks Moden der Hauptstädte“.

Die Buttericks Publishing Company versucht jetzt eine Ausdehnung ihres Geschäftsbetriebes dadurch herbeizuführen, daß sie mit Warenhäusern und großen Spezialgeschäften Verträge abschließt, wodurch dieselben den Vertrieb von Buttericks Schnittmustern übernehmen. So hat z. B. die Firma Steigerwald und Kaiser in Frankfurt a. M., Holzgraben 4, im Dezember v. J. den Verkauf von Buttericks Schnittmuster übernommen. Die Reklame wird durch „Buttericks Modenblatt“, Monatsausgabe der Firma Steigerwald u. Kaiser, Frankfurt a. M., betrieben. Das Blatt kostet pro Jahr 1,50 Mark und wird dafür franko gesandt. Es kann auch durch die meisten Buttericks Agenturen oder auch direkt durch die Aktiengesellschaft für Buttericks Verlag, Berlin W. 8, bezogen werden. Der geringe Preis, für den das Modenblatt abonniert werden kann, läßt erkennen, daß es sich um eine billige Volksausgabe handelt, die besonders unter den der Arbeiterklasse angehörigen Frauen und Mädchen verbreitet werden soll. Die Firma Steigerwald u. Kaiser hat außer in Frankfurt a. M. auch in Leipzig, Magdeburg, Dresden und Chemnitz eigene Geschäftshäuser. Es ist anzunehmen, daß die Firma überall in gleicher Weise wie in Frankfurt a. M. das Buttericksche Modenblatt und die Schnittmuster vertreibt.

Die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen werden von neuem daran erinnert, daß alle Fabrikate der Butterick Publishing Company von Streikbrechern hergestellt werden.

Der Kampf, den die amerikanischen Buchdrucker um die Anerkennung des Organisationsrechts führen, wird mit einem Siege der Arbeiter enden, wenn die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft Deutschlands Solidarität übt und die amerikanischen Klassenoffenen in ihrem schwierigen Kampfe nach besten Kräften unterstützt. Besonders die Arbeiterfrauen und -Mädchen mögen deshalb nach wie vor den Butterick-fabrikate die nötige Beachtung schenken.

Die Arbeiterblätter, die diese Mahnung weiter verbreiten, werden ersucht, zwei Belegnummern zu senden an: New York Typographical Union, Nr. 6, 3. Zole, 74-76 La Fayette Street.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Maler.

Der Schiedsspruch der Unparteiischen in der Tarifbewegung der Maler lag am Donnerstagabend vier Mitgliederversammlungen des Verbandes zur Abstimmung vor. Die Versammlungen waren außerordentlich stark besucht; jedes Mitglied wußte, daß es sich um eine sehr wichtige Entscheidung handelte. Die Ablehnung des Schiedspruches würde einen Kampf entfesseln, der gegenwärtig den Unternehmern nicht unangelegen kommen würde. Die Referenten in den Versammlungen betonten dies, aber sie stellten den Mitgliedern anheim, die Schläge selbst zu prüfen und nach gründlicher Ueberlegung ihre Stimmen abzugeben. Sie gaben eine Darstellung des Verlaufs der Bewegung und erläuterten den vorliegenden Schiedsspruch.

Die Diskussion darüber wurde mit großer Lebhaftigkeit, oft mit heftiger Erregung geführt. Viele waren mit dem Ergebnis der Bewegung unzufrieden und sie erklärten, daß die Vorlage den Berliner Malern Beschwerden bringe, die sie sich nicht gefallen lassen sollten. Zahlreiche Stimmen erhoben sich auch für die Annahme des Schiedspruches, die geboten sei aus Rücksicht auf die Kollegenchaft außerhalb Berlins. In vielen kleinen Orten würden die Verhältnisse im Malergewerbe etwas bessere werden, wenn der Tarif zur Anerkennung gelangte. Diese Stimmen blieben aber in der Minderheit, die Mehrheit billigte die Gründe nicht, die für die Annahme des Schiedspruches ins Feld geführt wurden. Der Schiedsspruch wurde mit 1265 gegen 780 Stimmen abgelehnt.

Der Reichstaxtarif der Unternehmer im Isolierergewerbe.

Der Arbeitgeberverband für das Isolierergewerbe Deutschlands möchte einen Reichstaxtarif einführen und will das offenbar in der Weise machen, daß die Unternehmer zu einer Zeit schlechten Geschäftsganges den einzelnen Isolierern und Hilfsarbeitern das Ding einfach aufzudrücken sollen. Friß Vogel oder sterb, soll es da heißen. Der Verband der Isolierer soll dabei gar nicht gefragt werden. Diesen netten Plan haben die Unternehmer zuguterletzt am 18. Dezember auf ihrem außerordentlichen Verbandstag in Kassel ausgebreitet. Das war im vorletzten Jahre schon in ihr dritter Verbandstag; in November waren sie in Hannover, im Juli in München zusammengelommen. Sie haben also nicht an Geld gefehlt, um sich zum Kampf gegen die Arbeiter zu rüsten.

Auch dem Unternehmerrat für das Baugewerbe sind sie beigetreten und die Führer dieses Kartells spielen zugleich die Oberscharmacher im Isolierergewerbe. Am Donnerstag kam ihr Reichstaxtarif in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der Isolierer und Steinholzleger Berlins zur Sprache, die bei Wille in der Brunnenstraße stattfand. Natürlich ist man im Verbands der Isolierer und Steinholzleger längst auf ein derartiges Vorgehen der Unternehmer gefoßt — besonders nachdem der ziemlich langwierige Kampf in Berlin nicht zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages geführt hat — und sorgt auch dafür, daß es, wenn der Kampf unvermeidlich werden sollte, nicht an den nötigen Mitteln fehlt. Die Geschäftsleitung des Verbandes hatte zu diesem Zweck an alle Fabrikanten ein Rundschreiben gerichtet, durch das sie aufgefordert werden, zu beschließen, daß alle für die Beiträge eingehenden Gelder bis auf weiteres an die Geschäftsleitung, also an die Verbandskasse abgeliefert werden und zur Deckung der örtlichen Unkosten Ertragsbeiträge erhoben werden. Die meisten Fabrikanten haben sich bereits mit dieser Sache befaßt und dem Wunsch der Geschäftsleitung entsprechend beschlossen. In Dresden erklärt man sich sogar bereit, zur Stärkung der Verbandskasse wöchentliche Ertragsbeiträge von 1 M. zu zahlen. Die Berliner Isolierer und Steinholzleger zeigten nun ebenfalls, daß sie den Ernst der Situation begreifen haben. Die Versammlung beschloß zu diesem Punkt, den Wochenbeitrag auf 75 Pf. zu erhöhen und davon 60 Pf. der Geschäftsleitung zu überweisen.

Ueber die Absichten des Zentralverbandes der Isolierergewerkschaften Deutschlands mit dem Reichstaxtarif, sprach der Verbandsvorsitzende Hermann Lange. Die Unternehmer halten ihren Tarifentwurf geheim und haben es nicht für nötig befunden, dem Isolierergewerbe irgend welche Mitteilung darüber zu machen. Aber der bekannte günstige Wind hat der Geschäftsleitung den „Reichstaxtarif“ samt einem an die Firmen gerichteten Rundschreiben zugeführt. Die Hauptpunkte des Unterarbiters sind: Die Arbeitszeit soll täglich 9 Stunden betragen. Der Lohn wird durch die einzelnen Bezirksverbände der Arbeitgeber festgesetzt. Sonnabends soll um 8 Uhr, an den Vorabenden der hohen Feiertage um 3 Uhr Feierabend sein. — Bis hier findet um diese Zeiten die Lohnzahlung statt. Die Unternehmer wollen also offenbar den alten Zustand wieder einführen, wobei der Isolierer, der in weiterentfernten Vororten arbeitet, an den Sonnabenden besonders spät, manchmal erst um 7, 8 ja 1/2 Uhr nach Hause gehen konnte. — Für Nacht- und Sonntagsarbeit „kann höchstens“ ein Zuschlag von 50 Proz. geleistet werden. Alle Arbeiten unter 20 Quadratmeter können in Stundenlohn ausgeführt werden; darüber hinaus werden alle Arbeiten im Akkord ausgeführt. Für das Gerüst hat im allgemeinen der Auftraggeber zu sorgen. Wo das nicht geschieht, hat der Isolierer nach Möglichkeit selbst für Gerüst zu sorgen. Für besonders schwierige Gerüste wird besondere Vergütung gezahlt. Für den Gerüstbau, namentlich für die Sicherung, ist der Isolierer selbst verantwortlich. — Diese Bestimmungen sind ganz besonders merkwürdig, um so mehr, als die Unternehmer noch vor kurzem in der „Volkszeitung“ bekannt gaben, daß das Isolierergewerbe leicht zu erkennen sei. Wer auch nur einigermaßen mit Gerüstbau vertraut ist, weiß, daß zu dieser, mit Rücksicht auf Leib und Leben so verantwortungsvollen Arbeit eine gewisse Kunstfertigkeit gehört, die sich, ebenso wenig wie die Arbeit des Isolierens, in ein paar Tagen erlernen läßt. Der Unternehmer, der in den meisten Fällen gar nicht Fachmann ist, sieht sich die übernommene Arbeit nicht einmal an, berechnet nur die Zahl der Quadratmeter, und ob der Isolierer ein zuverlässiges Gerüst hat oder ob er das Gerüst dabei bricht, das geht die Herren nichts an. — Bei Reisen soll die Stunde mit 50 Pf. vergütet werden und das Fahrgehalt 3. Klasse. — Bis jetzt wird selbstverständlich für die Zeit des Reisens der volle Lohn bezahlt, ebenso wie es bei der Wartezeit üblich und selbstverständlich ist, für die die Unternehmer jetzt ebenfalls nur 50 Pf. und diese nur dann zahlen wollen, wenn der Isolierer nachweist, daß er ohne eigenes Verschulden warten mußte. Isolierer, die schon drei Monate auswärts arbeiten, sollen zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten berechtigt sein, nach Hause zu fahren, wenn sie die „Erlaubnis“ der Firma dazu haben, sagt der Reichstaxtarif. — Das Rundschreiben, das in der vorigen Woche an die Firmen verandt wurde, verpflichtete jeden Unternehmer, seinen Arbeitern den Tarif am 8. Januar vorzulegen und ganz energisch darauf zu dringen, daß er von jedem Isolierer und Hilfsarbeiter unterzeichnet wird. Dieser Verpflichtung ist aber bis jetzt keiner der Unternehmer, nicht einmal ihr Vorsitzender, nachgekommen. Es ist selbstverständlich damit zu rechnen, daß sie das nachholen werden, vielleicht an diesem Sonnabend, vielleicht später. — In der Versammlung gab es über die Zumutung der Unternehmer nur eine Meinung. Alle Redner sprachen sich dahin aus, daß kein Isolierer oder Hilfsarbeiter das Ding unterzeichnen kann oder darf. Wo die Zumutung an sie gestellt wird, haben sie das sofort der Organisationsleitung zu melden. Am Mittwoch findet eine Mitgliederversammlung statt, die sich weiter mit der Angelegenheit befassen wird.

Deutsches Reich.

Achtung, Verband der Hasenarbeiter! (Breiterträger!) Der Volksversammlungen wegen findet unsere Mitgliederversammlung erst am 23. Januar statt. Der Vorstand.

Die Lohnbewegung der Sticker in Plauen i. S. ist durch einstimmig gefaßten Versammlungsbeschluss am Donnerstagabend nach sechswöchiger Dauer abgebrochen worden. Ueber 1100 Sticker arbeiten schon seit Wochen zu den von der Organisation vorgeschriebenen Tarifbedingungen. Im Streit standen, nachdem in den letzten Tagen eine ziemlich Anzahl Ausständiger zu Streikbrechern geworden sind, nur noch 160 Sticker. Mit den Erfolgen können die Sticker zufrieden sein, wurde doch der Kampf geführt von Arbeitern, von denen über dreiviertel erst kurze Zeit einer gewerkschaftlichen Organisation angehört und infolgedessen das erste Mal im wirtschaftlichen Kampfe standen. — Den noch Ausständigen wurde durch Versammlungsbeschluss zur Bedingung gemacht, nicht unter 18 Pf. Verdienst die Arbeit wieder aufzunehmen. Ebenfalls muß den Unternehmern zur Bedingung gemacht werden, den Textilarbeiterverband als maßgebende Organisation der Sticker anzuerkennen. Nach der in der Versammlung herrschenden Stimmung soll der Lohnkampf im nächsten Frühjahr, eventuell schon in diesem Herbst — je nachdem die Konjunktur eine günstige ist — wieder aufgenommen werden.

In der Margarinefabrik „Margarinewerke Jan C. Uhlenbroeck“ in Krefeld sind sämtliche organisierte Arbeiter entlassen worden. Die Firma hatte vor kurzer Zeit einen Tarifvertrag mit den Arbeitern abgeschlossen, welcher aber auf ausdrückliches Verlangen des Chefs „nur für die in Fabrikarbeiterverband organisierten Arbeiter“ gelten sollte. Bald nach Abschluß des Tarifes wurden nun die organisierten Arbeiter geschürtelt und gegen die Unorganisierten zurückgesetzt. Als die Sache endlich zu bunt wurde, wurden diese Zustände in der „Krefelder Arbeitertribüne“ besprochen. Dies gab dem Unternehmer Veranlassung, sämtliche Mitglieder des Verbandes zu entlassen. Die Verhandlungen zwischen dem Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes und der Firma hatten keinen Erfolg, weil die Unorganisierten nicht wünschen, daß die Verbändler wieder eingestellt werden. Der Betrieb ist deshalb gesperret. Die Erzeugnisse des Herrn U. werden nunmehr ausschließlich von Streikbrechern hergestellt.

Der Streik der Sensenschmiede in Kalk ist nicht aufgehoben. Der diesbezügliche Bericht ist durch einen Irrtum in die Presse gelangt. Der Streik bei der Firma Wippermann erstreckte sich nicht auf sämtliche Sensenarbeiter, sondern nur auf einen Teil. Als diese die Arbeit niedergelegt hatten, wurden die übrigen Arbeiter von der Firma ausgesperrt. Nun war es dieser durch Agenten gelungen, vier Arbeitswillige aus Oesterreich herbeizuschaffen; die Firma hat dann die Aussperrung aufgehoben und den Betrieb eröffnet. Nach Lage der Sache konnte die Verbandsleitung einen Teil der Ausständigen als freigestellen, die Arbeit aufzunehmen. Der Streik ist dadurch keineswegs aufgehoben. Es ist lediglich eine Frontänderung, die bei diesem Kampf erforderlich wurde. Die streikenden Sensenschmiede sind nicht gewillt, in Anbetracht ihrer durchaus berechtigten Forderungen, dem Anstalten des Unternehmers, bedingungslos in den Betrieb hineinzugehen, Folge zu leisten. Dies mögen auch die Sensenschmiede an anderen Orten wohl beachten.

In der Möbelfabrik zu Reichenhausen a. Main (Unterfranken) wurde sämtlichen Tischlern, Maschinenarbeitern und Hilfsarbeitern (88 Mann) gekündigt. Beim Abschluß eines Tarifes auf zwei Jahre verlangten die Arbeiter eine Stunde Arbeitszeitverlängerung, für dieses Jahr eine Lohnerhöhung von 2 Pf. und 2 Pf. für 1911. Die Unternehmer wollten nur einen Pfennig zugestehen, und als sich die Arbeiter weigerten, diesen Vertrag zu unterschreiben, erfolgte die Kündigung. Die Firma wird versuchen, in anderen Gegenden Arbeiter zu suchen, weshalb um Fernhaltung des Zuguges gebeten wird.

Ausland.

Die Wiener Hofopernsänger sind unzufrieden, weil ihnen seit längerer Zeit zugelegte Feuerungszulagen nicht gezahlt werden. Die Wälder beginnen schon von einem drohenden Greiz der derselben zu berichten. Die Choristen hoffen jedoch, daß die Direktion ihnen entgegenkommen werde.

Das Chorpersonal des Opernhauses zu Budapest streift schon seit einigen Tagen. Das Theatergericht verurteilte das Männerchor zur sofortigen Entlassung. Durch den Streik ist für das Opernhaus eine kritische Lage entstanden, so daß es für die Dauer dieses Chorstreiks gesperrt werden muß. Das Personal ist in großer Aufregung. Täglich werden Versammlungen abgehalten. Der Männerchor der Oper erklärte der Direktion, daß er das Urteil des Theatergerichtes nicht zur Kenntnis nehme und sich in Verhandlungen mit der Direktion nicht einlassen werde. Falls keine Einigung erzielt werde, erhalten alle Mitglieder des Männerchores ihre Kündigung.

Blode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft.

Die Bewegung der englischen Bergleute.

Das Iffs Bureau meldet: London, 14. Januar. Der zur Beratung über das Kohlenarbeitergesetz eingesetzte Ausschuss des Northumberland Bergarbeiterverbandes und verschiedene Ortsvertreter hielten gestern in New Castle eine Versammlung ab, bei der beauftragt wurde, daß die Lage unverändert sei, daß keine weiteren Zugeständnisse erreicht worden seien und keine weiteren Vergewerte ihren Betrieb eingestellt hätten. Für morgen wurde die Abhaltung einer Konferenz mit den Bergwerksbesitzern vereinbart und beschlossen, daß jedes fordernde Vergewert noch vorher einen Vertreter entsenden solle, um vor dem Ausschuss die Streitpunkte bei jedem einzelnen Werk anzulegen.

Auf einer Generalversammlung des Verbandes der Kohlenbergwerksbesitzer von Durham wurde gestern bekannt gegeben, daß 68 Proz. der dortigen Bergwerke im Betriebe seien. Eine am Mittwoch in Durham abgehaltene Bergarbeiterversammlung hat unter dem großen Publikum die Verstärkung nachgerufen, daß ein allgemeiner Streik für das ganze Land bevorstehe. Zu dieser Verstärkung dürfte zurzeit aber kein Grund vorliegen.

Aus Industrie und Handel.

Schlachtviehaufrtrieb im Jahre 1909.

Die amtliche Statistik über den Auftrieb der bedeutendsten Schlachtviehmärkte Deutschlands zeigt für 40 Marktplätze (für sieben derselben sind die Angaben in den ersten Jahren lückenhaft) folgendes Jahresergebnis:

	Rinder	Kälber	Schafe	Schweine
1900	1249 185	1354 683	1 240 551	3 863 573
1901	1312 181	1420 144	1 298 425	3 026 066
1902	1275 212	1348 872	1 205 878	3 335 443
1903	1237 160	1298 194	1 005 749	4 088 206
1904	1255 289	1300 871	1 124 516	4 592 821
1905	1281 538	1319 981	1 195 021	4 154 933
1906	1331 651	1307 967	1 183 341	4 184 218
1907	1346 511	1389 614	1 167 155	5 482 194
1908	1406 757	1448 998	1 179 988	5 348 188
1909	1516 628	1491 359	1 258 857	5 012 949

Unter Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses muß speziell der Auftrieb von Schweinen im letzten Jahre als unzureichend bezeichnet werden.

In der Streichholzindustrie bereiten sich jetzt die Unternehmer darauf vor, im Herbst nochmals eine Preiserhöhung einzutreten zu lassen. Sie bemühen sich, die schon bestehende deutsche Zündholzkonvention in ein Syndikat umzuwandeln. Es soll dies durch Gründung einer G. m. b. H. geschehen, die dann natürlich mit dem Verkauf auch die Preise „regelt“. Die drei größten Zündholzfabriken Deutschlands, Zündholzfabrik Union, Augsburg, Stahl u. Külle, Kassel, und Ravensburg a. d. Elbe, sind schon für das Syndikat gewonnen. Die drei Fabriken stellen 80 Proz. der deutschen Erzeugung dar! Mitte Januar sollen in Berlin die entscheidenden Verhandlungen stattfinden. Nun wird schon mitgeteilt, daß im Herbst, in Rücksicht auf die stark gestiegenen Selbstkosten, eine Preissteigerung zu erwarten sei. Nach dem Staat kommen also die Kapitalisten nochmal, um die Konsumenten zu schrecken. Die Börse freut sich schon wieder der kommenden fetten Dividenden; sie steigerte die Kurse der in Frage kommenden Aktien-gesellschaften.

Hohe Schlachtgebühren. Aus Rey wird berichtet: Es soll hier nicht nur der Ausfall an Ölroi durch Schlachtgebühren gedeckt werden, sondern noch hierüber hinaus 250 000 Mark durch erhöhte Schlachtgebühren eingebracht werden. Die Fleischherstellung hat beschlossen, kein Mittel unversucht zu lassen, um diesen Streich abzuwenden, eventuell will man den Prozess antreten oder gar außerhalb eines Schlachthofes bauen und das Fleisch geschlachtet einführen.

Wiel Lärm um wenig. Als ein besonderes Ereignis wurde die Mitteilung verbreitet, daß von deutschen Werken eine Lieferung von 20 000 Tonnen Roheisen für Belgien übernommen worden sei. Obwohl das nicht einmal einer Wochenleistung der deutschen Hochofenwerke entspricht, sollte der Ansehen erweckt werden, als ob durch diesen Auftrag unter den Lagerbeständen geräumt werden könne. Rasker stellte sich heraus, daß die Menge nicht sofort, sondern innerhalb 6 Monate lieferbar sei.

Großkapitalismus in Kanada. Auch Kanada hat längst aufgehört, rein landwirtschaftliches Kolonialland zu sein. Die hoch entwickelte industrielle Entwicklung steht, geht hervor aus der Verschmelzung der Iron and Steel Company (Eisen- und Stahlgesellschaft) und der Coal Company (Kohlenbergwerk). Letztere arbeitet mit einem Kapital von 34,4 Millionen Dollar, letztere mit 23 Millionen, zusammen rund 241 Millionen Mark. Die Kohlen-gesellschaft (1893 gegründet) besitzt rund 275 Quadratmeilen gleich 71 000 Hektar Kohlenfelder mit einem Kohlenvorrat, der auf 1430 Millionen Tonnen geschätzt wird. Sie fördert jetzt 3 1/2 Millionen Tonnen im Jahre, sie betreibt 160 Kilometer Eisenbahnen und ist an anderen beteiligt, hat 10 Dampfer, Hafenanlagen usw. Die Eisen- und Stahlgesellschaft (gegr. 1899) soll über 200 Mill. T. Erz verfügen. Sie betreibt 4 Hochofen, 10 Stahlöfen, 500 Koksöfen usw. und wird ihre Leistungsfähigkeit bis Ende d. J. verdoppeln. Nach der „Monetary Times“ sind über 904 Millionen Mark von Kapitalisten der Vereinigten Staaten in Kanada angelegt. Die Einwanderung aus den Vereinigten Staaten betrug bisher 500 000, davon über 254 000 in den letzten drei Jahren, 200 Millionen sind in Bergwerken, ebensoviel in Mühlen und Holzhandlungen angelegt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Zündholzsyndikat perfekt.

Berlin, 14. Januar. Der überwiegend größte Teil der deutschen Zündholzfabriken ist heute unter dem Namen Deutsches Zündholzsyndikat, G. m. b. H., zu einem Verkaufssyndikat zusammengetreten. Das Syndikat wird seine Tätigkeit am 1. April dieses Jahres aufnehmen und seinen Sitz in Dresden haben.

Vom Automobil getötet.

Altenburg, 14. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute nachmittag verunglückte das vom Vergart Böhmisch in Altenburg gesteuerte Automobil in der Zeiber Straße daselbst dadurch, daß es infolge der Glätte des Weges ins Rutschen kam und in den Chauffeurgraben kürzte. Während sich Vergart Böhmisch und sein Begleiter am Wagen festhalten konnten, wurde der Chauffeur herausgeschleudert und kam unter den Wagen zu liegen, wobei ihm der Brustkasten völlig eingedrückt wurde, so daß der Tod in wenigen Minuten eintrat. Er hinterläßt Frau und drei Kinder.

Folgen des provozierenden Unternehmertums.

London, 14. Januar. (B. L. B.) Die norddeutschen Stahlwerke am Tees, die über 2000 Arbeiter beschäftigen, erklären, daß sie wegen Kohlenmangels morgen den Betrieb einstellen werden.

Ein dreister Ueberfall.

Chalon-sur-Saône (Departement Saône-et-Loire), 14. Januar. (B. L. B.) Auf Schloß Roussillon ist das Ehepaar Morot von drei Dieben im Alter von 18, 20 und 21 Jahren mit Knütteln erschlagen worden. Die Mörder wurden verhaftet.

Gegen die militärischen Demonstranten.

Madrid, 14. Januar. (B. L. B.) Infolge der vorgestern von Offizieren veranstalteten Kundgebungen hat die Militärbehörde den Arme- und Marineklub geschlossen.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Dierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

16. Sitzung am Freitag, den 14. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Lisco, Befelder.

Ein schleuniger Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.), ein gegen den Abg. Albrecht (Soz.) wegen Uebertretung schwebendes Strafverfahren für die Dauer der gegenwärtigen Session einzustellen, wird debattelos angenommen.

Es folgt dann die Fortsetzung der Beratung der Strafprozessordnung in Verbindung mit

Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Abg. Dr. Wagner-Sachsen (f.): Besonders erfreulich an der neuen Strafprozessordnung ist ihr Deutsch, das ich anderen Vorschlägen zur Nachahmung empfehle. Sachlich bringt der Entwurf eine Erweiterung der Heranziehung des Laienelementes zur Rechtsprechung. Zweifellos ist der Berufsrichter dem Laienrichter überlegen, schon weil er von wirtschaftlichen Gegenständen unabhängig ist. Aber das Vertrauen in die Rechtsprechung wächst durch die Zuziehung von Laien, sie hat sich bisher bewährt und wir stimmen ihrer Erweiterung zu. Der Entwurf will die Laien aber nicht in der Berufungsinstanz zuziehen. Ein Teil meiner Freunde stimmt dem zu, ein anderer dagegen und zwar, wie es scheint, der größere, kann nicht einsehen, warum man mit der Zuziehung von Laien beim Berufungsgericht Halt machen soll.

Weiter bringt der Entwurf die Berufung gegen die Urteile der Strafkammern, die wohl jeder hier im Hause begrüßt. Um so sonderbarer erscheint es, daß bei den schwersten Fällen, bei den Urteilen der Schwurgerichte, eine Nachprüfung ausgeschlossen sein soll! Wir hätten es gern gesehen, wenn das Schwurgericht durch das große Schöffengericht ersetzt worden wäre. Doch werden wir bei dem Vertrauen, welches das Schwurgericht genießt, von Änderungen in dieser Richtung absehen. Die Bestimmung des Entwurfs, daß die Urteile eine Begründung dafür, weshalb eine Tatsache für bewiesen angesehen wird, nicht zu enthalten brauchen, halte ich nicht für annehmbar. — Das Verlangen, den Beschuldigten in alle Einzelheiten der Untersuchung einzuzuwählen, ist unerfüllbar, das würde zur Verdunkelung führen. Die Forderung nach Beschleunigung des Verfahrens ist berechtigt, doch hat sie zu Vorschlägen in betreff des summarischen Verfahrens geführt, die uns zu weit gehen.

Eine sehr lebhaft diskutierte Disziplin hat die Einschränkung des Legalitätsprinzips hervorgerufen; uns geht sie zu weit, doch werden wir an der richtigen Abmischung gern mitarbeiten. — Heftig angegriffen ist die Erleichterung des Ausschlusses der Öffentlichkeit in Verleumdungsprozessen; sie soll nach dem Entwurf schon nach freiem Ermessen des Gerichts eintreten können. Wir halten jene Angriffe für nicht gerechtfertigt. Vor allem aber vermissen wir Bestimmungen, durch welche verhindert wird, daß über Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit in voller Öffentlichkeit berichtet wird. Wir haben, wie Sie sehen, auch einzelne Wünsche, im ganzen aber halten wir den Entwurf für eine gute und geeignete Grundlage für eine Justizreform. Wir beantragen seine Ueberweisung an eine Kommission von 24 Mitgliedern. (Dravot! rechts.)

Abg. Dr. Heinze (natl.): Prinzipielle Änderungen bringen die Vorlagen nicht; sie ändern nur vieles im einzelnen. Vor allem sollen Laien zu den Strafkammerurteilen hinzugezogen werden. Ueber diese Frage wie auch über die Einführung der Berufung sind die Ansichten der Juristen geteilt, aber politische Gründe sprechen unter allen Umständen dafür. Es sollten Laien aus allen Ständen hinzugezogen werden. Die deutsche Justiz hat nichts zu verbergen und kann jeden aus jedem Stande hinter ihre Kulissen blicken lassen. Diejenigen Juristen, die noch gegen die Hinzuziehung von Laien sind, mögen sich damit trösten, daß es nicht allein auf eine gerechte Rechtspflege ankommt, sondern darauf, daß die Rechtspflege Vertrauen im Volke genießt.

Die Strafprozessreform bringt wesentliche Verbesserungen. Zu begrüßen ist die Einschränkung des Legalitätsprinzips, das heute die Staatsanwälte zwingt, gegen jede, auch noch so unbedeutende Kleinigkeit einzuschreiten. Sehr notwendig ist eine befriedigende Regelung der Untersuchungsphase. Ob hier der Entwurf die richtige Lösung bringt, wird näher zu prüfen sein. Zweifellos werden eine Reihe der neuen Bestimmungen auch eine Beschleunigung des Strafverfahrens bewirken, die dringend nottut. Schließlich ist mit Freuden zu begrüßen das neu eingeführte Verfahren gegen Jugend-

liche. Wünschenswerter wäre vielleicht an sich, die ganze Frage der Behandlung der Jugendlichen im Strafprozess, im Strafrecht und in der Verwaltung durch ein besonderes Gesetz zu regeln. Aber das würde die notwendige Reform unendlich weit hinausschieben. Dem Antrag auf Einsetzung einer niedrigen Kommission schließen wir uns an. (Dravot! bei den Nationalliberalen.)

Preussischer Justizminister Befelder:

Der vorliegende Entwurf wurde bei seiner Veröffentlichung im ganzen nicht unfreundlich aufgenommen. Er schließt sich historisch an das geltende Recht an, wobei er Mängel, die seit Jahren als solche erkannt wurden, zu beseitigen sucht. Die einzelnen Fragen, die der Entwurf regelt, müssen daher historisch betrachtet werden. Das Laienelement ist in größerem Umfange in Deutschland erst seit 1879 zur Rechtsprechung herangezogen, und das hat sich gut bewährt. Klagen über die Schöffengerichte sind nicht in gleichem Maße laut geworden wie über die Strafkammern. Freilich erklärt sich das wohl nicht daraus, daß am Schöffengericht Laien mitwirken, sondern daraus, daß gegen die Urteile der Schöffengerichte die Berufung möglich war. Die Vorwürfe, die gelehrten Richter seien weltfremd, sind ganz unbegründet. Wenn aber die Bevölkerung auch in den Strafkammern in erster Instanz Schöffen wünscht, haben wir keinen Anlaß, dem entgegenzutreten. Anders liegt es bei der Berufungsinstanz. Hier Laienrichter zuzulassen, wäre ein Schritt, den noch kein Volk gemacht hat, ein Experiment, das große Gefahren in sich birgt und das die Verbündeten Regierungen nicht mitmachen können. Der Berufsrichter hat eine weit mehr kritische Tätigkeit als der Richter erster Instanz, und ob Schöffen dieser Aufgabe gewachsen sind, darüber existieren noch nirgends Erfahrungen. Auch die notwendige Zahl von Schöffen würde man nicht finden können, wenn sie auch in zweiter Instanz mitwirken sollten.

Abg. Gröber (f.): Zu meiner Freude hat sich Dr. Wagner namens der Mehrheit der Konservativen und Dr. Heinze im Namen der Nationalliberalen für Zuziehung der Laien in zweiter Instanz ausgesprochen. Die Laien haben vor dem Berufungsrichter die größere Vertrautheit mit dem praktischen Leben sowie vielfach ein besseres Verständnis für die Gedankenwelt der Zeugen und Angeklagten voraus; auch sind sie nicht der Abstumpfung ausgelegt, der der Berufsrichter nur zu leicht verfällt. Es besteht im Volke unlegbar ein Misstrauen gegen die gelehrten und angelegten Richter. Daher kräftigt die Zuziehung von Laien die Autorität der Rechtspflege. — Man sagt nun, um die Pflichtzuziehung von Laien zur Berufungsinstanz zu rechtfertigen: Die Berufungsinstanz hat wesentlich Rechtsfragen zu entscheiden und dazu sind die Laien weniger geeignet. Aus meiner langjährigen Praxis heraus muß ich das bestritten. Bei der größten Zahl der Berufungen handelt es sich um Tatsachengestaltung, Strafmaß usw. Es liegt also kein Grund vor, die Laien hier nicht zuzuziehen. Zu wünschen wäre, daß die Verlesung des Urteils erster Instanz mit Begründung vor der Verhandlung der Berufungsinstanz wegfiele. Diese Verlesung beeinträchtigt von vornherein die ganze Verhandlung zumungunsten des Einlegers der Berufung. — Fraglich scheint es zu sein, ob wir genug und geeignetes Material für die Besetzung der Berufungsinstanz mit Laien haben. Aber die Uebertragung der Bagatelldelicten an die Amtsrichter ohne Laienzuziehung macht viele Kräfte für die Berufungsinstanz frei und die Diätenzahlung ermöglicht die Zuziehung weiterer Kreise als bisher. Die vom Reichsjustizamt niedergesetzte Kommission hat sich einstimmig für Zuziehung der Laien zur Berufungsinstanz ausgesprochen. (Hört! hört!)

Die Frage der Beibehaltung der Schwurgerichte beantworteten wir im bejahenden Sinne. Auf das allererstenbedenke ist davon zu warnen, die Entscheidung darüber, ob Anlage erhoben werden soll oder nicht, in die Hände des Staatsanwalts zu legen. Den Staatsanwälten würde damit eine Macht gegeben, die ihnen selbst vererblich werden könnte. Unvermeidlich würde die Richterhebung der Anlage als Parteitätigkeit ausgelegt werden. Das sicher wünschenswerte Ziel, daß nicht wegen jeder Kleinigkeit Anlage erhoben wird, läßt sich besser auf anderem Wege bei der Revision des Strafgesetzbuchs erreichen.

Wir müssen sehr ernst erwägen, ob wir nicht im Gesehe selbst bestimmen wollen, daß mehr als bisher die richterliche an die Stelle der polizeilichen Voruntersuchung tritt. Den Polizeibehörden fehlt es oftmals an der genügenden Bildung. Im allgemeinen sollte namentlich angeht die erweiterten Kompetenz der Amtsgerichte die Amtsanwaltschaft mit Juristen besetzt werden. Die Zuziehung der Frauen zur Rechtspflege ist entschieden abzulehnen. — Wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, dürfen auch keine Pressevertreter zugezogen werden. Eines von beiden: entweder böllige Öffentlichkeit

oder vollständiger Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Beseitigung des journalistischen Zeugniszwanges ist zu begrüßen; sie hätte aber schon früher kommen sollen. (Sehr richtig!) — Die Frage nach den Vorfragen ist nicht immer zu vermeiden, muß aber milde und verständlich gehandhabt werden. Ich hoffe, daß es zur Verständigung über kritische Punkte und zu einem gezielten Ergebnis kommen wird. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Auch wir erkennen an, daß in sehr zahlreichen Einzelheiten erhebliche Verbesserungen vorliegen. Charakteristisch für die Arbeit ist aber die Angst vor allen grundsätzlichen Änderungen. Reformiert ist das prozessuale Recht vielfach sehr weitgehend, während das materielle Recht meist ganz unreformiert bleibt. (Sehr richtig! links.) Erfreulich ist die Uebereinstimmung aller Parteien mit der juristischen Vorcommission darin, daß auch in der zweiten Instanz das Laienelement hinzugezogen werden muß. Der preussische Justizminister meinte, die Laien seien nicht kritisch genug. Tatsächlich sind in viel schwierigeren Zivilsachen heute schon Laien in der Berufungsinstanz tätig. Nicht sollte es nicht wundern, wenn die Schöffen der ersten Instanz bald in einen Generalstreik eintreten würden, wenn sie es erleben, daß stets ihre Urteile an demselben Gericht von gelehrten Richtern wieder umgeflohen werden. Also wir verlangen Berufung an das Oberlandesgericht und Zuziehung von Laien auch in der Berufungsinstanz. Die Beibehaltung der Schwurgerichte begrüße ich, doch müßte ihre Zuständigkeit erweitert und ihre Organisation verbessert werden. Die Geschworenen müssen auch an der Strafzumessung teilnehmen. Vielfach sprechen die Geschworenen frei, weil sie sich sagen: Wir wissen nicht, was im Falle der Beurteilung die gelehrten Richter für ein Strafmaß festsetzen werden. Ich erinnere an den Steinheil-Prozess, wo die Geschworenen sich darüber vergewissern wollten, daß im Falle der Verurteilung auf das Minimum der Strafe erkannt würde. Materielles muß die Zuständigkeit der Schwurgerichte auch auf Preprozesse und politische Prozesse ausgedehnt werden, wie es in Süddeutschland schon der Fall ist. Die Gewährung von Plätzen an die Schöffen und Geschworenen begrüße wir; nicht nur Handwerker und Arbeiter, vor allem auch Lehrer müssen zu diesem Amt zugezogen werden, ich persönlich halte auch die Zuziehung von Frauen bei der Aburteilung Jugendlicher für wünschenswert. Bei dem Strafverfahren sind sehr bedenklich die Attentate gegen die Öffentlichkeit, diese größte Garantie unseres Strafverfahrens. In diese stärkste Festung bürgerlicher Rechtsgarantien will man jetzt unter allerlei Nebenborten Verstecke legen. (Sehr gut! bei den Freimüthigen.) Der Ausschluß der Öffentlichkeit bei Verleumdungsprozessen sollte nur stattfinden, wenn alle Prozeßbeteiligten damit einverstanden sind. Der Entwurf stärkt die Macht des Staatsanwalts in ganz unannehmbare Weise. Mit der Einschränkung des Legalitätsprinzips bin ich im allgemeinen einverstanden, doch muß die Entscheidung, ob eingeschritten werden soll, das Gericht treffen, nicht der Staatsanwalt. Wir dürfen dem Staatsanwalt nicht noch mehr Macht geben, wir müssen sie vielmehr einschränken, ebenso wie die Polizeigewalt. Die Staatsanwälte sind keineswegs objektiv, sondern lassen sich vielfach von politischen Rücksichten leiten; je nach der politischen Situation nehmen sie ein öffentliches Interesse an oder nicht. Das hängt auch mit der Abhängigkeit der Staatsanwälte von der vorgesetzten Verwaltungsbehörde zusammen. Hier sind gründliche Garantien notwendig.

Ganz unzureichend sind die Bestimmungen über das Vorverfahren, das für das Hauptverfahren so überaus wichtig ist; die Vorschriften richten sich viel zu sehr nach den Akten des Vorverfahrens, so daß Feuerbach mit Recht sagen konnte: „Was die Aktenhöfe den Ärzten, das sind die Aktenhöfe den Richtern.“ (Weiter!) Wir müssen verlangen, daß im Vorverfahren der Angeklagte genau so gestellt wird wie der Staatsanwalt. Eine Verhaftung sollte nur nach mündlicher Verhandlung mit dem Angeklagten möglich sein. Eine Verschleppung liegt in der Bestimmung, daß die Verhaftung auf jeden Fall berechtigt ist, wenn anzunehmen ist, daß auf über 1 Jahr Gefängnis erkannt werden wird.

Das Bedenklichste in dem ganzen Entwurf ist die Verschlechterung der Beweisführung im Hauptverfahren. Jeder unangenehme und zeitraubende Beweis kann vom Gericht willkürlich abgelehnt werden. Hier müssen Rechtsgarantien gegeben werden. Das Recht der Zeugnisverweigerung muß auch gewährt werden in bezug auf den Gebrauch des geheimen Wahrspruchs, sonst ist das Recht ganz illusorisch. (Sehr richtig! links.) Der Zeugniszwang der Presse muß als unmoralisch bis auf den letzten Rest beseitigt werden. Ebenso müssen Abgeordnete aller Art das Recht haben, in bezug auf Dinge, die sie in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete erfahren, das Zeugnis vor Gericht zu verweigern. (Sehr richtig! links.) Wir

Kleines feuilleton.

Ein Protest der Berliner Mediziner gegen die Bibliotheksgelder. Es war eine Zeitlang still geworden von dem neuesten preussischen Kulturaktentat, der Steuer auf die Bildung, die man mit der famosen Bibliotheksgeld in der königl. Bibliothek einführen wollte. Wer indes gehofft hatte, daß die zahlreichen Proteste den Wechselwag erlöst hätten, oder die Furcht vor der unabweislichen Blamage (in den Augen der kultivierten Menschheit) die Väter dieser Kulturförderung abgesehen hätte, täuschte sich gründlich. So etwas mag anderswo möglich sein, in Preußen nicht. Die öffentliche Meinung, die Interessen der Allgemeinheit lassen unsere Bedrückter und Bureaukraten bösig fass. Der Fall Vode hat uns ja eben erst zum Gaudium Europas bewiesen, daß eine preussische Behörde sich nie irrt, daß sie einen begangenen Fehler nie eingesteht oder wieder gut macht. Herr Hornad, der Generaldirektor der königlichen Bibliothek, der den dem Abgeordnetenhaus zu unterbreitenden Etatsantrag zu „begründen“ berufen ist, scheint nach ähnlichen Vorbeeren zu gehen. — Wenn das hohe Ziel erreicht ist, durch Besteuerung der Bibliothekbenutzer einen Teil der Mittel aufzubringen, die die geborenen Bildungsberechtigten, die Junfermannen, notwendigen Bedürfnissen der staatlichen Bibliotheksammlung vorzuziehen, so wird Preußen wieder auf einem Gebiete in der Welt voran sein.

Indes es scheint auch im bürgerlichen Lager unter den Akademikern gegen die neueste Schmach eine Opposition wach zu werden.

Die Berliner Medizinische Gesellschaft, die neben den Universitätsprofessoren und den anerkannten Forschern und Praktikern so ziemlich die ganze regame medizinische Welt Berlins umfaßt, widmete ihre letzte Sitzung am Mittwoch einem Antrag ihres Mitgliedes Dr. Chajes, gegen die kulturwidrige Gebühr Protest zu erheben und bei der Bibliotheksverwaltung gegen sie vorstellig zu werden. Trotz dem Rechtverweigerungsschreiben des Herrn Hornad, das zur Verlesung gelangte, wurde dieser Antrag (gegen eine Stimme) in der amendierten Form zum Beschluß erhoben, daß er als Petition ans Abgeordnetenhaus gerichtet werde.

Es wäre wünschenswert, daß den in Preußen herrschenden Spiritusproduzenten die Besteuerung des nutrimantum spiritus (geistige Nahrung) durch weitere Proteste vereitelt würde.

Die Fortschritte der Photographie in den letzten 20 Jahren. Die Freie Photographische Vereinigung, die die Förderung der Photographie auf wissenschaftlichen und künstlerischen Gebieten mit Eifer und Erfolg betreibt, feierte am Donnerstag ihr 20jähriges Bestehen durch eine Festversammlung in der Aula der Technischen Hochschule. Bei dieser Gelegenheit hielt Professor Riethe einen Vortrag, der die Entwicklung der Photographie in den letzten Jahrzehnten anschaulich charakterisierte. Die letzten 20 Jahre waren für die Entwicklung der Photographie die wichtigsten seit ihrem Bestehen. Zwar sind in dieser Zeit

keine glänzenden Entdeckungen gemacht worden, aber das Erbe der Väter, die Erfindungen früherer Zeit, wurden ausgebaut und verbessert in einer Weise, wie man es zu Beginn der Epoche nicht erwarten konnte. Eine wesentliche Verbesserung hat das photographische Handwerkszeug erfahren. Vor 20 Jahren stand die photographische Optik in einer gärenden Entwicklung. Ihr größter Feind, der es unmöglich machte, ein ausgedehntes, scharfes Bildfeld zu erhalten, war besiegt. Durch die wissenschaftlichen Arbeiten Abbes und die praktischen Arbeiten der Firma Zeiß ist in den neunziger Jahren in dem Doppelanastigmat ein Objektiv entstanden, das die weitgehendsten Ansprüche an ausgedehnte Bildscharfe erfüllt. Dem Doppelanastigmat sind eine Reihe von Objektiven für die verschiedensten Spezialarbeiten gefolgt. Ebenso wie die Linse, ist auch die Kamera verbessert worden. Durch die Handkamera ist die Photographie erst populär geworden, nachdem durch die Erfindung der Trockenplatte die Möglichkeit gegeben war, die Photographie überall auszuüben. — Der Kopierprozeß war vor 20 Jahren auf zwei bis drei Papierarten angewiesen. Heute haben wir eine größere Reihe ausdrucksvoller Kopierverfahren. Auch die Illustrationstechnik hat durch die Entwicklung der Photographie, besonders durch den Dreifarbenbdruck, eine wesentliche Bereicherung erfahren. Die Voraussetzung des Dreifarbenbdrucks war die farbenempfindliche Platte, die Professor H. W. Vogel in die Praxis einführte. Die Photographie in natürlichen Farben galt vor 20 Jahren, ebenso wie das lenkbare Luftschiff und die Flugmaschine, als ein unlösbares Problem. Beide Probleme sind heute gelöst. Die Farbenphotographie liefert durchaus befriedigende Resultate. Allerdings wird es noch lange dauern, bis man ausschließlich in Farben und nicht mehr in Schwarz photographiert. — Wichtiger als die Photographie selbst ist ihre Anwendung auf den verschiedensten Gebieten des Wissens und der Fortschritts. Bis zum Jahre 1890 kannten wir nur den sichtbaren Teil des Spektrums. Durch die Entdeckung Röntgens ist es möglich geworden, durch die Photographie auch das Unsichtbare zur Erscheinung zu bringen. Auch die Mikrophotographie zeigt uns Dinge, die dem Auge nicht wahrnehmbar sind, denn die Empfindlichkeit der photographischen Platte für kurze Lichtwellen liegt auf zwei Oktaven tiefer als die Empfindlichkeit unseres Auges. — Unsere Kenntnisse vom Weltall sind durch die Photographie wesentlich bereichert worden. Weltkörper, deren Licht so schwach ist, daß sie vom menschlichen Auge niemals wahrgenommen werden können, werden auf der photographischen Platte aufgezeichnet, wenn sie stundenlang dieser schwachen Lichtwirkung der weitentfernten Gestirne ausgesetzt wird. Auch in Dienste der Länder- und Völkerkunde hat die Photographie wesentliches geleistet, und auf künstlerischem Gebiet hat sie sich zu einer Technik entwickelt, die die ganze Kunst durchdringt.

Humor und Satire.

Helgoland.

Unsere Zukunft liegt auf dem Ozean, drum lauften wir uns eine Insel an. Germania, da hältst du dein Pulver trocken wider fremdes Geläuf in deinen Loden. Der Vetter John Bull hat für alt sie verkauft, ehe sie ihm unter den Füßen verkauft. Der Vetter Michel hat ja so viel Moneten, damit kann er selbst Regir das Kischlo verläuten! Das Meer ist gefräht, das Eiland aus Ton, zu Blechen Ehrenpflicht für die Nation. Gepanzert das Land, gemauert der Rand, das heißt ein Zustand von Helgoland. Nun heiße, du Brandung, nur aus Granit. Wenn's nicht hilft, wir schaffen schon neuen Kitt. Einmal tum mit Vollbampf die Steuergrabe, „das Volk hat's bewilligt“, fertig ist die Laube. Ich finde das popsig, das bißchen Fliden, wir müssen einfach die Nordsee überbrücken, noch besser ein fester Damm wird errichtet, von Proletarierhänden sorgsam geschichtet. Dann wird Helgoland an Balboist verkloppt und mit dem Rebbe den Jütern die Taichen gestoppt. Und was dann noch fehlt zum guten Leben, das wird uns — hands off! — Onkel Edward geben! Fleh.

Notizen.

Der Wettkampf der neuen Operngründungen. Die Theaterpleite, die Berlin heimlich, schreit die Operngründer nicht ab. Rührer der „Großen Oper“ in Charlottenburg wird ein Richard-Wagner-Volltheater, das Gura leiten will oder soll, am Schiffbauerdamm geplant. Und der Berliner Opernbereich wird jetzt auch kühn und will sein Richard-Wagner-Theater bauen. Der Direktor der Komischen Oper, Gregor, soll es leiten (also eine Pifiale). Pläne kosten nichts. — Das englische Theater, das die Schauspielerin Meta Jling ins Leben gerufen hatte und das durch ihren Tod unterbrochen wurde, ist jetzt endgültig aufgelöst worden. — Rene Wägher. Otto Rüthe's kürzlich im Neuen Theater aufgeführtes Drama: „Don Juans letzte Abenteuer“ ist in der Buchausgabe in Verlage von E. Fleischel u. Co., Berlin, erschienen (Preis 2 M.). — Ein literarischer Fund wurde im Staatsarchiv zu München gemacht. Man entdeckte auf dem Umschlag einer alten Rechnung drei Lieder Walther von der Vogelweide sowie ein Urnordstück eines anderen Minnesängers. Das Manuskript, das auch die Noten enthält, soll aus dem 14. Jahrhundert stammen.

müssen das unbedingte Polizeihandrecht des Parlaments bei dieser Gelegenheit festlegen.

Was über die Jugendgerichtshöfe hier bestimmt ist, ist sehr dekorativer Art. Gegenüber dem, was in anderen Ländern erreicht ist, ist es vollkommen unzureichend. Es fehlt vor allem das Institut der bedingten Verurteilung und die Aussetzung der Strafvollstreckung. (Sehr richtig! links.) So lange noch die Möglichkeit besteht, daß Jugendliche zusammen mit alten Verbrechern, Dirnen und Zuhältern inhaftiert werden, sind all solche Bestimmungen umsonst. Der Strafvollzug muß möglichst individualisiert werden, sonst bleiben unsere Gefängnisse nach dem Worte eines der hervorragendsten Juristen Brutstätten des Lasters und der moralischen Vergiftung.

Wir nehmen das Gebotene an als Abschlagszahlung. Die Hauptsache ist doch der Geist, in dem die Befehle angewandt werden. Dazu brauchen wir ein erstklassiges Richteramt, das nach oben und nach unten unparteiisch ist. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Sarenhorst (Rp.): Die Kritik des Vorredners an dem Entwurf kann ich nicht als berechtigt anerkennen. Der Entwurf hält den richtigen Mittelweg ein, das beweist der Umstand, daß die Logik der Anwälte nach der einen, die der Richter nach der anderen Seite über den Entwurf hinausgehen will. Die Schwurgerichte sind für mich und den größten Teil meiner Freunde ein Noli me tangere (dürfen nicht angetastet werden). Wohl aber sind wir dafür, ihnen gewisse Teile zu entziehen und an die Strafkammern zu übertragen. Redner schließt sich dem Antrag auf Kommissionsberatung an. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Dziedowicki-Pomian (Pole): Der Justizminister hat die Richter gegen den Vorwurf der Weltfremdheit in Schutz genommen. In den polnischen Landesstellen verstehen sie das Empfinden des Volkes sicherlich nicht, wenn sie aus anderen Landesstellen dorthin versetzt werden. Einigen Schutz dagegen gibt die Mitwirkung der Laien in der Rechtsprechung; zu erwägen wäre auch, ob das Recht der Ablehnung von Richtern nicht erweitert werden soll. Die Ausschließung von Laien an der Berufungsinstantz läßt sich in keiner Weise rechtfertigen, wenn man die Laien nicht überhaupt vom Richteramt ausschließen will. Wie werden daran mitarbeiten, daß aus der Kommission etwas wirklich Brauchbares herauskommt. (Bravo! bei den Polen.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Samstag 11 Uhr. (Nachher: Interpellationen betreffend Versicherung der Privatangehörigen und Interpellation Albrecht (Soz.) betreffend die Entschädigungen der Tabakarbeiter.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion bestimmte am Freitagabend die Redner für die zweite Lesung des Staats. Es werden sprechen: Zum Titel „Reichsstaatskanzler“: Ledebour und Böhle; zum Auswärtigen Amt: Scheidemann und Dr. David; zum Reichsamt des Innern: Fischer und Hoch; zur Marine: Nebel und Südekum; Reichsminister: Sebering und Legien; Justizamt: Stadthagen und Heine; Kolonialamt: Eichhorn und Roske; Schutzgebiete: Ledebour und Stolle; Reichseisenbahnamt: Lehmann und Ziehsch; Reichseisenbahnen: Emmel und Böhle; Postamt: Singer, Zubeil, Eichhorn; Militäramt: Stücklen und Roske.

In der Kommission zur Vorberatung der Justizgesetze würden delegiert die Genossen Frank, Frohme, Hoch und Stadthagen.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages, die nach Schluß der vorigen Session neu gewählt worden ist, beriet über die Geschäftsliste. Es liegen im ganzen noch 25 Wahlprüfungen vor, von denen bereits 19 für die Arbeit der Kommission bereitliegen. Die Kommission wird darum wahrscheinlich am Mittwoch, Donnerstag und Freitag Sitzungen abhalten.

Ein Ingenieur hat eine röhrende Dampfkraft gebaut und sie empfohlen. Man stellt es ihm frei, sie der Kommission zur Prüfung zuzuführen.

Aus der Partei.

Wobels Erinnerungen.

Am 1. Februar, so gibt der Verlag J. G. W. Dieck bekannt, wird zur Verendung gelangen der erste Teil des Werkes: „Aus meinem Leben“. Von August Wobels. Der Preis ist für das broschürierte Exemplar 1,50, für das gebundene 2 M.

Unsere Toten.

In Sonnenburg (Wahlkreis Ost- und West-Sternberg) ist am Mittwoch der Genosse Albert Schmidt gestorben. Neben dem Wahlkreis hinaus ist er in der Partei bekannt geworden als Angehöriger und Vertreter der Landarbeiterschaft. Ursprünglich war Genosse Schmidt allerdings Weber, als indes die Weberei in Sonnenburg einging, war er gezwungen, andere Arbeit zu nehmen und so wurde er Landarbeiter und brachte es bald zum Vorwärtsleiter. Als solcher erregte er sich einer etwas größeren Bewegungsfreiheit als der gedrückte Tagelöhner und das landwirtschaftliche Gefinde und diesen Umstand hat er eifrig für die Sache des Landproletariats genutzt. Als Mitarbeiter von Parteiblättern, als Redner in Versammlungen und auf Parteitagen der Brandenburger Genossen ist er als bereiter Hörer der ideochen Arbeiter aufgetreten. Auf dem ersten preussischen Parteitag hat er in einer trefflichen Rede die Beschwerden und Forderungen des Landproletariats mit der passenden Verehrtheit und dem heiligen Eifer des ganz mit seiner Sache Verwachsenen und aus eigener Erfahrung und Anschauung schöpfenden dargelegt. Mehrfach ward er um dieser Tätigkeit willen gemahnt, noch im letzten Jahre mußte er als Waldarbeiter sein Brot suchen, da er bei den Gutsherrn weit und breit keine Arbeit mehr erhielt. Wie hat ihn das bestimmen können, in seinem Eifer für die Sache seiner Arbeitsbrüder und des gesamten Proletariats nachzulassen. Viele Jahre ist er Vertrauensmann des Wahlkreises gewesen, und in der letzten Zeit bekleidete er das Amt des Wahlkreisvorsitzenden; seit einem Jahre war er auch als Reichstagskandidat des Streifens aufgestellt. Jetzt ist er in noch verhältnismäßig jungen Jahren an den Folgen einer unglücklich verlaufenen Blinddarmpoperation gestorben. Ehre seinem Andenken!

Zum Beigeordneten gewählt wurde in dem oberelbassischen Kreisstädtchen Weibler unser Genosse August Kies. Die Wahl erfolgte im Gemeinderat mit 18 gegen 7 Stimmen. Die liberaldemokratische Presse im Reichslande spricht die Erwartung aus, daß die Regierung den Bruch mit dem System Köller, unter dem im Jahre 1902 die Befähigung des sozialdemokratischen Beigeordneten in Wülhausen verweigert wurde, durch eine andere Stellungnahme im jetzigen Falle aussprechen werde.

Jugendbewegung.

Eine Schulfestei nach freien Jugendorganisationen. Die Pfälzische Handwerkskammer versendet folgendes Zirkular:

Pfälzische Handwerkskammer.

Zirk. Nr. 5/1910.

Kaiserslautern, 10. Januar 1910.

In die gewerblichen Korporationen! Der Ausschuh des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamterlages hat in seiner Sitzung vom 5. November 1909 über die Frage der sozialdemokratischen Verbeugung der Jugend und über die Mittel zu ihrer Bekämpfung verhandelt. Insbesondere handelt es sich darum, ob sogenannte Jugend- oder Lehrlingsvereine bestehen, die unter Umgehung des Vereinsgesetzes gleichwohl politische Ziele verfolgen, sowie um die außerordentlich schwierige Frage, inwieweit solchen Organisationen ihr wahres Gesicht entlarvt und dieselben unwirksam gemacht werden können.

Die Frage hat für das Handwerk ein ganz besonderes Interesse, weil es sich hier um die Zukunft des Handwerkes handelt, die durch Beeinflussung des handwerklichen Nachwuchses schwer gefährdet werden kann.

Die Frage soll auf dem nächsten Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtertag in Stuttgart verhandelt werden. Es wird daher um Verantwortung umstehender Fragen bis 20. Januar 1910 höflich ersucht.

Pfälzische Handwerkskammer.

Der Vorstand.

A. Heil, Vorsitzender. Bernad, Sekretär.

Fragebogen betr. sozialdemokratische Jugend- und Lehrlingsvereine.

1. Bestehen am dortigen Platze Jugend- oder Lehrlingsvereine, welche unter sozialdemokratischen Einfluß stehend angesehen werden können?
2. Welche Bezeichnungen führen dieselben? (Junge Garde usw.)
3. Wurde beobachtet, mit welchen Mitteln für den Beitritt geworben wird?
4. Werden z. B. an die fortbildungspflichtige oder fortbildungsschulclassene Jugend Flugblätter verteilt oder zirkulieren besondere Zeitschriften, die besonders für den gewerblichen Nachwuchs zugeschnitten sind? („Junge Garde“ usw.)
5. Wenn ja, bitten wir, wenn solche habhaft gemacht werden können, dieselben mit einzusenden!
- 6a. Wurde bereits gegen die Verteilung seitens der Schulbehörden durch Strafanzeige mit Erfolg eingeschritten?
6. Wer leitet die Vereine?
7. Wo und an welchen Tagen und in welcher Folge finden die Vereinsversammlungen statt?
8. In welcher Weise betätigt man sich in den Versammlungen?
 - a) Werden Vorträge gehalten?
 - b) Von wem?
 - c) Werden turnerische Übungen abgehalten?
 - d) Bestehen Diskutierabende mit Rednerschulen?
 - e) Bestehen Bibliotheken?
 - f) Findet Unterricht in Buchführung, Rechnen und sonstigen Fächern statt?
 - g) Wer erteilt diesen Unterricht?
 - h) Werden Ausflüge und Exkursionen als Nodmittel veranstaltet?
 - i) Finden Gesangs- und Musikabende usw. statt?
9. Wie viele Mitglieder zählt der betreffende Verein circa?

..... den ... Januar 1910.

(Name der Korporation:)

(Unterschrift des Vorstandes:)

Die Gegner sind also eifrig an der Arbeit, die freien Jugendorganisationen zu zerstören. Daß es ihnen nicht gelinge, muß die Sorge der gesamten Arbeiterschaft sein.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenarbeit im Mittelalter.

War viele Leute gitteren bei den verschiedensten Anlässen das Schlagwort von der „guten alten Zeit“. Besonders häufig müssen die vorwärtsstrebenden Frauen solche Stoßwörter von Unwissenden oder Begügnern anhören. Aus jener Epoche, die von bürgerlichen Moralisten als wohlgeordnet und ideale für die Frauen bezeichnet wird, geht vom Standpunkte der kulturhistorischen Forschung schärflich hervor, daß die Frauenfrage als wirtschaftliche Frage, als Lebensfrage für einen großen Teil der Frauenwelt, auch im Mittelalter eine große Rolle gespielt hat. Ein Artikel „Frauennot und Frauenarbeit im Mittelalter“ (Gleichheit, 8. Januar d. J.), dem wir die folgenden Tatsachenangaben entnehmen, zitiert den Ausspruch des bekannten kulturhistorikers Lamprecht: „Wie ist die Frauenfrage brennender gewesen als in den Städten des 14. und 15. Jahrhunderts.“ Der Lebensschmerz an Frauen war im Mittelalter noch stärker als heute. In Nürnberg entfielen z. B. im Jahre 1449 auf 1000 Männer 1207 Frauen. Bei den Frankfurter Juden stellte sich das Verhältnis um dieselbe Zeit wie 1000 zu 1400. Aus besonderen sozialen Gründen wurde der Frauenüberschuß noch verstärkt. Ein großer Teil der ewig wandernden Kaufleute heiratete zum Teil gar nicht oder erst sehr spät. Daß Handwerksgefallen, die bei ihrem Meister wohnen mußten, heirateten, war selten. Ganz besonders aber trug zur Verstärkung des Frauenüberschusses die sehr große Zahl der Solibitäre (Ehelosen) bei, zu denen nicht nur die amtierenden Geistlichen, sondern der ganze Schwarm von Welt- und Klostergeistlichen gehörte. Vikare, Kuraten und auch viele Stadtbeamte, im 15. Jahrhundert in Lübeck auch alle Stadtschreiber. All diese Verhältnisse verschärfen die Frauenfrage des Mittelalters. Die Verweisung, „daß die Frau an den Herd des Hauses“ gehöre, war zu damaliger Zeit genau so deplaziert wie sie es heute ist.

Auf die Frage, was das Mittelalter für seine vielen alleinlebenden Frauen getan habe, wird zuerst auf die große Anzahl wohlthätiger Stifte, Klöster und dergleichen hingewiesen. Dadurch allein konnte natürlich die Not nicht gelindert, die mittelalterliche Frauenfrage nicht gelöst werden. Weist waren diese Stifte und Nonnen- Versorgungsanstalten für die weiblichen Angehörigen der wohlhabenden Stände, indem für die Aufnahme eine Einzahlung von 3000 bis sogar 20000 M. heutigen Geldwertes Bedingung war. Viele Mädchen wurden auch gegen ihren Willen ins Kloster gesteckt.

Die Forschungen haben weiter ergeben, daß die Frauen, allen städtisch-günstlichen Ordnungen und Anschauungen zum Trotz, sich aus ihrer wirtschaftlichen Not einen Ausweg durch Erwerbsarbeit gesucht haben. Die Mädchen und Frauen der ärmeren Handwerker und der Bevölkerungsschichten, die man als das städtische, handwerkliche Proletariat bezeichnen könnte, stellten das größte Kontingent zu der Zahl der berufstätigen Frauen, die als weibliche Gesellen und Lehrlinge bei den Badern, Bernstein-drehern, Rasern und Häblern und vor allem bei den Paardeden- und Leinwandmachern und den Leinwandwebern als Spinnerinnen und Weberinnen Beschäftigung fanden.

Die Frauen drangen auch in viele zünftige Handwerke ein, und besonders im Textilgewerbe war ihre Zahl größer als die der tätigen Männer. Die berufstätigen Frauen waren in zünftigen Handwerken teils Meister, teils Arbeiterinnen. Weibliche „Meister“ sind auf Grund der lübschen Zunftrollen nachgewiesen bei den Badern, Bäckern, Barbieren, Bernstein-drehern, Bräuern, Fischhändlern, Goldschmieden, Ristenmachern, Leinwandhändlern, Lohgerbern, Radmachern, Ruffhändlern, Senkern (Schmalle-machern) und Schneidern. Es wurden auch zünftige Lehren an Frauen vergeben. So war 1667 neben zwei männlichen auch ein weiblicher Meister „mit den perlen Kränzen und Krönden versehen“. Außerhalb der Zünfte gab es noch häufiger erwerbstätige Frauen. So z. B. auch viele Schenkswirtinnen („Krogerschen“ von „Krug“). Nach den Ueberlieferungen scheint das Amt des

Ratskuchensäckers im 15. und 16. Jahrhundert stets von Frauen verwaltet worden zu sein, auch die Stadtwage von Lübeck ist 1463 an eine Witwe verlehnt worden. Daß es Lehrerinnen seit langem gegeben habe, wird bestätigt. Schullehrerinnen waren teils Bürger-töchter, teils Handwerker- und Seemannsfrauen. 1512 unterrichteten in Lübeck 3 Holländerinnen. Daß im Mittelalter Fertigkeiten praktizierten, ist seit langem bekannt. Sehr ausgedehnt war die Frauennarbeit in der Köterei und Krämererei. Bereits um 1300 wurde, der wirtschaftlichen Not gehorchend, das alte die Frauen im Handeln vom Manne oder Vormund abhängig machende Recht abgeschafft und den Frauen gleiches Recht mit den Männern gegeben. Bei den gewerblich selbständigen Frauen waren nicht nur Witwen, die nach der Zunftordnung das Geschäft ihres Mannes fortsetzten, es gab auch ledige Meisterinnen, sowie Ehefrauen, die allein oder mit ihrem Manne oder auch mit Dritten zusammen ein Gewerbe betrieben.

Wie ersichtlich kam man zu jener Zeit den Frauen im Berufsleben vorurteilsfreier entgegen, als es zum größten Teil heute der Fall ist. Die Hunderte und Tausende von alleinlebenden, über-schüssigen Frauen, die damals in den weltlichen Begütertenhäusern Unterkunft fanden, haben ihren „natürlichen Beruf“, „Hausfrauen und Mutter“ zu sein, auch im Mittelalter nicht nach Wunsch erfüllen können. Nach den wirtschaftlichen und geistigen Um-wälzungen, die in dem Zeitraum der Jahrhunderte sich vollzogen, beansprucht die Frau, ebenso wie der Mann, ihr volles Recht, im Berufsleben sowohl wie auch in der sozialen Gesellschaftsordnung. Noch ist sie auf allen Gebieten entrechtet. Aber mutig vorwärts schreitend werden sie, trotz Reaktion, schließlich ihre vollen Menschen-rechte erlangen.

A. B. Koch
 Rohlen-Brillethgroßhandlung
 Gegründet 1893.
 Hauptkontor Berlin O. 34,
 Petersburger Straße 1
 (gegenüber Warschauer Straße).
 Fernspr. Amt 7 Str. 3040 u. 3076.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

„Unerreichte“ Leistungsfähigkeit. **Allein-Verkauf.**

Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kapplöhne, stark Garn. Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flecken umsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung
 für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN
 Spezial-Haus größten Maßstabes
 Chausseestr. 20-30 — Brückenstr. 21
 Gr. Frankfurterstr. 20
 Schöneberg, Hauptstr. 16.
 Haupt-Katalog gratis u. franko.

Nachr. ... verbod.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint
 BERLIN O.
 Joachimstraße 11 C.
 liefert Reparaturen, auf Wunsch zugleich mit vorgel. Louverbestellung.
 Spezialität: Erzeugung des alt-italienischen Timbres für große Säte an allen ... und neuen Geigen. ... Mäßiges Honorar.

Nathan Wand
 129 Stollger Str. 129.
 Die schönsten Herren - Winter - Paletots und Anzüge (sowie speziell Monats-Garderobe von bewährten getragenen Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch Anzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.)

Nathan Wand
 129 Stollger Str. 129.
 Großbahnstation Kottbuser Tor.
 Bitte auf Hausnummer zu achten.

Malchower Kautabak
 (Mecklenburger) 897EL
 aus der Fabrik von **Joh. Dannehl, Malchow.**
 General-Vertrieb durch:
Karl Röcker, Berlin O. 27, Grüner Weg 112, Amt VII, 3861.
 Tabakfabrik. — Zigarren, Zigaretten en gros.
 Hauptniederlage von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel, Mülhäußer, Danischer und des Kapitän-Kautabak.

Ardash Glendo Ligarette London
 5 Pfennig
 As supplied to the House of Lords

Generaldepot M. Butz, Berlin N., Brunnenstr. 27. Tel. III. 6229.

Kautabake — 5 Pfg.-Rollen
 der Firma **Fischer & Herwig, Hann. Münden.**
 Erstklassiges Fabrikat.
 Hauptniederlage:
Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70
 Amt VII, 3047.

Öffentliche politische Versammlungen.

Sonntag, den 16. Januar, in „Lübikes Vereinshaus“,
Dresdener Straße 116:

Große Dienstboten-Versammlung.

Vortrag: „Ausschaltung der Polizei in Streitfällen und
Forderung von Sondergerichten“. Referent: Arbeitersekretär Adolf Ritter.
Eröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
281/11 Die Einberuferin. Anna Joppich, Liegnitzer-Str. 1.

Steinarbeiter.

Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 Uhr:
Zwei Mitglieder-Versammlungen

Sektion I | **Sektion II**
in den „Musikerkäfen“ | im Verbandslokal
Kaiser-Wilhelm-Straße 18m. | Seydelstr. 30.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Sektionsleitung. 2. Neuwahl derselben. 3. Branchen-
angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Mit Rücksicht auf die Wahlrechtsversammlungen
werden beide Versammlungen präzis 10 Uhr eröffnet. Es ist deshalb
Plicht jedes Kollegen, rechtzeitig zu erscheinen. 171/1*
Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin.
Bureau: Strinistr. 215. Geöffnet von 9-1 u. 4-8 Uhr. Telefon: III, 936.

Bezirks-Versammlungen

Sonntag, den 16. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr:
Gruppe der Kunststeinarbeiter
im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstr. 57.

Sonntag, den 16. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr:
für **Adlershof** bei Kaul, Widmarstr. 16.

Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr:
für **Köpenick** im Stadttheater (Al. Saal), Friedrichstraße.

Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr:
für **Tegel** bei Kakios, Berliner Straße 92.

Mittwoch, den 19. Januar, abends 8 Uhr:
für **Spandau** bei Gottwald, Schönwalder Straße 80.

Mittwoch, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
für **Rixdorf** bei Gellert, Steinmetzstr. 93.

Mittwoch, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
für **Südost u. Süden** bei Hahn, Kaufher Platz 8.

Donnerstag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
für **Norden** bei Kramer, Guffenstr. 40.

Donnerstag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
für **Nordwest** bei Kirschkowski, Beusselstr. 9.

Donnerstag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
für **Charlottenburg** im Volkshaus, Rosinestr. 3.

Donnerstag, den 20. Januar, abends 8 Uhr:
für **Ober-Schöneweide** bei Rabe, Wilhelmshofstr. 13.

Donnerstag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
für **Schöneberg** bei Franz, Tempelhofer Straße 18a.

Donnerstag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
für **Osten** bei Zlotz, Warschauer Str. 61.

Donnerstag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
für **Weißensee** bei Content, Ledderstr. 5.

Sonntag, den 23. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr:
für **Rummelsburg** bei Blume, Mit-Vorhagen 56.

Auf allen Tages-Ordnungen stehen u. a. Berichte und Reu-
wahlen, und wird zahlreicher und pünktlicher Besuch erwartet.
Die Verbandsbücher dienen als Legitimation und finden
Abkempfung derselben statt. 63/3

Die Bezirksleitungen.

Orts-Krankenkasse

**Gemeinsame Ortskrankenkasse für
Nowawes
und Umgegend.**
Am Montag, den 31. Januar,
abends 8 Uhr, findet im Restaurant
Zinger, Preilstr. 31, eine

Außerordentl. Wahlversammlung

statt, zu welcher die Mitglieder der
Generalversammlung hierdurch er-
gebenst eingeladen werden.
Wahl eines Vorstands zum Vor-
stande.
Wahl eines Arbeitnehmers zum
Vorstande. 270/10

Die Wahlen finden getrennt statt.
Reinwies, den 13. Januar 1910.
Der Vorstand.
Kersten, Vorstehend. Wilk, Schriftführ.

Neu! Vorortparzelle 350 M.
an öffentlichem Weg. Brun-
nhof, Berlin, Nollendorfstr. 3.

Fliesenleger und Hilfsarbeiter!

Sonntag, den 16. Januar, mittags 12 Uhr, Kommandantenstr. 72,

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

Beschlussfassung über das Ergebnis der Verhandlungen.

Kollegen und Genossen! Zu dieser überaus wichtigen Frage ist es Pflicht
jedes Einzelnen, pünktlich zu erscheinen und auf den Banstufen hierfür kräftig zu
agitieren!

Alle Vorstandsmitglieder und Funktionäre um 10 Uhr im Arbeitsnachweis!

Die Tarifkommission. V. U.: G. Waldhelm.

Kranken- und Sterbekasse
aller gewerblichen Arbeiter für
Schöneberg und Berlin.

(Eingeführte Kasse Nr. 115.)

Sonntag, den 23. Januar 1910,
vormittags 9 1/2 Uhr,
in Großem neuen Rathausfälen,
Weiningerstr. 8 (Zunmer):

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Jähr-
licher Kassenbericht. 3. Neuwahl des
geleiteten Vorstandes. 4. Verschiedene
Kassenangelegenheiten. 281/2*

Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Er-
scheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand. V. U.: G. Jassioke.

Enorm billiger Verkauf
eleganter Wienergarderoben
früher 50-90 M., jetzt
12-28 M.

Deutsches Bekleidungshaus,
Große Frankfurterstraße 89.
Nur 1 Treppe, kein Laden.
Anzahlung wird vergütet.

Pelz-Stolas
Großer
**Inventur-
Verkauf!**

Über **500** Stolas in
allen Fell-
Colliersarten
zu wirklich billigen Preisen.

Kürschnerei „Eile zu Weile“
119 Dresdener Str. 119

Bekhaus Oranienplatz
Sonntag geöffnet.

Suche
f. m. Gehilfen z. Stellung i. Verlag
od. Kontor d. Buchh. Verh. hat i. m.
Befeh. gelernt u. wird von mir bestens
empfohlen. Buchh. erb. a. M. Ernst,
Verlag, München II.

Dankfagung.
Hiermit sprechen wir allen Freunden,
Verwandten und Bekannten, insbe-
sondere den Kollegen und Kolleginnen
der H. E. G. Schlegelstraße, Mitmit-
teilung, für die herzliche Teilnahme
bei der Beerdigung meines lieben
Vaters und meines Vaters unseren
innigsten Dank aus. 30202
Wwe. **Pauline Schppke**
und Kinder.

Für die herzliche Teilnahme und
Krankenspenden bei der Beerdigung
meines lieben unversehrten Vaters,
des Arbeiters 2496

Karl Drews

sagen wir allen Verwandten und Be-
kanten, sowie dem Wahlverein von
Schöneberg unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Arbeiter-Wanderverein

Berlin.
Die Tour Nieder-Schönhausen
-Hohen-Schönhausen findet nicht
am 16., sondern am 23. Januar
statt. 1/1

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Meister
Richard Carlitschek
am 12. d. M. an Blutvergiftung
gestorben ist. 110/8
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonn-
tag, den 16. Januar, nachmittags
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Friedrichshagener Kirchhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Ortsverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Arbeiter
August Kühne
am 9. d. Mts. im Alter von
50 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 15. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes,
Rigdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung wird ge-
beten. 65/7
Die Verwaltung.

**Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.**
Zahlstelle Berlin.
Am Dienstag, den 11. Januar,
verstarb unser Mitglied
Alfred Maywald.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Neuen Jakob-Kirch-
hofes in Rigdorf, Hermannstraße,
aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
63/3 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung,
reichen Kranzspenden und ergreifenden
Nachrufe bei der Beerdigung meines
lieben
Rudolf Proels
sagen wir allen Verwandten und
Freunden, insbesondere den Genossen
des 4. Berliner Reichstagswahlkreises,
dem Verein der Berliner Buchdrucker
und Schriftsetzer, dem Gesangsverein
„Typographia“ und allen seinen Kol-
legen unseren tiefgefühltesten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen
Mutter, Schwestern und Sohn.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme aus Anlaß des Hinscheidens
meines lieben Vaters, unseres guten
Vaters, des Coltrichs
Albert Horch
sagen wir hiermit dem festlichen Berliner
Reichstags-Wahlkreis, unseren lieben
Stammgenossen, den Kollegen der Ab-
teilungen Ruhn und Carleh, Feld
und Spiegel, sowie dem Verein
„Uedom“, ferner allen Verwandten,
Freunden und Bekannten unseren
herzlichsten Dank.
Rosa Horch geb. Hkel
nebst Kindern.

Urania-Salonöl

Überall wo das Plakat aushängt.
Keine Verwechslung mit österreichischem (galizisch.) Petroleum

Urania-Salonöl

Einheitspreis ... M. 12,50

Luxus-Ausführung M. 16,50

Jedes Wort hat zu viel
Der Salamanderstiefel spricht für sich selbst.
Fordern Sie Musterbuch V

Salamander

Schuhfabr. m. b. H., Berlin

W. 8 Friedrich-Strasse 182
C. König-Strasse 47
SW. Friedrich-Strasse 221
C. Rosenthaler Tor
W. Potsdamer Strasse 5

NW. Wilsnacker Strasse
Ecke Turn-Strasse 9
W. Tauentzien-Strasse 15
N. Bad-Strasse 20
Spandau, Breite Strasse 30

**Billiger als Kaffee
Besser als Surrogate
Gesünder als Alkohol**

SamanTee

A. T. G., Berlin SO. 50, Rarzer Straße 33.

95 Pfennig Woche 95 Pfennig

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm
Von Sonnabend den 15. bis Sonnabend den 22. Januar

Die annoncierten Artikel stellen nur einen Auszug aus einzelnen Abteilungen dar. — An jedem Lager ist eine grosse Auswahl von 95 Pf.-Artikeln vorhanden. — Wir machen noch besonders auf unsere Schaufenster-Dekoration aufmerksam.

Man verlange bei Einkäufen Rabatmarken

Man verlange bei Einkäufen Rabatmarken

- 1 schwarze Satinbluse mit Taille u. Sammetb. garn.
- 1 Oberhemdbluse aus hellem Barchentstoff, 1 schön. Must. mit Stickerel-Kragen
- 1 Kinderkleid aus mod. gemusterten Barchentstoff, m. angeg. Vol. u. Langgürtel
- 1 weisse Batistbluse mit Taille u. Einsteifen garniert, in schöner Ausstrichung.
- 1 Barchent-Matiné in schönen Mustern
- 1 Kostümrock aus Stoffen engl. Charakters, mit Tressen garniert.
- 1 Unterrock aus Alpaca oder Satin, mit gebranntem Volant
- 1 Empire-Korsett Dreifach gebüelter Stoff, hübsch garniert.
- 1 Korsett Dreifach mit Spiralfeder Achselbluse oder Priesenform mit Languetten
- 1 Damen-Hemd Herfasen mit gestickt. Passe mit Stickerel-Garnierung
- 1 Fassung-Hemd Garnierung Dimiti oder weiss
- 1 Nachtjacke Körperbarchent mit Languetten
- 1 Beinkleid lange Form, Hemdentuch oder weiss Körperbarchent m. Stickerel-Vol.
- 1 Beinkleid forod oder weiss Körperbarchent m. Stickerel-Vol.
- 1 Unterrock weiss oder bunt Barchent m. Volant
- 1 Herren-Hemd weiss Hemdentuch mit Falte mit Stickerel-Einsteifen
- 1 Kissenbezug Faltenbezug
- 1 Untertaille m. Stickerel-Vorderteil u. -Achsel, breitem Seiden-Handdarschlag
- 1 Tändelschürze schwarz od. farb., hübsch besetzt
- 1 Untertaille mit angeschnittenen Achseln, reicher Stickerel-Garnier.
- 1 Tändelschürze mit Trägern in hell oder dunkel gemusterten Stoffen
- 1 Empire-Schürze moderne Form, melierte oder gemusterte Stoffe
- 1 Hausschürze mit Volant und Tasche, schwarz Panama od. farb. gemust. Stoffe
- 1 Küchenschürze mit Tasche und Trägern
- 1 Miederschürze schwarz Panama od. farb. gestreifte Stoffe
- 1 Halb-Reform-Schürze mit Achselbändern und Volant
- 1 Kleider-Reform-Schürze mel. oder gestreift, hübsch besetzt
- 1 Kinder-Hänge-Schürze m. A. -seilschleifen, hell od. dunkel gemusterte Stoffe, ca. 45-70 cm lg.
- 1 Kinder-Kimono-Schürze gestreift od. Stoffe, hübsch garniert, ca. 45-60 cm lang
- 1 Russen-Kittel lg. gestreifte Stoffe, mit hübschem Besatz
- 1 Herren-Beinkleid Normalfason, mit Ueber-schlag, Baumwolle oder woll-gem. chl. in 2 Grössen
- 1 Herr-Beinkleid m. ange-webtem Futter, starke, Winter-Manschetten, in 3 Grös. qualit.
- 1 Trikot-Herrenhemd m. farb. gestreift, mit bunte-streifen Einsteifen und Winter-Manschetten, in 3 Grös. qualit.
- 1 Kindertrikot ca. 60-100 cm lang, vor. chl. d. ne. Qualitäten
- 3 Paar Damenstrümpfe, deutsch, schwarz od. ledortfarbig
- 3 Paar Damenstrümpfe, englisch, schwarz, leder-farbig od. untfarbig geringelt
- 2 Paar Damenstrümpfe, Fior, englisch, schwarz od. ledortfarbig, ganz durchbrochen

- 6 Paar Ersatzfüsse für Damenstrümpfe schwarz
- 3 Paar Herren-Socken, macofarbig, schwarz, leder- oder buntfarbig geringelt
- 3 Paar Herren-Schweiss-socken Fum ohne Naht, grau meliert
- 3 Paar Kinderstrümpfe schwarz, leder- oder buntfarbig geringelt, alle Grössen
- 1/2 Pfund Strickwolle schwarz oder meliert für Damen, weiss oder farb. für Herren
- 1 Goldbluse Normalfason, Baumwolle od. wollgemischt, in 2 Grössen
- 1 Herrenhemd Baumwolle od. wollgemischt, in 2 Grössen
- 1 Reform-Beinkleid für Damen, grau meliert, m. angeweb. Futter für Damen, mit langen Aermeln u. angewebtem Futter, 2 Grössen
- 1 Untertaille langem Aermeln u. angewebtem Futter, 2 Grössen
- 1 Dtz. Taschentücher weiss Linon, gestümt
- 1/2 Dtz. Taschentücher für Damen, Batist m. Seidenglanz, Hohl-saum u. hübschen bunten Kanten
- 1/2 Dtz. Taschentücher für Herren, Batist mit Hohl-saum und bunten Kanten
- 1/2 Dtz. Taschentücher für Herren, rot, blau, braun oder gelb
- 1 Dtz. Taschentücher für Kinder, mit buntem Rand
- 2 Paar Damen-Plüsch-Pantoffel mit Filzsohle und Absatzfleck
- 1 Paar Damen-Plüsch-Pantoffel mit Ledersohle und Absatzfleck
- 2 Paar Damen-Cord-Pantoffel mit Filz- und Linoleumsohle
- 1 Paar Damen-Filz-Pantoffel mit Filzsohle
- 1 Paar Herren-Filz-Pantoffel mit Filz- u. Absatzfleck
- 1 Paar Damen-Filz-Schuhe mit Filz- u. Linoleumsohle
- 1 Paar Kinder-Plüsch-Schuhe mit Ledersohle
- 1 Paar Kinder-Filz-Schnallen-Stiefel mit Filz- u. Linoleumsohle
- 1 Paar Baby-Leder-Schnur-Stiefel weiss oder braun
- 1 Filztischdecke reich bekarbelt
- 1 Filzkommodendecke mit Applikation
- 1 Filz-Lambrequin reich bekarbelt
- 1 Schlafdecke hübsches Muster
- 1 Barchent-Wachstuch-tischdecke ca. 90/115
- 1 Axminster-Vorleger
- 1 doppelseitiger Vorleger mit Franzen, ca. 50/100
- 1 Tüll-Store hübsches Muster
- 1 Linoleum-Vorleger ca. 70/90
- 1 Wachstuch-Küchentischdecke zusammen 95 Pf.
- 1 Leitungsschoner
- 1 Spindstreifen
- 1 Eimerspindel
- 1 Tablettdecke
- 1 Selbstbinder moderne Stoffe
- 2 Regattes oder 2 Binder
- 3 Herrenkragen Leinen
- 2 Paar Herren-Manschetten Leinen
- 3 Serviteurs weiss, glatt
- 1 Garnitur: farbiges Ser-viteur mit dazu passenden Manschetten
- 1 Paar Hosenträger besonders haltbare Qualität
- 1 Yachtklubmütze mit Abzeichen, für Herren
- 1 Prinz Heinrich-Mütze für Knaben, blau Tuch, Lederschirm für Mädchen oder Knaben
- 1 Matrosenmütze
- 1 Autoschal mit Franzen

- 1 Kupon ca. 3 1/2 Meter gewebte Wäsche-Languetten
- 4 reinseidene gemusterte Lavalliers
- 1 Kupon ca. 5 Meter, farbig gemustert, Kleider-Besatz
- 1 Kupon ca. 10 Meter kunst-seidene Spitze oder Einsatz
- 2 gestick. Damen-Wäsche-Kragen mit 1 Bättchen
- 1 aparte Spachtel-Garnitur für Damen, im Karton
- 3 moderne Bättchen, elegante Spachtel-Stickerel
- 1 Kupon ca. 4,10 Meter Schweizer Stickerel-Ansatz oder Einsatz 95 Pf.
- 1 elegantes Jabot im Karton in geschmackvollen Ausführungen
- 3 Küchenhandtücher halbleinen Gerstenkörn, gestümt und gebändert
- 3 Stubenhandtücher halbleinen Dreifach gestümt und gebändert
- 3 Handtücher Reineleinen (Abschnitt)
- 2 Stuben- oder 3 Küchenhandtücher (Abschnitt) extra lang
- 1 Dtz. Wischtücher
- 1/2 Dtz. Geschirrtücher gestümt und gebändert
- 1/2 Dtz. Geschirrtücher "Reineleinen" gestümt u. gebänd.
- 1 Dtz. Poliertücher
- 1 Dtz. Staubtücher
- 1 Rolltuch Halbleinen gestreift, ca. 180 cm lang, gest.
- 1 Jacquard-Rolltuch Halbleinen, m. Figuren, gestümt
- 1 Kaffeedecke ca. 120x120 cm mit Franzen, weiss oder bunt
- 1 Kaffeedecke ca. 120 x 120 cm farbig, gestümt mit
- 1 Kaffeegedeck 6 Servietten Halblein. Jacquard oder Dreifach, gestümt
- 1 Kinderbadelaken ca. 100x100, aus Krussestoff
- 3 Meter Hemdentuch Louisiana oder Resforé
- 3 Meter Hemdenbarchent hell oder dunkel gestreift
- 2 1/2 Meter Molton in vielen Farben
- 2 1/2 Met. Velour-Barchent für Röcke oder Beinkleider
- 2 1/2 Met. Neglige-Barchent schöne Muster
- 2 1/2 Meter Pique oder Kroise-Barchent
- 2 Meter Schürzenstoff doppeltbreit, in neuen Streifen
- 1 Plättdecke weiss oder bunt aus Kongressstoff "Handarbeit"
- 1 Decke aus Kongressstoff "Handarbeit"
- 1 Läufer aus Kongressstoff "Handarbeit"
- 2 Deckchen aus Kongressstoff "Handarbeit" fertig, für 1 Dtz.-Paar
- 1 Bestecktasche fertig, für 1 Dtz.-Paar
- 1 Plättbrettbezug fertig
- 1 Besenhandtuch fertig, blau oder rot
- 1 Paradehandtuch fertig, blau oder rot
- 1 Kissen Javastoff mit Volant "Handarbeit"

- 1 Samtgummigürtel schwarz mit schöner Schnalle
- 1 Gold- od. Silber-Gummigürtel m. modernen Pressungen und Metallschnalle
- 1 gefüllter Blumenkorb
- 2 elegante Blumennippes, Vogelfänger oder Harfen
- 1 grosse Areca-Palme im Karton
- 6 aparte Rüschen im Karton
- 1 Kinder-Kragen und Manschettengarnitur aus extra-Stoff mit Spachtelspitze garniert oder weisser Stoff mit Stickerel
- 1 Spiegel ca. 33 cm hoch, 35 cm breit
- 1 Korridor-Spiegel mit Konsol, ca. 45 cm hoch, 29 cm breit
- 1 Markt-tasche mit Riemen, ca. 38 und 39 cm lang
- 1 Brenn-schere aus Aluminium
- 1 Handtasche Leder, mit Vortasche
- 1 Eier-service
- 1 Rahm-service
- 1 Wandbild in modernem Rahmen, viele Muster
- 1 gutgehende Uhr aus Metall
- 100 gezackte Papierservietten 95 Pfennig
- 1 Tischläufer dazu passend, 100 Bogen, 100 Kubel- oder gerippt, liniert
- 1 Briefpapier vert. Leinen, Elfen-bein oder gerippt, liniert
- 1 Postkarten-Album hohes Format, für 500 Karten fettgedrucktes Butterbrotpapier
- 500 Blatt
- 6 grosse Rollen Toilettepapier
- 100 BerlinerAnsichtspost-karten schwarz oder bunt
- 1 Knaben-Bluse aus blauem Cheviot oder fa. bigen haltbaren Stoffen, für 3-5 Jahre
- 1 Knaben-Hose aus farbigen dunkelgrauen Stoffen, od. blauem Cheviot, für 3-5 Jahre
- 1 Tennis-Bluse f. Knaben aus weiss u. blau gestreiften Tennis-stoffen, für 3-5 Jahre
- 6 Stück Bergmann's Lanolin-Seife
- 12 Stück Blumen-Fettseife
- 12 Packete Waschpulver nach Wahl
- 11 Stück Hausseifen
- 4 Packete Streichhölzer
- 1 Satz Milchtöpfe 6 Stück, m. Dekor
- 5 Milchtöpfe ca. 1/2 Liter Inhalt, Gold- oder Blumendekore reich dekoriert
- 6 Desserteller Porzellan 9 Teile, für 6 Personen
- 1 Kaffeervice Porzellan 9 Teile, für 6 Personen
- 6 Gemüsetonnen gross, mit verschied. Aufschriften, modern dekoriert
- 1 Salz- und 1 Mehlmeste dekoriert, mit Holzrückenwand
- 1 Satz Salattieren Diamant-schliff-Imitation, in 4 Grössen
- 1 Satz Glas-Salattieren 5 Stück, schöne Pressmuster
- 1 Käseglocke zusammen 95 Pf.
- 1 Butterglocke
- 1 grosse Salatiere
- 1 Sahnengiesser
- 1 Vogelbauer
- 1 Jardiniere auf Metallfuss, mit Blumen
- 1 moderne Kamm-garnitur mit Steinen besetzt
- 1 Haussegen ca. 70 cm breit, ca. 35 cm hoch
- 1 Vogelbauerständer aus Holz

- 6 Kuchenteller zusammen 95 Pf.
- 1 Kuchenschale reich dekoriert
- 1 tiefe Küchenschüssel emalliert
- 1 Waschschiessel Porzellan-form, emalliert
- 1 Emaille-Abwaschwanne neublau oder braun
- 1 Kaffeekanne zusammen 95 Pf.
- 1 Milchtopf emalliert
- 4 Kasserollen neublau oder braun, emalliert
- 1 Schmortopf emalliert, mit Ring u. Deckel, neublau oder braun
- 1 Kasserole emalliert, mit Ring und Deckel, neublau oder braun
- 2 Schmor-töpfe emalliert ca. 1 1/2 u. 2 Liter Inhalt, neublau oder braun
- 1 Eimer mit Deckel, ca. 28 cm
- 1 Satz Schüsseln 4 Stück emalliert
- 2 Milchtöpfe ca. 1 u. 1 1/2 Liter emalliert
- 1 Wassermass mit Konsol zusammen 95 Pf.
- 1 Reibeisen
- 1 Durchschlag mit Stiel, emalliert
- 1 Hackmesser fl. lackiert, 2 oder 4 Frand
- 1 Brotkasten fl. lackiert
- 1 Garnitur Sand, Seife, Soda, Delft dekoriert
- 1 Waschleine ca. 45 Meter
- 1 Küchenkonsole mit Kaffee- und Zuckerbüchse, fl. lackiert
- 1 Aluminium-Schmortopf oder Kasserolle
- 1 Aluminium-Eier-kuchenpfanne
- 1 grosse Küchenbank
- 1 Stehleiter 4 Stufen
- 3 Paar Bestecke mit vernickelten oder schwarzen Heften
- 1 Tortenplatte, dekorierte Einlage mit vernickeltem Rand, ca. 30 cm Durchmesser
- 1 doppelt. Wiege-messer
- 1 Gewürzetzagere mit 6 Tönchen
- 1 Servierbrett ca. 44 cm lang
- 1 Spülbürsten-garnitur auf fein lacierter Blechbrückwand
- 1 Rosshaarbesen mit Stiel
- 1 bezogenes Plättbrett mit Quer-latten
- 1 Küchenhandtuch-halter mit Muschel-aufsatz
- 1 Kleiderbürste u. 1 Eutbürste auf Brett
- 1 Holzkohlen-kasten mit Deckel und Aufschrift
- 1 Küchenstuhl
- 3 Blakerzänder für Gas im Karton
- 1 Küchenlampe mit grosser Spiegel-blende u. dekoriertem Bassin
- 1 Petroleum-kanne 2 oder 3 Liter
- 12 Gaszylinder mit Goldstempel
- 1 Tischlampe farbigem Bassin

Trotz sehr hoher Wollpreise, bringen wir diese Woche grosse Posten

Wollene Kleiderstoffe

verschiedene Gewebe in guten Qualitäten, schwarz, als auch viele moderne Farben. Einheitspreis Meter

Schwere Kostümstoffe 95 Pf.

Blusenstoffe, Blusen-Sammete 95 Pf.

ca. 28.000 Meter Seidenstoffe

Reinseidene Streifen oder Karos, Luisine-Schotten, Taffete schwarz oder farbig, Bastseide für Kleider. Einheitspreis Meter

* Hierauf keine Rabatmarken.

Man verlange bei Einkäufen Rabatmarken — Jeder Artikel 95 Pfennig — Man verlange bei Einkäufen Rabatmarken

Partei - Angelegenheiten.

2. Wahlkreis, Friedrichstadt. Nachmorgens für Buchdruckerei-Nacharbeiter am Sonntag, den 16. Januar, bei Jul. Meyer, Oranienstr. 103. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. „Der Kampf der Arbeiter um politische und wirtschaftliche Freiheit.“ Referent Genosse Emil Günther. Recht roge Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis. Sonntag, den 16. Januar, abends 6 Uhr, bei Bernhard Naabe, Kolberger Straße 28: Öffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen. Tagesordnung: Vortrag des Stadtverordneten Genossen Karl Leid über „Fürsorge-erziehung“. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Groß-Lichterfelde. Die Versammlung am Sonntag findet um 12 Uhr mittags statt und nicht wie gestern irrtilmlich gemeldet um 2 Uhr.

Zehlendorf. Wannseebahn. Die Genossen werden auf die morgen, Sonntag, den 16. Januar, stattfindende Flugblattverbreitung aufmerksam gemacht. Der Vorstand.

Schmargendorf. Am Sonntag früh 8 Uhr findet von Pötschers Restaurant aus eine Handzettelverbreitung zwecks Einsichtnahme in die Gemeindevählerlisten statt.

Niederschöneweide. Am Sonntag, den 16. Januar, vormittags 11 Uhr, treffen sich die Genossen beim Restaurateur Neumann, Grünauer Straße 4 und gehen dann zur öffentlichen Versammlung nach Johannisthal. Der Vorstand.

Karlshorst. Parteigenossen! Zur Teilnahme an der Wahlrechtsversammlung in Nimmelsburg bei Tempel - Bellevue - treffen sich die Genossen und Genossinnen am Sonntag vormittags 11 Uhr im „Fürstendab“. Abmarsch pünktlich 11 1/2 Uhr. - Morgens Flugblattverbreitung. Am Dienstag, den 18. Januar, abends 1/2 8 Uhr, Generalversammlung im „Fürstendab“.

Wiesdorf. Sonntag vormittags 1/2 8 Uhr Flugblattverbreitung vom Lokal Gustav Berlin aus. Der Vorstand.

Britz. Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung. Dienstag, den 18. Januar, abends 1/2 8 Uhr, findet bei H. Werber, Ecke Ringiusstraße, die Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Bericht der Gemeindevertreter. 3. Ergänzungswahl von drei Funktionären. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Schöneiche und Umgegend. Die Genossinnen und Genossen treffen sich am Sonntag zum Besuche der Wahlrechtsversammlung in Friedrichshagen (Lokal von Lerche, Hundteufel) mittags 12,30 Uhr am Bahnhof Rahnsdorf.

Grünau. Sonntag, den 16. Januar, Flugblattverbreitung zu der am 19. Januar stattfindenden öffentlichen Versammlung, Materialausgabe morgens 1/2 8 Uhr im Lokal des Genossen Franz, Ripender Straße 88. Die Genossen, welche an der Demonstrationsteilnahme teilnehmen, treffen sich um 11 Uhr ebenfalls bei Franz, Nachzügler in der Versammlung. Der Vorstand.

Friedrichsfelde. Die Parteigenossen versammeln sich am Sonntag um 11 Uhr im Lokal der Genossin Bartholana, Prinzenallee 69, zum gemeinsamen Besuch der Wahlrechtsversammlung in Lichterberg. Die Bezirksleitung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Die Wahlrechtsversammlung am morgigen Sonntag findet gemeinschaftlich mit den Pantower Genossen in Pantow bei Rogys, Kreuzstr. 3/4, mittags 12 Uhr statt. Die Bezirksleitung.

Aldershof. Dienstag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von H. Kaul Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Zegel. Morgen, Sonntag, früh 8 Uhr, findet von den bekannten Bezirkslokale aus eine Flugblattverbreitung zu der mittags 12 Uhr in B. Trapps Festsaal stattfindenden öffentlichen Wahlrechtsversammlung statt. Die Bezirksleitung.

Vorhagen-Wittenau. Am Sonntag, den 16. Januar, vormittags 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen des 1. Bezirks bei Hilde, des 2. Bezirks bei W. Schulze und die Wittenauer Genossen bei Alb. Schulze, Hauptstraße. Die Bezirksleitung.

Wilhelmsruh-Rosenhof. Am Sonntag, den 16. Januar, mittags 12 Uhr, findet im Lokal von Kollmann die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. Neuwahl. Verschiedenes. Der Vorstand.

Spandau. Dienstag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Fritz Böhle, Sabelstr. 20, die ordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes und des Kassierers. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. An den Vorstand gestellte Anträge. 4. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Desgleichen weisen wir auf die am Sonntag, den 16. Januar, stattfindende Flugblattverbreitung hin. Die Genossen, welche im Besitze eines Fahrbros sind, werden ersucht, sich recht roge daran zu beteiligen. Treffpunkt morgens 8 1/2 Uhr beim Genossen Schubert, Kurstr. 21. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Polizeihunde und kein Ende.

Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß in der polizeibefähigten Presse ein Loblied auf den Polizeihund gesungen wird. Offenbar sieht man das am Alexanderplatz sehr gern und spielt gewisse Register mit entsprechend gefährlichen Nachrichten, die auf das leichtgläubige Publikum losgelassen werden sollen. Ob indes die Polizeihunde, deren Zahl jetzt in Berlin schon ein Viertelhundert beträgt, wirklich den hohen Wert haben, den man ihnen polizeilicherseits beimißt, ist noch sehr fraglich. Man liest alle Augenblicke von sensationell ausgeputzten Erfolgen der Polizeihunde, aber die zahlreichen Ermittlungsfälle, in denen der Spürhund versagt hat, werden wohlweislich verschwiegen. Mit Vorliebe ist auch die von der Polizei lancierte Meldung aufzunehmen, daß seit der Verwendung von Polizeihunden im Patrouillendienst die Raub- anfälle und Sittlichkeitsdelikte auf weibliche Personen in den öffentlichen Anlagen erheblich abgenommen haben und daß ebenso die Sicherheit in den noch wenig bebauten Grenzbezirken, vorzugsweise in den Laubentolonen, ganz erheblich besser geworden ist. Zu solchem günstigen Urteil ist die Zeit, seit der überhaupt bei uns Polizeihunde benutzt werden, denn doch wohl zu kurz. Wahrscheinlich sollen alle diese Loblieder Stimmung machen, um den Polizeiminister zur Errichtung der geplanten Staatsanstalt für die Züchtung von Hunden zu bewegen. Wird der Polizeihund durch systematische Dressur

seiner eigentlichen Aufgabe dienstbar gemacht, nämlich der Ermittlung von Verbrechen und der Verhinderung von Verbrechen, so kann er für die Sicherheit des Publikums zweifellos von Wert sein. Es muß aber erneut und mit aller Schärfe dagegen protestiert werden, daß Polizeihunde auch außerhalb dieser Bestimmung verwendet werden. Bei Razzien auf Obdachlose die aus den Anlagen aufgestöberten unglücklichen von Polizeihunden wie eine Herde Hammel umkreisen zu lassen, ist eine Roheit. Noch viel ungehöriger ist es, daß Kriminalbeamte bei politischen Volksversammlungen in der Nähe der Versammlungsorte mit Polizeihunden herumlungern und diese ohne dringenden Anlaß auf Versammlungsteilnehmer hehen. Eine derartige Bevormundung durch Polizeihunde muß sich die Bevölkerung ganz energisch verbitten. Ein großer Teil des Bürgerturns ist natürlich von den vierbeinigen Gehilfen der Polizei äußerst entzückt. Man wird erst mal später einsehen, was dabei herauskommt, wenn jeder dritte Kriminalschutzmännchen außer dem Schießprügel auch einen Hund bei sich hat.

Nachmal vom Berliner Innungswesen.

Zu der Beschwerde des Gesellenausschusses der Baderinnung „Konfordia“ betreffend die Zulassung von Gesellen bei der praktischen Lehrlingsprüfung in Verbindung mit einer entgegengesetzten Entscheidung der Handwerkskammer von Berlin, über die wir in Nr. 9 des „Vorwärts“ unter der Stichmarke „Vom Berliner Innungswesen“ berichteten, sei mitgeteilt, daß auf die erhobene Beschwerde vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg diese Antwort eingetroffen ist:

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg. O. P. 24610.

Der Vorstand der Berliner Handwerkskammer hat den Anspruch des Gesellenausschusses auf Hinzuziehung der Gesellenbeiträge zu dem praktischen Teil der Gesellenprüfung als berechtigt anerkannt. Er wird den Vorsitzenden des Innungsprüfungsausschusses ersuchen, in Zukunft die Gesellenbeiträge auch zu der praktischen Prüfung zu laden. Hiermit sehe ich die Beschwerde als erledigt an.

Was sagt denn nun der Herr Ehrenobermeister und Vorsitzender der Handwerkskammer Berlin, Herr Bernard, zu dieser Geschichte? Wird es ihm nunmehr klar sein, auf welcher Seite das Recht in dieser Streitfrage lag? Es war vernünftig von der Handwerkskammer, von einer Entscheidung des Oberpräsidenten abzusehen und gleich von vornherein die Rechtmäßigkeit des Anspruchs der Gesellenbeiträge anzuerkennen. Den Arbeitern im allgemeinen und den Innungsfunktionären im besonderen zeigt aber dieser Fall, wie auf Schritt und Tritt gegenüber den Innungskammern das klare gesetzliche Recht verstoßen werden muß.

Rachnahmefaktoren als Drucksache. Zur Einziehung von Geldbeiträgen werden neuerdings mehr und mehr Rachnahmefaktoren verwendet, die nach der Drucktagentage frankiert werden. Solche Karten kosten nur 13 Pf., 3 Pf. Porto und 10 Pf. Vorgegebene. Natürlich müssen dann solche Karten den Vorschriften für die Drucksachen entsprechen. Häufig tragen solche Karten einen Vordruck wie „Zur Faktura oder Anzeige vom ... über ...“.

Die Post am 27. Januar. Für den Geburtstag des Kaisers am 27. Januar hat die Ober-Postdirektion Berlin folgende besondere Anordnungen getroffen. An diesem Tage werden bei sämtlichen Postanstalten im Bezirk die Schalter von 8 bis 9 Uhr vormittags, 12 bis 1 Uhr und 5 bis 6 Uhr nachmittags für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet sein. Die Briefbestellung findet nur zweimal vormittags, die Geld- und Paketbestellung einmal vormittags statt.

Wiederverlängerung einer Straßenbahnlinie. Die Straßenbahnlinie S der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn, die planmäßig vom Kupfergraben zum Ringbahnhof Wilmersdorf-Friedenau geht, mußte wegen Straßenbauarbeiten in Wilmersdorf seit längerer Zeit unterbrochen werden. Sie ging dort nur bis zur Wilhelmstraße. Die Arbeiten sind jetzt beendet, so daß die Linie S von Sonnabend, den 15. Januar, an wieder durch die Augustastrasse auf dem fahrplanmäßigen Wege bis zu ihrer Endhaltestelle am Ringbahnhof Wilmersdorf-Friedenau geführt werden kann.

Aus dem Reiche Kraetzel. Vor wenigen Tagen schrieb ein in Schönberg wohnhafter Bürger an einen Bekannten, der in einem kaufmännischen Geschäft in Hamburg tätig ist, einen Brief. Umgehend kam der Brief zurück mit der lakonischen Bemerkung: Empfänger ist gestorben! Darauf telegraphierte der hier wohnende, in Kenntnis gesetzte und zu Tode erschrockene Vater sofort nach Hamburg, worauf vom Sohne eine Depesche einlief des Inhalts, daß er noch wohl und munter herumlaufe.

Ein anderer Fall beleuchtet die Summelei der Post in recht krasser Weise. Ein Raschist L., Marktgrasendamm wohnhaft, war bei einem Herrn J. in Charlottenburg beschäftigt und machte am 17. Dezember vorigen Jahres Feierabend. Herr J. wollte die Papiere wie Invalidentarte und Krankenkassenbuch am anderen Tage (18. Dezember) zulernen. J. wartete bis zum 22. Dezember, und als er bis dahin seine Papiere noch nicht hatte, erinnerte er in einem Einschreibebriefe Herrn J. an die fehlenden Papiere, weil J. ohne Papiere keine Arbeit erhalten konnte. Am 27. Dezember erhielt J. vom Postamt 4 Charlottenburg ein Formular zugesandt mit dem Ersuchen um Ausfüllung und Angabe des Verlustes. Die Frau des J. geht damit nach dem Postamt 17 am Silesischen Bahnhof, und als sie von da nach Hause kommt, steht im Briefkasten der schnellst erwartete, von Herrn J. am 18. Dezember abgeschickte Brief, der also vom Postamt 4 Charlottenburg bis Berlin O., Postamt 17, zehn Tage gebraucht hat. Dem J. teilte schließlich noch das Postamt 4 Charlottenburg mit, daß sich über den Verbleib des Briefes nichts habe ermitteln lassen. Kommentar ist wohl überflüssig!

Durch einen Sprung aus dem Fenster hat sich gestern morgen die unverschämte, 50 Jahre alte Arbeiterin Elise Graffenruth, die bei ihrem verheirateten Bruder in der Mantuffelstr. 10 im dritten Stock des Hinterhauses wohnte, das Leben genommen. In einer Altbauwohnung in der Ritterstraße hatte sie vor sechs Wochen aufgehört zu arbeiten, weil es an Beschäftigung fehlte. Dazu kam Krankheit, die ihre Nervosität noch steigerte. In einem Anfälle sprang die Unglückliche gestern morgen um 6 1/2 Uhr, während ihr Schwager

und ihre Schwägerin Kaffee tranken, aus dem Fenster ihrer Stube auf den Hof hinab und fiel der Pförtnerfrau Siwert vor die Füße. Hausgenossen trugen sie behutsam in die Wohnung hinauf. Dort starb sie nach einer halben Stunde unter den Händen eines Arztes.

Im Untersuchungsgefängnis erhängt hat sich der 41 Jahre alte Maschinist Albert Riß aus der Schlegelstr. 5. Riß wohnte sieben Jahre lang bei dem verheirateten Zimmermann Bolter in der Tiedstraße 4. Am 23. Juni 1909 er aus Rache auf seine Wirtin und trotz sie an der rechten Wade und an der rechten Brustseite so schwer, daß sie acht Wochen lang im Krankenhaus liegen mußte. Sie ist noch jetzt nicht ganz geheilt. Riß wurde, da auch er sich verlegt hatte, zunächst nach der Charité und dann unter der Anklage des verübten Mordes nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht. Dort machte er seinem Leben gestern ein Ende.

Eine Wahnsinnstragödie hat sich im Norden Berlins abgespielt. In der vergangenen Nacht richtete der Arbeiter Gebriede, Prinzenallee 25, seinen 23jährigen Sohn, den Arbeiter Ernst Gebriede durch Messerstücke übel zu. Der alte Gebriede war bereits viermal in der Irrenanstalt Dalldorf. Erst vor einiger Zeit war er entlassen worden, da es schien, er sei wieder so weit hergestellt, daß er niemand mehr gefährlich werden könne. Aber diese Hoffnung hat sich nicht bestätigt. Gestern hatte der junge Gebriede, der in einer Fabrik auf dem Gesundbrunnen arbeitet, Nachtschlaf. Als er gegen ein Uhr heimkehrte und das Wohnzimmer betrat, stürzte sich im Dunkeln plötzlich ein Mann über ihn her und stach wild mit einem mächtigen Taschenmesser auf ihn ein. Blutüberströmt brach der Ueberfallene zusammen. Er stieß laute Hilferufe aus, worauf Nachbarn und auch die Mutter herbeieilten. Zum allgemeinen Entsetzen der Retter gewahrten diese in dem Täter den eigenen Vater des jungen Gebriede. Mit emporgehaltenem blutigem Messer stand der Mann, bei dem plötzlich wieder der Irrensinn zum Ausbruch gekommen war, mitten im Zimmer. Der junge Gebriede wurde schnell aus dem Zimmer herausgeschafft und der Vater überwältigt. Der junge Mann hatte vier tiefe Messerstücke in den Kopf und mehrere Stiche in die Brust erhalten. Der Vater wurde nach der Irrenanstalt zurückgebracht.

Vorort - Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine Herabsetzung der Fortbildungspflicht von 8 1/2 auf 8 Jahre will der hiesige Magistrat der Stadtverordnetenversammlung vorschlagen. Bestimmend für den Magistrat sind folgende Gründe: Bei einer großen Zahl von Lehrlingen dauert die Lehrzeit nur drei Jahre, so daß sie als Gesellen oder Gehilfen die Fortbildungsschule besuchen müssen. Dadurch droht ihnen eine Einbuße an Arbeitsverdienst, zuweilen sogar der Verlust ihrer Stellung. Diese Schüler bilden im Unterricht ein sehr widerwilliges, störendes Element. Nötig werdende Bestrafungen verzögern noch die Unlust. Auch aus Arbeitgeberkreisen ist wiederholt der dringende Wunsch auf Herabsetzung der Schulzeit vorgebracht worden.

Die Bestimmung, daß die Schulpflicht bis zum Beginn des Schulhalbjahres dauert, in welchem das 18. Lebensjahr vollendet wird, soll fortan nur für solche Schüler Geltung behalten, welche erst ein Halbjahr nach Erfüllung ihrer gesetzlichen Schulpflicht oder noch später in die Lehre treten.

Groß-Lichterfelde.

Ueber grobe Ausschreitungen des hiesigen Polizeiwachmeisters Hauke berichtet man in der Nummer des „Vorwärts“ vom 8. Dezember 1909. H. sahte einen bekannten Parteigenossen o h n e jeden Grund unter Schimpfreden am Genick und brachte ihn unter Assistenz eines von ihm herbeigerufenen Schutzmannes zur Wache, wo er mit neuen Beleidigungen aufwartete und jede Aufforderung des Sistierten, den Grund für seine ungelegliche Handlungsweise anzugeben, unbeantwortet ließ. Wir haben ferner damals mitgeteilt, daß gegen diesen Ordnungsmann Strafantrag gestellt werden würde, was inzwischen auch geschehen ist. Der Wachmeister suchte nun nach bekanntem Muster den Spieß umzudrehen und erstattete gegen den Genossen Pints Anzeige wegen groben Unfugs und ruhestörenden Lärms. Die Verhandlung, die am 11. Januar vor dem Schöffengericht in Groß-Lichterfelde stattfand, hatte für den Herrn Wachmeister ein nichterwartendes Ergebnis, abgesehen von den anderen Folgen, die sie für ihn noch nach sich ziehen dürfte. Von der Anklagebehörde waren nicht weniger als fünf Belastungszeugen geladen außer dem Kronzeugen Hauke, vom Angeklagten zwei Entlastungszeugen. Sämtliche Zeugen ohne Ausnahme bekundeten, daß Pints weder groben Unfug noch ruhestörenden Lärm verübt, sondern sich wie ein anständiger Mensch betragen habe. Der Polizeihauke selbst und der herbeigerufene Schutzmann S o h m ä l l e r konnten nichts bekunden; letzterer erklärte nur, auf Befehl seines Vorgesetzten Hauke gehandelt zu haben. Auf die Frage des Berichtsvorsitzenden an Hauke, warum er denn eigentlich den Pints zur Wache gebracht hätte, gab er als Grund an, weil er seiner Aufforderung fortzugehen nicht nachgekommen sei! Während H. unter seinem Eide verschwie, den Angeklagten mit „verdammte Hände“ angedreht und in Abrede stellte ihn angefaßt zu haben, erklärten die anderen Zeugen unter ihrem Eid das Gegenteil. Nach dem Verlauf dieser Zeugenvernehmung blieb natürlich dem öffentlichen Ankläger nur eines übrig: die Freisprechung des Angeklagten zu beantragen, die natürlich auch erfolgte. Was sagen nun die vorgelegten Behörden zu diesem Musterbeispiel? Was endlich gedenkt die Staatsanwaltschaft zu tun? Wird sie sich veranlaßt fühlen, die Aussage des Zeugen Hauke zum Gegenstand einer genaueren Untersuchung zu machen oder will sie auch in dieser Beziehung weitere Anträge abwarten? Mit einem Arbeiter würde man wohl wenig Federlesens gemacht haben.

Wilmersdorf.

Der Schnupplaus einer ausgedehnten Szene war in der gestrigen Nacht das Ehepaar Uhlendstraße 94/95 - Berliner Straße. Seit 1 1/2 Jahren wohnt dort im zweiten Stock die Privatierin Urania Dragkissinis mit ihrer jüngeren Schwester. Beide Damen sind Griechinnen und gelten als sehr reich. Sie beschäftigen sich viel mit Malerei und besaßen auch in Berlin ein besonderes Atelier. Gestern nacht kurz nach 12 Uhr wurden plötzlich in dem Hause laute Hilferufe hörbar. Die beiden Griechinnen standen, nur nichtdäufig belledet, auf dem Balkon ihrer Wohnung und schrien aus Leibesträften, da sie sich verfolgt fühlten. Polizeibeamte des achten Reviers forderten die Damen auf, in die Wohnung zurückzugehen, indes vergeblich. Als dann mehrere Schutzleute gewaltsam in die Wohnung vordrangen, setzten sich die Griechinnen mit einem Revolver und einem Dolch zur Wehr. Es trafen zwei Schüsse, die aber beide fehlgingen. Mit großer Mühe konnten schließlich die Wahnsinnigen überwältigt werden. Ein Schutzmännchen verlegte sich dabei mit dem Dolch an der Hand. Die Damen wurden zunächst nach der Unfallstation in der Feuerwache gebracht und dann mit einem Krankenwagen nach der Maison de santé in Schönberg transportiert. Die Wohnung ist einstweilen polizeilich geschlossen worden.

Bestendorf (Wannseebahn).

Gegen die freien Jugendorganisationen. Hier werden seit einiger Zeit die ersten Versuche zur Bildung eines Vereins „Freie Arbeiterjugend“ gemacht. Dem soll, wie es scheint, vorgebeugt werden. Der hiesige Deputierter für das Fortbildungsschulwesen, Herr Oberregierungsrat v. Seefeld, hat dieser Tage im Verein zur Förderung des Gewerbesleißes mitgeteilt, daß im Anschluß an die Fortbildungsschulen Jugendunterhaltungen eingeführt werden sollen. Man plant musikalische und bellamatorische Abende sowie gemeinsamen Besuch von Museen, Turnübungen, Ausflüge usw. Mit allen Mitteln will man die jungen Leute in ihrer freien Zeit zu fesseln suchen, um sie der sozialdemokratischen Jugendorganisation zu entziehen. Die Aufnahme der Bürgerkinder in den Lehrplan soll herabgemindert und der Unterricht dem Verständnis der gewerbstätigen Jugend angepaßt werden. Das heißt, man will diesen Lehrstoff so gestalten, daß die arbeitende Jugend die Notwendigkeit der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft erkennt. Auch Erzählung Delbrück wird eingeworfen, um die Gemeindeväter zu weiteren Errichtungen von Fortbildungsschulen anzuhaken. Zu welchem Zweck, das haben die Debüts dieses Herrn der Öffentlichkeit hinlänglich bewiesen. Wir fürchten nur, die Herren sind etwas zu spät aufgestanden. Der Befreiungsdrang der Jugend wird sich auch durch die schönsten Teabende nicht mehr aufhalten lassen. Aber die Arbeiterschaft sollte aus diesen Vorkäufen erkennen lernen, wie notwendig es ist, ihren Nachwuchs der freien Jugendorganisation zuzuführen.

Hierzu bietet sich Gelegenheit am heutigen Abend aus Anlaß einer bei Fried, Kallstr. 12, stattfindenden Jugendversammlung, in welcher Herr Emil Unger über Jugendbeschäftigung und Jugendausflüge referieren wird.

Adlershof.

Weshalb sind wir für die Eingemeindung in Adpenia? Mit dieser Frage beschäftigte sich eine überaus gut besuchte öffentliche Versammlung, an welcher auch die bürgerlichen Vereine zahlreich beteiligt waren. Genosse Hildebrandt referierte als Gemeindevorsteher hierzu. Er begründete die Stellungnahme unserer Parteigenossen im Ortsparlament. Da diese Frage erhebliches Interesse hat, geben wir die Ausführungen des Redners etwas ausführlicher wieder. Hildebrandt sagte unter anderem folgendes: Der Beschluß der Gemeindevorstellung, die Eingemeindung nach Adpenia zu betreiben, hat die Gemüter Adlershofs in nicht geringer Aufregung versetzt. Besonders ist dies in denjenigen bürgerlichen Kreisen der Fall, die durch ihr angelegtes Kapital, sei es als Grundbesitz oder als Gemeindevorsteher, an der Gestaltung des Ortes lebhaft persönlich interessiert sind. Aber auch die Arbeiter haben das größte Interesse an dieser Frage und zwar in zweifacher Art:

1. kommt die wirtschaftliche Seite der Frage in Betracht,
 2. die politische Seite.
- Die Eingemeindung einer kleinen in eine größere Gemeinde wird zur wirtschaftlichen Notwendigkeit, wenn die räumlichen Verhältnisse ein Zusammengehen herbeiführt haben, also öffentliche Grenzen nicht mehr vorhanden sind und gleichartige kommunale Bedürfnisse ihrer Erledigung harren. In der Gemeinde Adlershof haben sich Bedürfnisse eingestellt, deren Befriedigung ungenügend ist, wie sich zeigen würde. Gerade die Erkenntnis, daß diese Bedürfnisse befriedigt werden müssen, hat ja auch den Beschluß herbeigeführt.

In erster Linie kommt dabei die Ausgestaltung unseres höheren Schulwesens in Betracht. Die höhere Schule, die gegen die Stimmen unserer Vertreter beschlossen wurde, erfordert heute schon eine Gemeindegeldausgabe von 7870 M. und in den nächsten Jahren 18 000, 14 720, 15 305 und im Jahre 1913: 19 000 M. Bei diesen Aufwendungen rechnet man im Jahre 1913 mit 120 Schülern und Schülerinnen, so daß jedes die höhere Schule besuchende Kind der Gemeinde 156 M., während jedes die Gemeindegeldschule besuchende Kind heute der Gemeinde 83,31 M. kostet.

Die Wünsche der Schöffen, der Vertreter der 1. Abteilung und eines Vertreters der 2. Abteilung, die damit die Majorität der Gemeindevorstellung bildeten, gingen aber dahin, die Schule zu einem vollklassigen Realgymnasium auszubauen; aus welchem die Schüler mindestens mit dem Einjährigzeugnis die Schule verlassen können. Dadurch würde aber der Gemeinde ein jährlicher Aufschlag von mindestens 50 000 M. erwachsen sein. Eine derartige Belastung des Gemeindevorsteher hätte aber unbedingt zum Bankrott der Gemeinde führen müssen. Die Kosten für jedes die Schule besuchende Kind würden aber auf 335 M. zu stehen kommen. Als zweite Hauptaufgabe mußte der notwendig werdende Rathausbau in Betracht gezogen werden. Dieser Bau hätte wiederum mindestens ein Kapital von 350 000 M. erfordert, wofür eine Verzinsung und Amortisation von 18 250 M. im Jahre entstanden wäre. Dann kommen noch die weiteren Projekte, wie eigenes Wasser- oder Elektrizitätswerk, welche bei weiterer Selbstständigkeit der Gemeinde nicht lange auf sich warten ließen würden. Schon allein diese Fragen lassen es an der Zeit erscheinen, der Eingemeindungsfrage näherzutreten. Durch die Eingemeindung würden die verschiedenen Ausgaben in Fortfall kommen, da Adpenia eine höhere Schule auch ausreichend für Adlershof besitzt, ein selbständiges Rathaus, das Gaswerk, ein eigenes Elektrizitätswerk, seine eigene elektrische Straßenbahn, welche Anlagen in Adpenia nicht voll ausgenutzt werden können, aber durch die Schaffung des größeren Gemeindevorsteher lukrativere Verwendung finden würden. In weiterer Verbindung mit der Eingemeindung steht auch die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl, welche durch die Eingemeindung überflüssig würde und damit der Gemeinde jährlich zirka 8000 M. erspart ließen. Hinzu kommen diejenigen Forderungen, welche wir als Sozialdemokraten als Gegenwartsforderungen an die Kommunen stellen. Das alles sind wirtschaftliche Fragen, die Geld lösen und die nur große Kommunen lösen können.

Die zweite Seite der Frage ist, welche Rechte genießen wir als Arbeiter in einem Gemeinwesen, welches der Landgemeindevorstellung unterliegt? Die ganze Landgemeindevorstellung zeigt ja, wie das preussische Junkerparlament es verstanden hat, in den sieben östlichen Provinzen den Einfluß auf die Gemeinden den preussischen Junkern resp. Grundbesitzern zu erhalten. Bei allen denselben Ungerechtigkeiten der Städteordnung verbleibt aber uns gegenüber der Vorteil, daß die Städteordnung nur die Hälfte der Stimmkraft zuläßt, also uns immerhin die Auswahl einer besseren Vertretung verbleibt. Nach der Städteordnung hat auch die Bevölkerung wenigstens soweit Einfluß auf die Polizeiverwaltung, als der Etat für diese Verwaltung zu genehmigen ist und auch eine Anzahl von Polizeivollführern denkbar ist. Wir haben nichts zu bewilligen und nichts zu kritisieren, da die Amtsverwaltung außerhalb des Rahmens der Gemeindevorstellung liegt. Wir dürfen bejahen, sonst aber haben wir zu schweigen. Interessant ist, was uns die Amtsverwaltung kostet. Die Gemeinde hatte als Beitrag zu den Amtskosten zu zahlen im Jahre 1898: 1812 M. bei 5561 Einwohnern, 1900: 4894 M. bei 8008 Einwohnern, 1905: 5400 M. bei 9114 Einwohnern, 1909: 10 827 M. bei 10 305 Einwohnern.

Das bedeutet eine prozentuale Steigerung der Einwohnerzahl von nicht ganz 100 Proz. Die Amtskosten erhöhten sich aber um 500 Proz.

In der Proletenversammlung wurde von dem bekannten Herrn Hansen behauptet, daß unsere Amtsverwaltung gegenüber der Polizeiverwaltung in Adpenia noch äußerst billig wäre und würden die Kosten auf die Einwohner verteilt in Adlershof 1 M. und in Adpenia 2 M. betragen. Demgegenüber müßten wir darauf hinweisen, daß Adlershof noch außer den Kosten für den Amtsbezirk für den Sicherheitsdienst 8411,50 M. für zwei Nachwachter und drei Gemeindevorsteher aufzubringen hat und damit dieselben Kosten pro Einwohner wie Adpenia hat.

Wenn wir uns alles klar vor Augen führen, dann können wir uns sagen, daß die Eingemeindung in Adpenia eine Notwendigkeit ist und wir nur wünschen können, den Zeitpunkt der Eingemeindung recht bald zu erfahren. An uns muß es aber auch liegen, nach außen zu erkennen zu geben, daß wir ganz auf dem Standpunkt

unserer Vertreter im Ortsparlament stehen. Das können wir am besten durch jede Art von Agitation, sei es durch unsere Presse, unsere Organisationen oder durch die Agitation für die nächste Gemeindevorsteherwahl. Rechne jeder damit, daß durch die Heranziehung des Fiskus als Steuerzahler eine vollständige Verschönerung der Abteilungen eintritt und daß uns in diesem Jahre ein schwererer Kampf bevorsteht, als wir ihn in den Vorjahren gewohnt waren.

Dem Vortrage, dem allseitiger Beifall zu teil wurde, folgte keine Diskussion, trotzdem auch zahlreiche Bürgerliche aus Adpenia anwesend waren. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute in Wöllsteins Lustgarten tagende Volksversammlung erklärt sich nach dem Referat des Gemeindevorsteher Genossen Hildebrandt mit der Beschlußfassung der sozialdemokratischen Gemeindevorstellung im Ortsparlament in der Angelegenheit der Eingemeindung Adlershofs in Adpenia einverstanden. Sie erklärt in dieser Beschlußfassung den einzigen Weg, um Adlershof zur größeren Selbstständigkeit zu verhelfen und das Ansehen des Ortes nach außen zu festigen. Die Anwesenden versprechen, bei der im März bevorstehenden Gemeindevorsteherwahl voll und ganz ihre Pflicht zu tun und dafür einzutreten, daß der sozialdemokratische Kandidat mit überwältigender Majorität aus der Wahl hervorgeht.“

Ober-Schöneweide.

Gemeindevorsteherwahl. Die von der Vertretung vorgenommene Auslösung der 1910 auszuschcheidenden Vertreter ergab folgendes Resultat: In der 1. Klasse scheidet Herr Fabrikbesitzer Engel, in der 2. Klasse der Malermeister Müller und in der 3. Klasse der von den Katholiken gewählte Hausbesitzer Witzel aus. Die Frage der Errichtung einer Rechtsauskunftsstelle beschäftigte zum zweiten Male die Vertretung. Einmalig lag der Vertretung ein Antrag vor, durch Bewilligung anteiliger Kosten mit Nachbargemeinden eine Auskunftsstelle zu schaffen. Ein Antrag unserer Genossen, die Angelegenheit wieder Erörterung eigener Ausführung zu vertragen, wurde seinerzeit angenommen. Die Verwaltung konnte sich jedoch hierzu nicht aufschwingen und legte jetzt ein Angebot des gemeinnützigen Vereins für Rechtsauskünfte vor, welcher sich erbot, gegen Stellung eines Raumes und einer Schreibkraft wöchentlich zwei Auskunftstage in Ober-Schöneweide zu veranstalten. Die Vertretung willigte hierin ein und gab damit zu erkennen, daß sie sich ihrer Aufgaben nicht voll bewußt ist, die darin bestehen, daß solche Einrichtungen nicht in die Hände von Privatpersonen gegeben werden sollen, sondern unabweisbar der öffentlichen Verwaltung und Kontrolle unterliegen müssen. Eine Verbindung dieser Sache mit dem zu errichtenden Gewerbegericht ließe sich wohl in die Wege leiten. — Die Niederschlagung nicht betrieblender Steuerreste wurde von der Vertretung gutgeheißen. — Dem Antrag der Vertretung, ihrem Oberhaupt, dem Gemeindevorsteher, den Titel Bürgermeister zu gestatten, ist die Aufsichtsbehörde beigetreten. Es geht doch nichts über einen schönen Namen und eventuell die nötige Knopflochdecoration.

Ein schwerer Unglücksfall, dem ein vierjähriges Kind zum Opfer fiel, trug sich vorgestern an dem Hause Mathenaustraße 33 zu. Dort befindet sich in der vierten Etage ein Frontpieß, hinter welchem der Trodenboden liegt. Die Fenster liegen hier fast in gleicher Höhe mit dem Fußboden und sind leicht herauszunehmen. Als vorgestern die in dem genannten Hause wohnhafte Frau Gruber den Trodenboden benutzte, nahm sie die beiden Fensterflügel heraus, um dem Luftzug besseren Eingang zu verschaffen, und lehnte die beiden Teile nur leicht an. Kurz darauf erhob sich ein heftiger Wind, wobei der eine schwere Fensterflügel umgerissen wurde und auf die Straße hinabstürzte. Unglücklicherweise gingen in diesem Augenblick die zwei resp. vierjährigen Söhne des Arbeiters Witzel vorbei, die von dem herabstürzenden Fenster getroffen wurden. Während der Heiner Anabe mit einer unbedeutenden Kopfverletzung davonkam, erlitt der vierjährige Paul B. eine schwere Gehirnerschütterung, an deren Folgen er bald nach seiner Einlieferung im Krankenhaus verstarb.

Adpenia.

Durch einen Wasserrohrbruch wurden vorgestern empfindliche Störungen hervorgerufen. Gegen 2 Uhr stellte sich in der Nähe der Eichenstraße infolge fehlerhaften Materials in der Leitung ein Rohrbruch in der Wasserzuführung ein. Die Wassermengen strömten so stark aus der Bruchstelle heraus, daß Ueberflutungen herbeigeführt und in der Bahnhofstraße Keller überflutet wurden. Die Bewohner mußten flüchten. Erst nach etwa zehn Stunden konnte der Schaden wieder behoben und die Einwohner wieder mit Wasser versorgt werden.

Friedrichsfelde.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich vorgestern gegen 6 Uhr in der Frankfurter Allee. Der Arbeiter Wilhelm Hanke aus der Berliner Straße 39 in Friedrichsfelde hatte einen Wagen der Straßenbahnlinie 89 zur Fahrt nach seiner Wohnung benutzt und stand auf dem Vorderperron des Anhängewagens. An der Ecke der Ederstraße stürzte Hanke plötzlich vom Wagen herab und blieb benommen und blutüberströmt auf dem Straßenpflaster liegen. Der Verunglückte wurde nach der Sanitätswache geschafft, wo ein komplizierter Schädelbruch festgestellt wurde, und von dort nach dem Krankenhaus übergeführt.

Reinickendorf.

Aus der Gemeindevorsteherwahl. Zunächst erfolgte durch den Bürgermeister die Auslösung eines Gemeindevorsteher aus der Reihe der vor zwei Jahren infolge Verdrängung der Zahl der Gemeindevorsteher Gewählten. Das Los fiel auf den Genossen Röhren. Es entschieden infolgedessen aus der dritten Klasse vier Vertreter aus, für die im März eine Neuwahl zu erfolgen hat. Genosse Röhren benutzte die Gelegenheit, den Bürgermeistern wegen der Abschrift der Gemeindevorsteherliste zu interpellieren. Bisher wurde diese Abschrift verweigert, da eine Oberverwaltungsgerichtsentcheidung sowie ein Ministerialerlaß vom 1. September 1903 dem entgegenstehen soll. Mehrfache Anfragen an den Minister des Innern im Abgeordnetenhause veranlaßten diesen jedoch, zu erklären, daß er angeordnet habe, daß die Abschrift der Wählerlisten gestattet werden soll. Da auf einen diesbezüglichen Antrag der örtlichen Bezirksleitung des Wahlvereins eine Antwort nicht ergangen war, ersuchte Genosse Röhren um Auskunft. Die Antwort des Bürgermeisters zeigte, wie entgegen den klaren Worten und der Anordnung des Ministers doch die Abschrift der Wählerliste verweigert werden kann. „Weil die in dem Gesuch des Wahlvereins angeführten Gründe — also die Worte des Ministers und seine Auslegung der Oberverwaltungsgerichtsentcheidung und seines eigenen Erlasses — nicht dem Wesen der Oberverwaltungsgerichtsentcheidung gerecht werden, habe ich das Gesuch der Aufsichtsbehörde zur Entscheidung übergeben“, war die klassische Antwort des Bürgermeisters. Da dies ja nicht sofort nach Einreichung des Gesuches — 1. Januar — geschehen sein braucht, der Landrat ja wohl sicher auch seine Entscheidungen nicht so schnell wird fällen können, und Fälle bekannt sind, in denen die Beförderung von Briefen von Berlin nach den Vororten wochenlang dauerte, ist aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß in diesem Jahre die Abschrift der Listen nicht mehr erfolgen kann, da ja die Listen „nur“ bis zum 30. Januar ausliegen. Man sieht — es geht auch so. Nun, die Arbeiterschaft wird bei den im März stattfindenden Wahlen auf diese Resolutionen die Antwort finden, die den Anstiftern gebührt. Unbedingt erforderlich ist nun, daß jeder Wahlberechtigter sich davon überzeugt, ob er in der Wählerliste steht, oder einen der auf dem am Sonntag verteilten Flugblättern verzeichneten Genossen mit der Einschreibung betraut. Für das vom Zweiparagraphen Reinickendorf, Ziegel, Rosenthal und Wittenau zu erbauende Krankenhaus wird bereits zum zweiten Male eine Nachtragsforderung vorgelegt, die diesmal 284 700 M. beträgt, nachdem erst vor zirka einem halben Jahre 230 000 M. nachbewilligt worden waren.

Die Gesamtbaukosten, inklusive des Grund und Bodens, aber inklusive der Inneneinrichtung, betragen nunmehr 1 900 000 M. Ursprünglich waren nur 1 405 300 M. veranschlagt. Das Krankenhaus dürfte etwa im Herbst in Benutzung genommen werden können. Es ist ursprünglich auf 140 Betten berechnet gewesen, jetzt auf zirka 200 erweitert und so gebaut, daß alle zentrale Einrichtungen für eine Verlegung bis 400 Betten-Fassungsvermögen nach völligem Ausbau ausreichen. Zum Ausbau der Sonntagstraße sollen dazu erforderliche, den Eigentümern Wiska und Jonas gehörige Flächen enteignet werden. Von der Aufsichtsbehörde ist der Tilgungssatz der aufzunehmenden Anleihe in Höhe von 1 400 000 M. auf 2 Proz. pro Jahr festgesetzt worden. Die bei der Herstellung der Straße 7 von den Anliegern gezahlten Beiträge übersteigen die Selbstkosten der Gemeinde. Diese Beträge sollen dem Erneuerungsfonds zugeführt und auf der Reinickendorfer Spatasse angelegt werden. Auf der Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung stand die Beratung eines mit den hiesigen öffentlichen Abfallwerken abzuschließenden Vertrages. Von unserem Genossen Ohl wurde beantragt, diesen Punkt in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Das wurde jedoch, nachdem der Bürgermeister und der Schöffe Dr. Kühnemann dagegen gesprochen hatten, abgelehnt.

Zpandan.

Der Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag ging eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten voraus, in welcher der Eisenbahn- und Betriebsinspektor wiederum einen etwa zweistündigen Vortrag über den Anschluß der Hafenbahnlinie an die Staatsbahn hielt. An der Hand von ausgehängten Plänen und Zeichnungen erläuterte der Vortragende die im Auftrage der Stadt ausgeführten verschiedenen Projekte. Zwei Anschlußlinien sind es, die in Frage kommen. Eine östliche, die vom Hafen aus in die Ausziehgleise bei Kuhlleben in die Staatsbahn eingeleitet wird, und eine westliche Linie, welche vom Hafen aus zunächst einen großen Teil von Gelände, westlich der Stadt gelegen, erschließt und beim östlichen Güterbahnhof in die Staatsbahn eingeleitet werden soll. Der Vortragende hält beide Linien in finanzieller wie in wirtschaftlicher Beziehung für gleichwertig. Die Kosten für beide Linienführungen sind ebenfalls ziemlich gleich, sie stellen sich auf etwa je eine Million Mark. Wenn nun auch die westliche Linie bedeutend Gelände erschließt, was die Vorbereitung für die Rentabilität gewesen wäre, so haben sich doch die Unterhaltungskosten für diese Linie, weil sie die längere ist, so hoch gestellt, daß diese Kosten aus dem reinen Umschlagverkehr nicht aufgebracht werden; außerdem haben sich die Verhältnisse bei der Einführung in den örtlichen Güterbahnhof als nicht günstig herausgestellt. Infolgedessen sei die östliche Linie für den Anschluß in Aussicht genommen. Für diese östliche Linie sind vier selbständige Entwürfe ausgearbeitet, von denen der Vortragende, nachdem er sie eingehend erläutert, dem vierten Entwurf, welcher die Ueberführung von Straßen, namentlich der Charlottenburger Chaussee, mittels eiserner Viadukte den Vorzug gibt. Das dritte Projekt, welches eine Ueberführung der Straßen vorsah, glaubte der Vortragende nicht empfehlen zu können, weil die Gleise ziemlich tief in das Grundwasser gelegt werden müßten, was beinahe unmöglich sei. Die Projekte 1 und 2 sehen Dammführungen vor; auch sie müssen zurückstehen, weil das Gesamtbild dadurch zu sehr beeinträchtigt würde. Redner erklärte, daß die Erschließung des westlichen Geländes durch eine Indultriebebahn, welche im Niveau liegend, nach dem Hafen einführt, doch ermöglicht werden könnte; nur für einen Anschluß an die Staatsbahn eigne sich diese westliche Linie, auch wegen der Tarifsituation, die zweckmäßig in Kuhlleben gedacht sind, nicht. Ein fünftes Projekt, das auch die östliche Linie vorsieht, ist vom hiesigen Stadtbauamt ausgearbeitet und wird vom Stadtbaurat Brugsch erläutert. Dies Projekt sieht eine Unterführung der Anschließlinie unter die Straßenzüge vor. Er hält die Einbauung eines Tunnels in das Grundwasser keineswegs für unmöglich. Außerdem verschwinde dadurch das beeinträchtigende Gesamtbild, wie es eine überführte Bahn, sei es durch Dämme oder durch Viadukte, mit sich bringe. — An diese Ausführungen knüpfte sich eine anregende Debatte, in welcher überwiegend der Wunsch ausgedrückt wurde, wegen der westlichen Linie als Anschlußbahn zu verhandeln und weitere Projekte vorzulegen, da die Erschließung von Gelände als den Interessen der Stadt am dienlichsten angesehen wird. — Um 6½ Uhr endlich wurde die gemeinschaftliche Sitzung beendet; es begann nunmehr die eigentliche Stadtverordnetenversammlung. Von den zur Beratung vorgelagerten Vorlagen wurden zunächst zwei sehr wichtige zurückgestellt, weil sie noch nicht genügend aufgearbeitet und erläutert sind. Es sind dies erstens die Bewilligung von 150 000 M. zur Herstellung einer Kohlentransportanlage auf der Gasanstalt und zweitens die Errichtung von fünf Kammern für je 4000 Kubikmeter auf der städtischen Gasanstalt. Von den übrigen Vorlagen sind noch zu erwähnen: die Wahlen von sechs ständigen Ausschüssen. Von den sozialdemokratischen Stadtverordneten gehört nur der Genosse Pieper dem ersten und zweiten Ausschuss an; in die übrigen Ausschüsse wurde keiner der Genossen gewählt. Ferner genehmigte die Versammlung debattelos den ersten Nachtrag des Ortsstatuts für das Gewerbegebiet, welcher die Verhältniswahl vorsieht. Dieser Nachtrag muß zunächst der Regierung zur Verfügung vorgelegt werden, und dann erst können die Wahlen selbst stattfinden. Es kann März werden, und müssen die alten Gewerbegerichtsbeisitzer, deren Amtsperiode schon mit Schluß des Jahres 1909 abgelaufen war, so lange weiter amtieren. — Der vom Genossen Pieper gestellte Antrag über Vermehrung der städtischen Friedhofskapelle durch Redner der freireligiösen Gemeinde soll einer in nächster Sitzung zu wählenden gemischten Kommission überwiesen werden. Man gerate sich nicht sofort dem Antrage zuzustimmen, obwohl doch die Sachlage so einfach und gerecht ist. Der einzige bürgerliche Stadtverordnete, der für sofortige Zustimmung und Erledigung des Antrages eintret, war der erst neu eingetretene Dr. med. Kantorowicz. Genosse Pieper, der einfach, daß es ohne die Beratung in gemischter Kommission nicht abgehen würde, stimmte schließlich zu mit dem Ersuchen, ihn in diese Kommission mit zu wählen, was man auch versprach.

Vermischtes.

Die Gedächtnisfeier. An einem Festspiel der „Freien Sängern“ in Kitzbühel bei Waldenburg, das am 2. Weihnachtstage stattfand, haben eine Anzahl von Kindern mitgewirkt. Daraufhin hat Pastor Schäfer den Mannstrahl gegen sie geschleudert und ihnen mitgeteilt, daß sie wegen ihrer Teilnahme an der „roten“ Weihnachtfeier von der Konfirmation ausgeschlossen seien. Der Vater eines der Konfirmanden, der sich deshalb persönlich an den Pastor wandte, erhielt zur Antwort, daß der Umgang der Kinder mit den freien Sängern sündhaft sei und er sie von der Konfirmation ausschließe, weil er beweise, daß die Kinder diese Sünde bei der Weichte aufrichtig bereuen würden.

Umgestürzter Postwagen.

Der hiesigen Golling und Ködenau verkehrende Postwagen ist, Salzburger Meldung zufolge, während der Fahrt plötzlich umgestürzt. Die Passagiere des Wagens, zumeist Geschäftsreisende, erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen.

Der Untergang der „Garinus“. In der Nähe von San Francisco ging, wie berichtet, wenige hundert Meter von der Küste entfernt, der Union-Pacificdampfer „Garinus“ unter. Dabei sind, wie aus Mexiko berichtet wird, im ganzen 30 Mann ertrunken, nur einer wurde gerettet. Gestern abend wurden von sechs Schiffbrüchigen, die sich im Tafelwerk festgeklammert hatten, drei von schweren Sturzwellen fortgerissen, die anderen drei zogen ihre Kleider aus und sprangen ins Meer, kamen aber nicht wieder zum Vorschein.

Stadtrichterlich verfolgter Betrüger. Aus Sudapest wird gemeldet: Nach Verurteilung betrügerischer Sünden in Höhe von 100 000 Kronen wird der hiesige Advokaturlandrat Dr. Ludwig Mandoki stadtrichterlich verfolgt.

Ein großer Brand in London.

Ein Telegramm aus London meldet: Die Gebäude der Tuchhändlerfirma Evans in der Vorstadt Kilburn sind durch ein Feuer, das infolge der Explosion einer Lampe unter den Waren eines Schaufensters ausbrach, vollständig zerstört worden. Der Schaden wird auf 100 000 Pfund Sterling (2 Millionen Mark) geschätzt. Da die Gebäude wegen des freien halben Tages leer waren, ist niemand bei dem Brande verletzt worden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 16. Januar, vormittags 9 Uhr, Doppel-Gottesdienst 15-17: Freireligiöse Versammlung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Franziskaner Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. G. Wille: Christus vor Christi Geburt. I. Teil: Die Heiden. Damen und Herren sind Gäste sehr willkommen.

Sozialdemokratischer Wahlverein Landsberg-Soldin. (Kreisverein Berlin.) Sonnabend, 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen Herrn Ströhl, O. 112, Schreinerstr. 2: Monatsversammlung. Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (V. B. D. D. D.). Filiale Berlin 2. Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Köpenickerstr. 180: Mitglieder-Versammlung. - Filiale Berlin 3. Sonnabend, 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei J. Kapler Reichensberger Str. 154: Mitglieder-Versammlung. - Filiale Berlin 4. Sonnabend, 15. Januar, bei Verlosung, Andreasstr. 26: Mitglieder-Versammlung. - Filiale Berlin 10: Sonntag,

16. Januar, vormittags 10 Uhr, bei H. Haber, Stephanstraße 11: Versammlung.

Charlottenburg. Die Generalversammlung der freien Jugendorganisation findet ihre Fortsetzung am Dienstag, 18. Januar, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Volkshauses, Köpenickerstr. 2. Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über den Vorstandsbericht. Neuwahlen. Anträge. Vereinsmitteilungen. Nur Jugendliche haben als Gäste Zutritt. - Freitag, 21. Januar, findet im selben Lokal der Kursus des Gen. Rahnenstein über „Keltische deutsche Geschichte“ statt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, 2. Stock, 2. Briefkasten, vier Treppen, 1. Badestube, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Öffnung 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Nachdruck und eine Zahl als Versicherung beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erlitten. Bis zur Beantwortung im Briefkasten dauern 14 Tage vergehen. Eilige Fragen setzen man in der Sprechstunde vor.

H. J. 32. Der öffentliche Sammler hat nicht stattgefunden, daher auch keine öffentliche Quittung; das Ueberwiesene ist aber auf alle Fälle dem gewöhnlichen Jura zugute gekommen. Der Goldwert dieser Münze verhält sich zum Nominalwert wie 460 zu 461. Jede Münze kann man zu seinem eigenen Schaden vernichten, also auch zu anderen Zwecken umschmelzen. - D. W., Hamburg. Darüber holen Sie sich am besten Rat bei einem Jura persönlich bekannten Sprachlehrer. - Wir oder nicht. Die richtige Aussprache ist „wir“ - W. B. 50. Die Redaktion hat mit diesen Angelegenheiten nichts zu tun. Vielleicht wenden Sie sich durch Ihren Bezirkslehrer an die Expeditionskommission. - Rosa und Carl. Die höheren Lehranstalten Berlins gemähren Freistellen nur an Schüler, deren Eltern an Orte wohnen. - Wühlerjahn. Das Arbeitersekretariat Stuttgart, Göttinger Str. 17/19 wird Ihnen das Erforderliche gern vermitteln. -

H. R. 16. Die Vermittlung von Rezepten und Heilmitteln lehnt der Briefkasten ab. - C. S. 1. Ich spreche Dich von Deinen Sünden los. 2. Ich spreche Dich los. - V. 7. Transportarbeiterverband, Engländer 15. Sektion für Portiers, Hausknechte und Kutschknechte. - Licht 8. 1. Ja. 2. und 3. Erfahren Sie am besten bei der Leitung einer Passivität oder eines Zeitschriften. 4. Sehr verschieden und hängt meistentlich von Kenntnissen und Leistung ab. - G. W. R. Dagegen ist nichts zu machen. - U. B. 100. Herrn Güterdirektor Schuder, Neues Stadthaus, Eingang Schloßstr. 11. - C. S. 24. Ich kenne Sie seit Ihrer Veranlassung seiner Verwandten entzündet und in eine Heilanstalt gebracht worden. Ueber seinen jetzigen Zustand sind mir nicht unterrichtet. - J. S. 150. Wiedereröffnung, Vereinigtes Bureau, Berlin, Rathaus Zimmer 21. -

Wetterübersicht vom 14. Januar 1910, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Wetter. Rows include: Schwelmde, Gumburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Kaparanda, Petersburg, Sibirien, Harbin, Sibirien.

Wetterprognose für Sonnabend, den 15. Januar 1910. Wärrer, veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenschauern und stellenweise schneeförmigen Winden. Berliner Wetterbureau.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 15. Januar.

Abend 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Marie, die Tochter des Regiments. Verheiratet. Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König. Neues königl. Opernhaus. Geflohen. Deutsches. Der Silberpfeifen Jähmung. Kammerstücke. Der Kaufmann von Venedig. (Anf. 8 Uhr.) Neues Schauspielhaus. Wilhelm Tell.

Abend 8 Uhr. Komische Oper. Das Tal der Liebe. Gebel. Der Wirt. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Neues. Von Quans leidet Menschen. Neues. Die geschiedene Frau. Nachm. 4 Uhr: Strampel. Neues. Der Graf von Luxemburg. Trianon. Buridan's Esel. Berliner. Hohe Politik. Kleines. Der große Name. Kleines. Im Laubenschlag. Zehnte. Die Dolmetscherin. Festsing. Das Konzert.

Schiller-Theater. Die Brand von Messina. Schiller-Theater. Die Frauen von Messina. Schiller-Theater. Die Frauen von Messina.

Volks-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen. Volks-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.

Rose-Theater. Die sieben Raben. Rose-Theater. Die sieben Raben.

Berliner Theater. Hohe Politik. Berliner Theater. Hohe Politik.

Neues Theater. Don Juans letztes Abenteuer. Neues Theater. Don Juans letztes Abenteuer.

Walhalla-Theater. Die Nibelungen I. und II. Teil. Walhalla-Theater. Die Nibelungen I. und II. Teil.

Theater des Westens. Die geschiedene Frau. Theater des Westens. Die geschiedene Frau.

Lustspielhaus. Der dunkle Punkt. Lustspielhaus. Der dunkle Punkt.

Residenz-Theater. Der Kampf um Schneewittchen. Residenz-Theater. Der Kampf um Schneewittchen.

Im Laubenschlag. Im Laubenschlag.

Volks-Oper. Die Reise um die Erde in 80 Tagen. Volks-Oper. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.

Luisen-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen. Luisen-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.

Rose-Theater. Die sieben Raben. Rose-Theater. Die sieben Raben.

Gastspiel-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen. Gastspiel-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.

Der Polizeihund. Der Polizeihund.

Schimpanse. Schimpanse.

Walhalla-Theater. Die Nibelungen I. und II. Teil. Walhalla-Theater. Die Nibelungen I. und II. Teil.

Schiller-Theater. Die Brand von Messina. Schiller-Theater. Die Brand von Messina.

Castan's Panopticum. Heitere Künstler-Abende. Bockbierfest. Castan's Panopticum. Heitere Künstler-Abende. Bockbierfest.

Arnold Scholz Neue Welt. Grobes Bockbier-Fest. Arnold Scholz Neue Welt. Grobes Bockbier-Fest.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Urania. Wissenschaftliches Theater.

Metropol-Theater. Die große Revue! Metropol-Theater. Die große Revue!

Wintergarten. Olga Desmond. Wintergarten. Olga Desmond.

Ein Rettungsmittel. Ein Rettungsmittel.

Casino-Theater. Der Obergauener. Casino-Theater. Der Obergauener.

Königstadt-Kasino. Gänzlich neues Programm. Königstadt-Kasino. Gänzlich neues Programm.

Zirkus Schumann. Original-Bagonchi. Zirkus Schumann. Original-Bagonchi.

Passage-Theater. Macara Rossi. Passage-Theater. Macara Rossi.

Passage-Panoptikum. Senegal in Berlin! Passage-Panoptikum. Senegal in Berlin!

W. Noacks Theater. Aschenbrödel. W. Noacks Theater. Aschenbrödel.

Folies Caprice. Sicher ist sicher. Folies Caprice. Sicher ist sicher.

Stadt-Theater Moabit. Schuldig. Stadt-Theater Moabit. Schuldig.

Palast-Theater. Ein unvorsichtiger Heil-Künstler. Palast-Theater. Ein unvorsichtiger Heil-Künstler.

Gr. Bockbier-Fest. Gr. Bockbier-Fest.

Zirkus Busch. Heute Sonnabend, den 15. Januar. Zirkus Busch. Heute Sonnabend, den 15. Januar.

Volks-Theater. Rixdorf. Volks-Theater. Rixdorf.

Reichshallen-Theater. Stettiner-Sänger. Reichshallen-Theater. Stettiner-Sänger.

DRPHEIM. DRPHEIM.

Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne. Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne.

Sanssouci. Sanssouci.

Ruppenthalen. Ruppenthalen.

Die glänzenden Spezialitäten. Die glänzenden Spezialitäten.

Alt-Germanisches Bockbier-Kellerfest. Alt-Germanisches Bockbier-Kellerfest.

Soziales.

(Siehe auch Hauptblatt.)

Das Oberverwaltungsgericht über die Wertzuwachssteuer

Ueber die Gültigkeit der Wertzuwachssteuerordnung hat der VII. Senat des Königlich Oberverwaltungsgerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Strug ein bemerkenswertes Urteil über die Gültigkeit der Weihenstephaner Wertzuwachssteuer getroffen.

Der Kreisauusschuß und der Bezirksausschuß Potsdam hatten sich für die Gültigkeit der Steuer ausgesprochen. Die Revisionsinstanz bestätigte diese Entscheidung. Von dem besteuerten Kläger A. wurde die Wertzuwachssteuer als ungültig angesehen, erfiens, weil sie nach seiner Ansicht eine direkte Steuer sei und eine verschiedenartige Belastung der bebauten und unbebauten Grundstücke mit direkten Steuern dem kommunalen Abgabengesetz widerspreche.

Nach kurzer Beratung des Gerichtshofes wurde der Beschluß auf Zurückweisung der Revision des Besteuerten folgendermaßen begründet:

1. Die Wertzuwachssteuer ist eine indirekte Steuer, die sich stützt auf den Akt des Eigentumsüberganges von Grundstücken. Daß die Wertzuwachssteuer neben der Umsatzsteuer gefordert wird, ist dabei unerheblich. Die Umsatzsteuer ist eine für alle Eigentumsübertragungen gleiche Abgabe, während die Wertzuwachssteuer, die besonders ertragsfähigen Steuerquellen belasten will, ähnlich wie in Preußen die Ergänzungsteuer neben der Einkommensteuer das fundierte Vermögen besonders belastet.

Die Gemeinden können, so lautet der Beschluß ferner, in der Bemessung des Wertzuwachses nach ihrem Gutdünken verfahren und die Grenzen für die Berechnung bestimmen; denn häufig würde die härtere Belastung besonders ertragsreicher Steuerquellen im Interesse der Steuerpolitik der Gemeinden geradezu zur Notwendigkeit sein.

Die Art der Umlegung von Gemeindegrundsteuern in Weihenstephan läßt den Einwand, die Wertzuwachssteuer stelle in Verbindung mit der Gemeindegrundsteuer eine Doppelbesteuerung dar, nicht zu. Die Grundsteuer ist eine laufend zu erhebende direkte, die Wertzuwachssteuer dagegen eine indirekte Steuer. Beide Steuerarten können überhaupt nicht in Verbindung gebracht werden.

Masurische Verhältnisse.

Ueber die Verhältnisse im Masurischen, wo sehr Werbeagenten für die Jochenbarone sich aufhalten, wird uns geschrieben:

„Masuren, das Land der Wälder, der 1000 Seen, das Land der Steuerzuschläge, die, wie wohl nie mehr in einer anderen deutschen Gegend, die unerbürdliche Höhe von 300 bis 340 Proz. erreichen, ist fast durchweg königstreu. Kein roter Schreiberliß föhrt die Herren Agrarier, Fabrikanten und Handwerksmeister in ihrer idyllischen Ruhe. Sie schalten und walten nach ihrem Ermessen; ein Arbeiter, ein Untergehobener überhaupt, der bei ihnen in Brot steht, gilt nichts. Abgesehen von den durchaus unzureichenden Löhnen, welche gezahlt werden — ein Arbeiter erhält die Stunde 23-28 Pf., je nach Leistung und dann 340 Proz. Steuern — haben sich seit dem Sommer die Herren Unternehmer in Somburg, um der immer näherkommenden „roten Gefahr“ zu begegnen, zu einem stillen Ring vereinigt, nach dem jeder Arbeiter, der ohne triftigen Grund seine Arbeit verläßt (ein triftiger Grund ist nur Todesfall oder Fortzug), bei Konventionalstrafe von keinem anderen dem Kreise angehörigen Unternehmer beschäftigt werden darf. Sind diese schwarzen Listen ein Hobn auf das Geseh unserer vorgeschrittenen Zeit, so werden dieselben noch übertrumpft durch folgendes Vorkommnis anläßlich der Delegiertenwahl zur Ortsfrankenkasse in Somburg im Dezember 1909. Um zu verhindern, daß in den Vorstand der Frankenkasse sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter kämen, ließ man die Arbeiter zusammenkommen und gab ihnen auf, bei Strafe der Lohnkürzung oder eventueller Arbeitsausschließung am folgenden Tage, einem Sonntag, nachmittags zwischen 7 1/2 und 4 Uhr vorläufig ihrer Wahlpflicht zu genügen und nur diejenigen zu wählen, welche auf den bereits zur Verteilung gelangten Wahlzetteln verzeichnet waren. Das Wahlergebnis war denn auch, dem Drude folgend, für die Unternehmer ein durchaus günstiges. Hatte man doch vorsorglich nur solche gewählt oder wählen lassen, die zu allem ja sagten. Ein Modelltischler, der die Stunde 33 Pf. bekommt und ebenfalls Delegierter ist, sagte mir: „Was soll ich da, wenn ich etwas sage, heißt es, ach, das verstehen Sie nicht, das muß so sein.“ Wenn man so etwas hört, muß man da nicht die Frage aufwerfen: Wie ist so etwas in einem geordneten Staate nur möglich, kann so etwas geschehen, ohne daß es an die Öffentlichkeit dringt, soll der Arbeiter weiter verweigert werden und nur Mittel zum Zweck sein? Das ist Wahlbeeinflussung (schlimmster Art, wie man sie sich ärger kaum denken kann, und die wieder einmal in ihrer ganzen Größe die Ungültigkeit, um sich milde auszudrücken, beleuchtet, die dem veralteten, längst überwundenen Wahlstimmensystem anhaftet. Kann man sich bessere und schlagendere Beweisführung wünschen, um die Forderungen nach einem geheimen Wahlrecht zu begründen?“

Diese Unterdrückung der Arbeiter ist möglich, weil es im Masurischen fast ganz an Organisation mangelt. Diese Zustände erklären es auch, weshalb die Jochenbarone ihre Seendoten nach dem Masurischen entsenden.

Kommunale Jugendfürsorge.

Die Stadtverordnetenversammlung zu Magdeburg beschloß Donnerstag, den 13. Januar, auf Vorschlag des Magistrats die Errichtung eines städtischen Jugendfürsorgeamtes. Das Amt soll einmal die Beschreibungen der rund sechzig Jugendfürsorgevereine in Magdeburg in einheitliche Rahmen lenken, dann aber die geschlichen Aufgaben des Gemeindevorstandes, die Verufsvoormundschaft, die noch zu erweiternde Säuglingsfürsorge, das gesamte Fürsorgeerziehungswesen, die Arbeiten zur Unterstützung des Jugendgerichtes, sowie die Sorge für die Jugend — auch die schulenlose — überhaupt nehmen, soweit nicht schon die vorerwähnten Einrichtungen sie umfassen. Das Amt ist als selbständige Abteilung innerhalb der Armenverwaltung gedacht.

Zum Leiter wurde — mit einem Anfangsgehalt von 5000 M. — der Volksschullehrer Wulff gewählt, der bisher schon privatim auf diesem Gebiete eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet hat und ganz besonders geeignet sein soll.

Aus der Frauenbewegung.

Die Kinderschulskommission für Berlin hatte am Donnerstag ihre Kontrollfahrten und Helferinnen aus allen acht Wahlkreisen Groß-Berlins zu einer Versammlung nach dem Gewerkschaftshaus berufen, um ihnen sachkundige Informationen über ihre Aufgaben zukommen zu lassen. Dieser Aufgabe unterzog sich Genosse Adolf Ritter in einem eingehenden Referat über die Bestimmungen des Kinderschulgesetzes. Einleitend führte der Redner aus: Es ist eine der wichtigsten Aufgaben eines Kulturvolkes, sich darum zu kümmern, unter welchen Verhältnissen die Nachkommenschaft aufwächst. Diese Aufgabe sucht gegenwärtig die Arbeiterklasse zu erfüllen, indem sie sich die Kontrolle über die Durchführung der Kinderschulbestimmungen angelegen sein läßt. Wir legen Wert darauf, daß die kommende Generation an Körper und Geist so geübt wird, daß sie den Kampf für die Ziele der Arbeiterbewegung mit Erfolg führen kann. Im die Sache der Arbeiterklasse handelt es sich bei der Kontrolle des Kinderschulgesetzes nicht um geringfügige, sondern um die soziale Gesetzgebung in unserem Sinne zu beeinflussen, desto größer ist unser Erfolg, der sich natürlich nicht sofort, sondern erst in der Zukunft bemerkbar machen kann. Von diesem Gesichtspunkt aus muß die Arbeit der Kinderschulkommission betrachtet werden. Die in der Kommission tätigen Genossinnen werden manchmal mit Frauen und Männern zu tun haben, die nicht begreifen, daß die kindliche Arbeitskraft gesont werden muß, denn sonst wird sie verbraucht, ehe sich die Leistungsfähigkeit des jungen Menschen recht entwickelt hat. — Der Redner besprach in ausführlicher Weise die Bestimmungen des Kinderschulgesetzes und besprach an der Hand derselben die Aufgaben der Genossinnen, die in der Kinderschulkommission tätig sind. Schwer werde es meistens sein, die gewerblichen Betriebe, in denen Kinderarbeit nach den Bestimmungen des Gesetzes zulässig ist, auf die Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften zu kontrollieren, da man in die geschlossenen Betriebe nicht hineinkomme. Unter diesen Verhältnissen werde sich die Tätigkeit der Kommission hauptsächlich auf die Kinderarbeit beim Austragen von Zeitungen, Milch und Backwaren erstrecken müssen. Hier könne die Kommission eine wirksame Tätigkeit entfalten. So Überleitungen des Gesehes bemerkt werden, sei zunächst zu versuchen, die Beteiligten durch gütliche Vorstellungen zur Innehaltung des Gesetzes zu bewegen. Wenn aber gütliche Vorstellungen nicht helfen, dann müsse die Behörde benachrichtigt und auf diesem Wege Abhilfe geschaffen werden. Vor dem Inkrafttreten des Gesetzes seien in Preußen 135 000 Kinder beim Austragen von Zeitungen beschäftigt worden. Eine nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vorgenommene Erhebung habe ergeben, daß die Zahl der Zeitungen austragenden Kinder auf 45 000 herabgegangen sei, die den Anforderungen des Gesetzes entsprächen. Das Gesetz habe also schon geholfen. Doch es sei anzunehmen, daß auf diesem Gebiet immer noch Kinder in geschwieblicher Weise beschäftigt würden. Dies zu ermitteln und Abhilfe zu schaffen sei die Aufgabe der Kommission. Auch auf die Arbeitsstätten der Kommission müsse die Kommission acht geben. Leider sei es nicht selten, daß Eltern, die hausindustriell beschäftigt sind, die eigenen Kinder zur Arbeit mit heranziehen. Doch auch für solche Fälle habe das Gesetz gewisse Einschränkungen geschaffen. Die eigenen Kinder, wenn sie noch nicht 10 Jahre alt sind, dürften im Betriebe der Eltern nicht beschäftigt werden. Wenn sie über 10 Jahre alt sind, dürfen sie nicht vor 8 Uhr morgens und nicht nach 8 Uhr abends und auch nicht Sonntags beschäftigt werden. Nicht immer sei es die Not, welche die heimarbeitenden Eltern veranlasse, ihre Kinder zur Hilfe bei der Arbeit heranzuziehen. Oft sei nur das selbstthätige Interesse der Eltern für die Beschäftigung der Kinder maßgebend. Es sei eine der schwersten Aufgaben der Kommission, solchen Fällen nachzugehen, wo Eltern in unverantwortlicher Weise mit der Gesundheit ihrer Kinder wirtschaften, indem sie sie in der hausindustriellen Konfektion beschäftigen. Doch auch diese Aufgabe müsse erfüllt werden. Es gelte, die Kinder vor Ausbeutung zu schützen und sie in den Stand zu setzen, sich körperlich und geistig zur Volkstrot zu entwickeln. — Dem anregenden Vortrage folgte eine ebensolche Diskussion, in der verschiedene Rednerinnen über ihre Erfahrungen aus der Praxis des Kinderschulgesetzes berichteten.

Gerichts-Zeitung.

Mißhandlung durch Oberste der Nation.

Vor der Paderborner Strafkammer fanden am Mittwoch Freiherr von Brinken zu Wemer und Freiherr Klemens v. Romberg unter der Anklage der schweren Körperverletzung. Im März vorigen Jahres waren die beiden Herren auf Schloß Wemer und hatten bis spät in die Nacht hinein gegesht. Um zwei Uhr begaben sie sich zum Schlafzimmer des Bedienten, den sie beschuldigten, daß er nicht hinreichend geheizt hätte. Als der Diener nicht öffnen wollte, traten sie die Tür ein und mißhandelten den Diener dermaßen, daß er schwerverletzt aus dem Schlosse flüchtete und im Dorfe Wemer Unterlunft suchte. Er war nur notdürftig verheilt. Am folgenden Tage wurde er nach Göttingen zur Klinik geschafft. Dort befindet er sich noch jetzt und wird wahrscheinlich für immer ein Krüppel bleiben. Die Staatsanwaltschaft beantragte für v. Brinken sechs Monate Gefängnis, für v. Romberg 7 1/2 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte für v. Brinken auf zwei Monate, für v. Romberg auf zweieinhalb Monate Gefängnis und auf gemeinschaftliche Kostentragung.

Wie milde ist das Urteil im Vergleich zu den gegen Arbeiter gefällten! Wir erinnern unsere Leser nur an die aus Anlaß des Randsfelder Streits verhängten Strafen.

Die Bluttat in der Gerichtstraße.

welche, wie bereits mitgeteilt, am nächsten Montag unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gwedel vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Verhandlung kommen wird, wird voraussichtlich an die Herzen der Geschworenen recht starke Anforderungen stellen. Vom königlichen Institut für Sozialergien wurde nämlich den Geschworenen der von dem Körper getrennte Kopf der getöteten Verta Schneider vorgelegt werden, der einen höchst grausigen Anblick bieten soll. Der kunstgerecht präparierte Kopf, welcher sich in einem luftleeren Glasbehälter befindet, ist völlig fahl gefahren und weist nicht weniger als 44 Wunden auf, so daß die eigentlichen Gesichtszüge, Augen usw., nur noch eine unkenntliche Masse darstellen. Rechtsanwalt Dr. Wuppe will deshalb als Verteidiger des Angeklagten, Stallmann Ernst Wulff, gegen die Vorzeigung des Kopfes vor Gericht protestieren, da dieser einen so grausigen Eindruck macht, daß derjenige, der einen solchen Anblick noch nicht gehabt hat, Gefahr läuft, ohnmächtig zu werden, und ferner auch die Jurisprudenz vom menschlichen Standpunkt aus als unethisch und überflüssig erscheine. Auf Antrag des Staatsanwalts Carl findet in dieser Sache übrigens auch am Latorte ein Lokaltermin statt.

Wahrnehmung berechtigter Interessen durch Gewerkschaftsbeamte.

Bei Gelegenheit eines Streiks bei der Firma Hein, Lehmann und Co. in Reinickendorf im Sommer 1909 kontrollierten die Genossen Behrend vom Metallarbeiterverband und Etering vom Schmiedeverband die dort aufgestellten Streikposten. Sie kamen gerade hinzu, als die Streikposten von den Schulleuten aufgefördert

wurden, diejenigen Stellen zu verlassen, von denen aus das Streikpostenflehen allein Zweck und Sinn hatte. Deshalb sagt: Behrend den Streikposten: Seid keine Dosenfüße, Ihr dürft hier stehen, die Beamten haben Euch gar nichts zu sagen. Nach der Anklage soll Behrend auch zu den Beamten gewendet erklärt haben: Lassen Sie die Leute hier stehen. Sie haben denselben gar nichts zu sagen. Wegen dieses Vorfalles wurde Behrend, wie wir am 12. November vorigen Jahres berichtet haben, wegen Verleumdung der Beamten zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil legte Behrend Berufung ein, die gestern vor der Strafkammer des Landgerichts III verhandelt wurde. Behrend erklärte, daß er aus seiner langjährigen Erfahrung wisse, daß die Polizei das Streikpostenflehen überaus erschwere. Er habe früher auch gerade in Reinickendorf bei der vorgelegten Behörde Beschwerde mit Erfolg geführt. Als Leiter des Streiks und Mitglied des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes sei es im Interesse einer erfolgreichen Durchführung des Streiks seine Pflicht gewesen, den unberechtigten Maßnahmen der Polizei gegen die Streikposten entgegenzutreten.

Die sehr umfangreiche Beweisaufnahme drehte sich hauptsächlich darum, ob Behrend die Beamten oder diese Behrend, als er mit den Streikposten verhandelte, angesprochen hätten und ob Behrend nur den Streikposten gegenüber, wie die Entlastungszeugen beklunden, die Versicherung getan habe, daß die Beamten den Streikposten nichts zu sagen haben oder ob, wie die Polizeibeamten beklunden, sie auch selbst mit diesen Worten von Behrend angefahren wurden.

Der Verteidiger Behrends, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, wies in längeren juristischen Ausführungen nach, daß die Worte, die Behrend den Streikposten und den Beamten zugerufen habe, keine Verleumdung seien. In jedem Falle aber stehe dem Behrend der Satz des § 193 zur Seite. Er sei als Gewerkschaftsbeamter berechtigt und verpflichtet gewesen, habe sich zum mindesten für berechtigt und verpflichtet gehalten, die Rechte der Streikenden gegenüber den Beamten der Polizeibeamten auf das Koalitionsrecht der Arbeiter zu wahren. Die Strafkammer sprach Behrend unter Aufhebung des Urteils des Schöffengerichts frei. Zwar sei es eine Verleumdung, wenn den Polizeibeamten zugerufen werde: Sie haben hier gar nichts zu sagen. Behrend habe aber in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Ihm habe nicht die Absicht der Verleumdung inne gewohnt. Er habe vielmehr lediglich die Interessen der Streikenden wahrnehmen wollen und dazu sei er in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftsbeamter berechtigt gewesen. Deshalb sei auf Freisprechung zu erkennen. In tatsächlicher Hinsicht nahm das Gericht entgegen den schwanfenden Aussagen der Polizeibeamten an, daß Behrend nur zu den Streikposten gefagt habe: Die Beamten haben Euch nichts zu sagen, daß er dagegen nicht auch den Beamten selbst diese Worte zugerufen habe.

Lehrling und Lehrmeister auf der Anklagebank.

Der Töpfer Willi Lehmann war vor einigen Jahren Lehrling bei dem damaligen Töpfermeister, jetzigen Rentier Grap. Während seiner Lehrzeit hat er — seiner Angabe zufolge auf Geheiß des Sohnes seines Meisters sowie des Müllerbahnhofes in Schönberg auf der Straße lag, nach dem Geschäft des Meisters mitgenommen. Dieser Vorfalle führte zu einer Anklage wegen Diebstahls gegen Lehmann, sowie wegen Anstiftung gegen den jungen Grap und Krasis. Gleichzeitig war Grap sen. mitangeklagt, weil er seine Lehrlinge veranlaßt haben soll, Fensterglas auf einem Bau zu entwenden und damit die Fenster seines Hauses zu zerbrechen. Vor dem Schöffengericht Berlin-Schönberg, wo diese Sache gestern verhandelt wurde, sagte Grap sen., die Lehrlinge hätten die Fenster zerbrochen, und er habe dann von ihnen verlangt, für Vergütung der Fenster zu sorgen, anderenfalls werde er ihnen die Kosten der Scheiben vom Lohn abziehen. Die Scheiben seien darauf von den Lehrlingen eingeseht worden. Woher sie das Glas hatten, darum habe er sich nicht gekümmert. — Die Angeklagten Grap jr. und Krasis wollen an der Entwendung des Stahlbandes nicht beteiligt gewesen sein.

Das Gericht hielt Grap sen. nicht für überführt, ebenso wenig die Angeklagten Grap jr. und Krasis, die nur durch ihren Mitangeklagten Lehmann belastet wurden. Bezüglich Lehmanns nahm das Gericht an, daß er sich bei Mitnahme des ansehnlichen herrlichen auf der Straße liegenden Stahlbandes, welches nur einen geringen Wert repräsentiere, der Rechtswidrigkeit seiner Handlung nicht bewußt gewesen sei. Alle Angeklagten wurden deshalb freigesprochen.

Der Diebstahl auf der See Obabed.

Die Diebstahlsaffäre auf den fiskalischen Wäcker-Zuchten in Obabed, die im November v. J. so großes Aufsehen erregte, fand gestern, wie uns telegraphisch gemeldet wird, vor der Essener Strafkammer ein gerichtliches Nachspiel. Unter der Anklage des Diebstahls haben sich der Steiger Wilhelm Opel und der Maschinenmeister Heinrich Reuß zu verantworten. Die gestohlene Summe belief sich auf 270 000 M. Die Ermittlung nach den Rättern hatte gleichzeitig zur Entdeckung von großen Veruntreuungen geführt. Wegen dieser Unterstellungen schwächt die Untersuchung nach. Neben den beiden Hauptangeklagten sind noch wegen Beihilfe und Hehlerei mitangeklagt die beiden jüngeren Brüder des Maschinenmeisters Reuß, Schichtmeister Friedrich Reuß und Lampenmeister Hermann Reuß.

Der Angeklagte Heinrich Reuß gibt an, daß er 1884 in Kopenhagen geboren sei, wo sein Vater als Maschinenmeister tätig war. Er hat die Realschule in Varmen bis Untertertia besucht, 1893 wurde er von der See Obabed als Maschinenmeister engagiert und 1894 fest angestellt. — Vorf.: Sie wurden damals als königliche Maschinenmeister und auch als Beamter verehrt? — Angekl. Reuß: Ja. — Vorf.: Sie sind verheiratet? — Angekl. Ja. Während meiner Militärzeit wurde ich bestraft und auch auf der Wandererschaft wegen Veteins. Als Matrose bin ich einmal in Danzig in ein schlechtes Haus geraten und habe mich an einem Juhälter vergriffen. Sonst bin ich nicht bestraft. — Der zweite Hauptangeklagte Steiger Friedrich Opel ist 1865 geboren. Er war ursprünglich Landwirt und zwölf Jahre beim Militär. Dann wurde er zunächst Gerichtsvollzieher in Köln. — Vorf.: Angekl. Opel, wie sind Sie nun zu dieser Zeit gekommen? Es scheint ja, als ob auf Ihrer Seite eine gewisse Habgier vorhanden war, während bei Reuß der Hang zum Wohlleben vorherrscht. Sie sollen zuerst an Reuß herangetreten sein. — Angekl. Opel: Nein, Reuß hat mich zuerst veranlaßt, die Schichtzettel und Lohnlisten zu fälschen. Er hat das doch auch in der Untersuchung angegeben. — Vorf.: Sie sollen sich dann aber bereit erklärt haben, die Lohnlisten zu fälschen. — Angekl. Opel: Die Lohnlisten mußten, wenn Lohnzettel vorhanden waren, auch gefälscht werden. Die eigentlichen Untersuchungen hat aber Reuß veranlaßt. Er schrieb mir, daß er Leute an der Hand habe, mit denen sich etwas machen lasse. — Die Sachverständigen haben berechnet, daß die Unterzahlungen 17 000 M. betragen. — Auf Befragen gibt Angekl. Opel an, daß diese Unterzahlungen vom Frühjahr 1909 vor sich gingen. Diese Summen sind größtenteils durch Beschlagnahme von Sparloosenbüchern und auf andere Weise gedeckt.

Die zur Verdeckung der Unterzahlungen gefälschten Lohnlisten bildeten die Unterlage für die halbamtlichen Feststellungen über die angebliden Lohnhöhen der betreffenden Arbeiter. Das Urteil lautet gegen den Steiger Friedrich Opel und Maschinenmeister Heinrich Reuß auf je vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust wegen schweren Diebstahls unter Verlegung milderer Umstände. Der Schichtmeister Friedrich Reuß und der Lampenmeister Hermann Reuß erhielten unter Zuhilfenahme milderer Umstände wegen Beihilfe und Begünstigung je ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Ein dringendes Bedürfnis.

Zu der im „Vorwärts“ bereits angeschnittenen Frage der Einberufung einer Frauenkonferenz nimmt die „Gleichheit“ in eingehender Weise Stellung.

„Bis jetzt sind die Frauenkonferenzen alle zwei Jahre zusammengetreten. Wird der alte Modus beibehalten, so wäre für dieses Jahr eine Frauenkonferenz nach Magdeburg einzuberufen, da die letzte dem Nürnbergertag vorausgegangen ist.“

Über gerade der Erfolg der einschlägigen Bestrebungen ist einer der Umstände, die zu der Einberufung einer Frauenkonferenz in diesem Jahre drängen. In der Tat: mit der zunehmenden Zahl und Schulung der Genossinnen steigt ihre Verpflichtung nach allen Seiten.

Die unabwiesbare Notwendigkeit dieser Vorarbeit ist auch in anderen Verhältnissen als den bereits hervorgehobenen begründet. Die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezahlung von 1907 stellen wie die Berichte der Gewerbeinspektion den bedeutenden und rasch anschwellenden Umfang der berufsmäßigen Frauenarbeit auf allen Gebieten fest.

Solche Mitarbeit anzuregen, planmäßig zu gestalten, durch die Erörterung der ihr dienenden Mittel und Wege zu befähigen, scheint uns eine wichtige Aufgabe der nächsten Frauenkonferenz.

lichem Gebiet haben. Eine zweckentsprechende Vorbereitung der Konferenz — die natürlich die Verständigung mit den Führern der Gewerkschaftsbewegung in sich begreift — konnte das ermöglichen.

Das Kinderzuschlaggesetz, die Novelle zur Gewerbeordnung mit ihrem dürftigen Mehr an Arbeiterinnenzuschlag, die in Aussicht stehende Reorganisation der Arbeiterversicherung, die die Ansätze zur Mutterchafts-, Witwen- und Waisenfürsorge in sich begreift, stellen die Genossinnen vor große praktische Aufgaben.

Wenden wir uns nun den politischen Aufgaben der Genossinnen zu, so zeigt sich das nämliche Bild: eine Situation, die von den verschiedensten Seiten aus zu einer gesteigerten Betätigung treibt.

Die angeedeutete intensivste politische Arbeit der Genossinnen ist im Hinblick auf die nächsten Reichstagswahlen von besonderer Wichtigkeit.

der ausdeutenden und herrschenden Massen vergessen. Wir müssen das Eisen ihrer Empörung schmieden, solange es heiß ist, wir müssen es durch unsere Arbeit möglichst dauernd heiß zu halten suchen.

Der Kampf für das Wahlrecht selbst aber fordert von den deutschen Genossinnen: bereit sein, und das in der weitesttragenden Bedeutung des Wortes.

Angelichts dieser Sachlage ist es die nächste Pflicht der Genossinnen, in den Parteiorganisationen die Frage zu erörtern: Soll in diesem Jahre eine Frauenkonferenz stattfinden oder soll sie hinausgeschoben werden?

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 13. 1., seit 12. 1., and another set of columns for comparison. Lists various locations like Remel, Bregel, Weichsel, etc.

+) + bedeutet Hoch, - Nied. *) Unterpostel. *) Eisstand.

90 Pf. WOCHE



Blumenfeld :: Rixdorf :: Berlinerstr. 47-48 gegenüber dem Rathaus.

Zu dieser 90 Pf.-Woche bringen wir, wie allseitig bekannt, nur mit grösster Sorgfalt ausgewählte Artikel weit unter Preis zum Verkauf.

Diese besondere Veranstaltung müssen Sie besuchen! Besichtigen Sie unsere Schaufenster!

Aus der Lebensmittel-Abteilung:

- 1 Pfd. Zwiebelleberwurst ... zusammen 90 Pf.
1 Pfd. Rotwurst ... 90 Pf.
1 Pfd. Jagdwurst ... 90 Pf.
1 Pfd. Berliner Mettwurst ... 90 Pf.
1 Pfd. Kakao garantiert rein ... 90 Pf.
5 Tafeln gute Vanille-Schokolade zusammen 90 Pf.
1 Glas Werdersche Delikateß-Preißelbeeren 90 Pf.
50 Stück gute Apfelsinen ... 90 Pf.
1 Pfd. Brustkaramellen, 1 Pfd. Cachou-bonbons, 1 Pfund Berliner Melange ... 90 Pf.

Trotz dieser enorm billigen Preise Rixdorfer Rabattmarken, Reichs-Sparksystem, Eigenes Sparsystem! Ausgenommen einige Artikel.

Inventur!

Die Restbestände der Wintersaison und einzelne Partien gelangen jetzt nach beendeter Inventur bis zum 31. Januar zum Ausverkauf. Deren Preise sind zum Teil

bis zur Hälfte herabgesetzt!

- Jackett-Anzüge
- Rock-Anzüge
- Winter-Paletots
- Sommer-Paletots
- Jünglings-Anzüge
- Knaben-Anzüge
- Leinen- u. Lustre-Anzüge
- Lustre-Jacketts
- Beinkleider

ganz bewährter Ausführung besonders preiswert zu erwerben bietet sich hier **seltene Gelegenheit!**

Gottlieb Weiss

Bekleidungshaus grössten Stils für Herren und Knaben
Schöneberg, Hauptstrasse 161 Ecke der Stubenrauch- und Kaiser-Friedrichstr.



Wir empfehlen folgende

Bücher zu herabgesetzten Preisen:

Werden und Vergehen

Eine Entwicklungsgeschichte des Naturganzen in gemeinverständlich Darstellung

Von **Carré Sterne**, herausgegeben von **Wilhelm Bölsche**. Mit vielen Abbildungen im Text und 47 Tafeln in Holzschnitt und Farbendruck sowie dem Bildnis des Verfassers.

Zwei starke Bände, dauerhaft und geschmackvoll gebunden. Durch Erwerbung der Restauflage sind wir in der Lage, das Werk, dessen Ladenpreis 25 M. beträgt, mit **10 Mark** zu verkaufen.

Entwicklungsgeschichte der Natur

Von **Wilhelm Bölsche**.

Zwei Bände.

Gegen 1785 Abbildungen im Text und zahlreichen Tafeln in Schwarz- und Farbendruck.

Länder- und Völkerkunde

Von **Dr. F. W. Paul Lehmann**, Direktor des Schiller-Realgymnasiums in Stettin.

Zwei Bände.

Mit 1024 Abbildungen im Text und vielen Tafeln in Schwarz- und Farbendruck.

Auch diese beiden Werke können wir statt für je 18 M. für **10 Mark** abgeben.

Was ist die Natur

Von **Wilhelm Bölsche**.

Von diesem Werk hatten wir Gelegenheit, eine große Anzahl tadellos neuer Remittenten-Exemplare zu erwerben, die wir mit **1,50 M.** pro Exemplar abgeben können. Der Ladenpreis beträgt 3 M.

Geschmackvoller Leinenband.

Weitere empfehlenswerte Bücher:

Unser Wald

Von **Curt Grottel**, herausgegeben von **Wilhelm Bölsche**.

Mit zahlreichen Abbildungen. Dieses Buch hat bei bedeutenden Pädagogen wie in der Presse begeisterte Aufnahme gefunden.

Brochüriert 2,50 M., in dauerhaftem Leinenband gebunden 3 M.

Sonntage

eines großstädtischen Arbeiters in der Natur.

Von **Curt Grottel**.

Mit einem Vorwort von **Wilh. Bölsche**.

Dritte unveränderte Auflage. Mit Buchschmuck und dem Porträt des Verfassers. Brochüriert 60 Pf., gebunden 1 M.

Ulenbrook

Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde.

Von **Jürgen Brand**.

Geschmackvoll gebunden und mit Buchschmuck versehen 1,50 M.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. Lindenstr. 69 (Laden).

Gelegenheitskauf! Die sexuelle Frage

von **Prof. A. Forel**. Mit zahlreichen Abbildungen in tadellosem Einband. Gut erhaltene Remittenten-Exemplare statt 9,50 M. nur **7,50 M.**

Expedition des Vorwärts Berlin SW. 68 Lindenstr. 69, Laden.



◆ Großer Frühstück-, Mittag- und Abendtisch. ◆ Mittag mit Bier 60 Pf., abends à la carte in reichster Ausw. zu sol. Preisen. Gr. Fremdenlogis a. Zeit 40 Pf. 2 Vereinszimmer (20 u. 60 Pers.) Teleph. Amt IV 2306.

H. Stramm Ritterstraße Nr. 123.



Teilzahlung **50 Pf.** an.

Herren-Paletots, -Anzüge, Damen-Jacketts, Röcke, Blusen, Pelzstolans, Betten, Tischdecken, Wäsche, Portieren, Gardinen, Stoppdecken, Teppiche, Spiegel, Bilder, Uhren, Zithern, Akkordeons, Mandollinen, Grammophone.

F. & H. Schmidt, Petersburger Straße 23, nur I. Etage.

HERREN KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY, CHARLOTTENBURG SCHARRENSTR. 36.



Goldisan
bester Ersatz für echten Goldschmuck, starke 14 karätige Goldauflage, 10jährige Urkunde, Garantie für gutes Tragen, sonst verbürgter Umtausch. Elegante Original-Etuis. Billige Preise. Erhältlich in Goldwarenhandlungen.

Prack Verleih-Institut: Friedrichstr. 115/1, a. Oranien. Loc. Ueg. Stad. Gehof 1,50, Holz 1,00, Seite 50 Pf.

Soeben erschienen! Die Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der preussischen Monarchie.

Erläutert von **Paul Hirsch**. Preis gebunden 3 Mark. Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

H. JOSEPH & CO. 90 WOCHEN RIXDORF.

BERLINERSTRASSE 54-55.

BERLINERSTRASSE 54-55.

Von **Sonnabend, den 15. Januar**

In dieser Woche:

bis **Sonnabend, den 22. Januar**

Spezial-Ausstellung in den Fenstern und im Lichthofe unseres Hauses.

Grosse Posten von Waren aller Arten bringen wir immer noch zu dem Einheitspreise von **90 Pf.** zum Verkauf.

Im Erfrischungsraum während der 90-Pf.-Woche

- 1 Tasse Schokolade . 10 Pf.
- 1 Tasse Kaffee u. 1 Stck. Kuchen mit Sahne . 15 Pf.
- 1 Bockwurst mit Salat oder Sauer Kohl . 15 Pf.

Photographisches Atelier während der 90-Pf.-Woche **90 Pf.**

Rabatt- und Prämien-Marken.

Doppelte Vorteile.